Zeitschrift für Sozialismus

Jahrgang 2 Juli/August 1935 Nummer 22/23

Von den Oppositionen zum Freiheitskampf

Von Ernst Henrichsen.

Wäre die Unzufriedenheit eines Volkes ein ausreichender Grund zum politischen Systemwechsel, so hätte die deutsche Republik das Jahr 1933 nicht erlebt, hätte aber wahrscheinlich auch das Dritte Reich bereits sein Ende gefunden. Darüber, daß es in Deutschland heute mehr Unzufriedene als Begeisterte gibt, ist kaum ein Zweifel möglich. Aber mit der Negation des Bestehenden ist es nicht getan, zumal, wenn es sich, wie im Falle Hitler-Deutschland, um Negationen aus tausend verschiedenen Richtungen und Motiven handelt, die sich untereinander aufheben und damit dem Regime die beste Möglichkeit seiner Fortexistenz geben. Erst eine Unzufriedenheit, die sich in politische Willensbildung umsetzt und also ein positiver Faktor wird, kann den Machthabern gefährlich werden. Erreicht die Unzufriedenheit diesen Grad, dann ist auch der Besitz der Gewaltmittel nicht mehr entscheidend. Es gibt kein historisches Beispiel dafür, daß ein System sich zu behaupten vermocht hätte, wenn in den breiten Massen ein konkretes Wunschbild der Ablösung entstanden war.

Soweit ist es im Dritten Reiche noch lange nicht und wird es auch noch nicht sein, wenn sich die politisch bewußten und führenden Kräfte — die Kaders — der Opposition gegen die Hitler-Diktatur in einem politischen Zweckbündnis gefunden haben sollten. Die politisch Bewußten sind immer in der Minderheit, erst wenn sie Kontakt mit der »Massenseele« gefunden haben, kann ihre Zielvorstellung Wirklichkeit werden.

Die Voraussetzung der »nationalen Revolution« in Deutschland ist die Beseitigung des Konkurrenzkampfes gewesen, den sich die alte Reaktion und die Nationalsozialisten in der Opposition gegen die Weimarer Republik leisteten: das Bündnis Hugenberg-Hitler. Aber sie konnten nur Erfolg haben, weil die Mehrheit des deutschen Volkes nach Jahren einer zermürbenden und unerträglich gewordenen Krise bereit war, sich an die Mystik der nationalen Gemeinschaft und den Glauben an die Sendung eines Führers zu verlieren, der besser als seine Gegner begriffen zu haben schien, daß die Krise über ihre materiellen Ursachen hinaus zu einer umfassenden Existenzkrise des deutschen Menschen geworden war und ein übermächtiges Bedürfnis nach »Erneuerung«, nach Beseitigung der Ungewißheiten, nach Hingabe an eine Sinndeutung und Heilslehre erweckt hatte.

Nur die politische Bestandsaufnahme des Durchschnittsdeutschen, wie er neben den 10 Prozent politisch bewußter und »geschulter« Menschen vor der Errichtung des Dritten Reiches gewesen ist und wie er heute ist, kann uns vor Illusionen und Luftschlüssen bewahren.

*

Unter den von Haus aus unpolitischen, aber durch den Einfluß der politischen Enwicklung auf ihre private Existenz zur »Stellungnahme« gezwungenen Deutschen der Vor-Hitler-Zeit lassen sich sieben Grundhaltungen feststellen, von denen eine im Augenblick der Entscheidung den Vorrang errungen hatte, was die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur auf einer wirklichen Massenbasis gestattete.

1. Es war die dumpfe Sehnsucht der von einer wenn auch schmalen, so doch gesicherten, gesellschaftlichen Basis verdrängten Kleinbürger- und Bauernmassen, der mit ihrem Klassenschicksal hadernden Proletarier (vor allem im Millionenheer der Arbeitslosen) und einzelner Deklassierten aus den früher privilegierten Schichten (Adel, Offiziere, Akademiker). Diese Massen fühlten, daß das bürgerlich-kapitalistische Zeitalter ausgelebt sei und durch »Sozialismus« abgelöst werden müsse, aber sie konnten sich ihn nicht ohne die Wertordnungen vorstellen, aus denen sie durch die Krise herausgerissen waren: der »guten alten Zeit« ausreichenden Verdienstes und gesicherten individuellen Behagens bei Bürgern und Bauern, des »Aufstiegs ins Bürgertum« bei den Proletariern, der Uebernahme von »Führerstellen« bei den Privilegierten. Die Parole National-Sozialismus schien ihnen den Inhalt dieser Sehnsucht zu bezeichnen. Die soziale Demagogie der Hitlerbewegung einerseits, die Ablenkung des Mißvergnügens auf die angeblichen »Feinde« im In- und Ausland, die Ueberkompensierung der Minderwertigkeitsgefühle im nationalen Rausch und Rassenwahn andererseits traf genau die Möglichkeiten zur politischen Aktivierung eines aus tausend Quellen gespeisten Wunschtraumes. Mit Hitler sollte das irdische Paradies in Deutschland Wirklichkeit werden.

2. Die breite Mehrheit der ehemals privilegierten Schichten, mit ihnen das gesamte Großbürgertum, aber auch weite von ihnen nach wie vor maßgebend beeinflußte kleinbürgerliche, mittelständlerische Kreise hielten am Glauben an Vorkriegsdeutschland und an die Möglichkeit der Gesundung des Bürgertums und der Ueberwindung der Krise mit den klassischen Mitteln der kapitalistischen Wirtschaftsepoche fest. Sie mißtrauten dem Nationalsozialismus, mit dem sie sich im nationalen Ziele einig fühlten, ohne über die von Hitler und Hugenberg gemeinsam verkündeten Mittel zu seiner Verwirklichung einer Meinung zu sein. Sie konnten sich deshalb auch über die Frage nicht einigen, ob man mit dem Nationalsozialismus zu einem Bündnis kommen oder ihn unbedingt von der Macht fernhalten solle. Bei den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, den »Christlichsozialen« (soweit es sich um »sozial empfindende orthodoxe Protestanten handelte), im Stahlhelm, in einem Teil der »nationalen« Angestellten- und Beamtengewerkschaften, im Landbund, den Altherrnbünden der Studentenkorporationen, den na-

tionalistischen Adels- und Offiziersverbänden fanden diese Kreise ihre politische Heimstatt und das Milieu der Gesinnungsverwandten.

3. Der gläubig katholische Volksteil betonte den Primat des Religiösen vor der Politik und vor der von seiner großen Mehrheit durchaus relativierten Regimefrage. Er stand zum Zentrum und zur Bayrischen Volkspartei, weil er gewohnt war, in ihnen den Schutzwall der Kirche dem Staat gegenüber zu sehen, weil er diese Parteien als das Medium zur Durchsetzung der katholischen Soziallehre betrachtete und weil ihn die kirchlichen Autoritäten in dieser Haltung bestätigten. Die zahllosen katholischen Standesvereine und die Christlichen Gewerkschaften wurden als Ergänzung der katholischen Aktion auf dem sozialen und wirtschaftlichen Gebiet betrachtet. Partei und Organisation aber waren die dienenden Glieder einer umfassenden und geschlossenen Kulturauffassung, die eine sehr verschiedene Beurteilung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Tagesfragen nicht ausschloß.

4. Den Kreisen, die nur ihre eigene Not zu sehen vermochten und denen das Bewußtsein der umfassenden Krise nicht aufgegangen war, genügte die politische Vertretung ihrer Sonderinteressen, wie sie in den verschiedenen Bauernparteien und Mittelstandszusammenschlüssen vom Charakter der Wirtschaftspartei erfolgte und neben der unmittelbar politischen Willensbildung in den zahllosen großen und kleinen Berufsgruppen- und Standesorganisationen und wirtschaftlichen Interessenvertretungen (Hausbesitzer, Mieter, Sparer usw.) Ausdruck fand.

5. Ein Restbestand »aufgeklärter« und »fortschrittlicher«, von humanitären Tendenzen beseelter Bürger hielt an den Idealen des Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie fest, war aber in sich wieder durch sehr verschiedene Auffassungen über die Reformbedürftigkeit des kapitalistischen Systems gespalten.

6. Von der richtigen Auffassung durchdrungen, daß die Ueberwindung des Kapitalismus der einzige Weg zur Ueberwindung der Krise sei und daß die Würde des Menschen nur in einem System der politischen Freiheit gewahrt werden könne, leisteten Millionen von Arbeitern, Kleinbürgern, Intellektuellen und geistig selbständigen Menschen aus allen Gesellschaftskreisen der deutschen Sozialdemokratie bis in den März 1933 Wahlhilfe, ohne bewußte Sozialisten, geschweige denn »Marxisten«, zu sein.

7. In nicht so breitem Maße wie der Nationalsozialismus und in viel stärkerer Beschränkung auf das eigentliche Proletariat war der Kommunismus zum Sammelbecken der Unzufriedenen, der auf eine radikale Aenderung des »Systems« drängenden Menschen geworden, die sich zwar zur Diktatur des Proletariats bekannten und gegen die kapitalistische Ausbeutung radikal aufbegehrten, aber bei aller revolutionären »Gesinnung« von den Theorien des Leninismus zu neun Zehnteln keine Ahnung hatten.

*

Dieser Querschnitt durch die »Grundhaltung« der politisierten Unpolitischen erklärt es, warum die »Gleichschaltung« nach der Errichtung

der Hitlerdiktatur lawinenmäßig anschwellen konnte, und die große Mehrheit des Volkes bereit war, alles zu tun, was von ihr verlangt wurde. Aber die Tendenzen, die *vor* Hitler da waren und sich bei der Masse der Unpolitischen vorübergehend in der »Gleichschaltung« verloren hatten, sind nach dem Erlebnis der Enttäuschung wieder auf dem Plan. Sie waren auch in der »Gleichschaltung« selbst nicht preisgegeben, aber sie standen unter der Hoffnung, sich innerhalb des Dritten Reiches durchsetzen zu können, wenn man nur »positiv« mitarbeite. Der Nationalsozialismus war unklar und schien elastisch genug, solchen Hoffnungen ein Recht zu geben.

Wer die Reaktion des Durchschnittsdeutschen auf die Hitlerdiktatur im dritten Jahre ihres Bestandes zu erkennen sucht, stößt auch heute wieder auf die sieben typischen Verhaltungsweisen.

1. Das deutsche Volk ist *geduldig* und unpolitisch genug, einem Regime, dem es einmal seine Hoffnungen zugewandt hat, ein *gründliches Experimentieren* zu gestatten. Daß es den Krieg unter den Bedingungen, unter denen er ausgehalten werden mußte, vier Jahre durchgehalten hat, ist die größte kollektive Geduldsprobe, von der die neuere Geschichte Europas zu berichten hat. Aber auch die Weimarer Republik brauchte sich in dieser Hinsicht nicht zu beklagen. Sie hat einen politischen Kredit besessen, der die im November 1918 erregten Hoffnungen lange Zeit überdauerte. Wären die leitenden Männer des nationalsozialistischen Regimes nicht so trostlose politische Ignoranten, sie könnten zweifellos noch immer von dem Kapital an Glauben und Vertrauen zehren, das der »nationalen Revolution« von ihren Anhängern im Jahre 1933 entgegengebracht worden ist. Hitler hatte nicht umsonst die Suggestion erweckt, daß die berühmten »14 Jahre« eine Zeit der übelsten Korruption gewesen seien, seine Gefolgschaft war bereit, ihm reichlich Zeit zur Ausräumung des »Saustalls« zu geben und geduldig all die Opfer zu bringen, die seine neuen Herren auf das Schuldkonto der Weimarer Republik bürdeten. Daß heute vom ganzen nationalsozialistischen Zauber nur noch die Hitler-Mystik übrig ist und daß die Enttäuschten die »Unterführer« für Mißstände verantwortlich zu machen versuchen, die »Hitler sicher längst abgestellt hätte, wenn er davon wüßte«, ist ein furchtbares Armutszeugnis für eine Bewegung, der man messianische Gaben zutraute. Immerhin, es gibt *auch heute noch* Nationalsozialisten in Deutschland, *breite Massen*, die überzeugt sind, daß die »Theorien«, die ihnen Hitler entwickelt hat, oder das, was sie darunter verstehen, das Richtige sei und sich allen Schwierigkeiten zum Trotz heilbringend erweisen werden. Die Zahl dieser Menschen ist wahrscheinlich nicht viel geringer als die der nationalsozialistischen Wähler in den Jahren 1932/33. Enttäuschte Anhänger, die den »Führer« inzwischen verlassen haben, sind sicherlich durch überzeugte »Gleichgeschaltete« wettgemacht. Unter diesen Massen sind nicht viele, die ihre persönliche Enttäuschung nicht zu beklagen haben und sich nicht mehr oder minder öffentliche Kritik erlauben, aber sie tun das durchaus im Bewußtsein, daß ihre *Kritik innerhalb des Systems* erfolgt, das sie durchaus

noch bejahen. Und immer wieder glauben sie Grund zur Entdeckung von Vorzügen und Leistungen (die Außenpolitik!) zu haben, die ihre Kritik auf Einzelmaßnahmen der Diktatur beschränken. Dem Bannkreis der nationalsozialistischen Demagogie und suggestiven Propagandamethoden jedenfalls sind diese Massen noch nicht entzogen. Sie sind vielleicht müder geworden und weniger fanatisch, aber im Grunde immer noch überzeugt, daß Deutschland die Regierung hat, die es braucht.

Unter ihnen ist die Zahl der »Gleichgeschalteten«, die immer noch die Hoffnung hegen, daß ihre positive Mitarbeit mit der besonderen Berücksichtigung ihrer Sonderinteressen gekrönt werden müsse, nicht gering. Man darf nicht vergessen, daß der Nationalsozialismus in den letzten Jahren seiner Opposition allen anderen Gruppen die Mitläufer weggesaugt hatte. Sie suchten bei Hitler genau die Erfüllung der politischen Zielvorstellungen, die sie ursprünglich zu anderen Parteien geführt hatten. Es gibt auch heute noch »Sozialisten«, die an die Ueberwindung des kapitalistischen Systems durch den Nationalsozialismus glauben, Nationalisten und bürgerliche Kreise, die auf die »Normalisierung« des Systems hoffen, Katholiken, denen die Beilegung des »Mißverständnisses« Kulturkampf eine Frage der nächsten Zukunft erscheint, Bauern und Mittelständler, die nur auf den Tag warten, an dem ihr Gruppenegoismus durch ein Diktat des Führers restlose Befriedigung findet. Die Massenbasis der Diktatur ist zersetzt, verringert, brüchig und unzuverlässig geworden. Aber sie ist noch vorhanden.

2. Das reaktionäre Bürgertum beginnt sich trotzdem in steigendem Maße Rechenschaft zu geben, daß die Erfüllung des nationalen Programmes mit Opfern bezahlt werden muß, die den Einsatz nicht lohnen und das Risiko des Abenteuers in sich tragen. Es hat erkannt, daß die bürgerliche Ordnung nicht wiederhergestellt, die Krise des Kapitalismus nicht mit den Mitteln des Kapitalismus und überhaupt nicht überwunden ist. Es empfindet mit großer Entrüstung, daß nicht die ehemals Privilegierten, sondern nur die neue Herrenkaste, die »braunen Bonzen«, Nutznießer der »nationalen Revolution« geworden sind. Und die Wirtschaftskreise fragen sich mehr und mehr, ob der Dilettantismus der Machthaber des Dritten Reiches sie nicht teurer zu stehen kommt, als die Sozialpolitik der Weimarer Republik. So kreisen die Hoffnungen dieser Schichten immer wieder um die Ablösung des Dritten Reiches durch den Staat nach Vorkriegsmuster, wenn sie auch nicht alle Monarchisten sind, Hoffnungen, deren Realisierung mit unklaren Vorstellungen von der Rolle der Wehrmacht oder dem politischen Druck, den die »Wirtschaftsführer« auszuüben vermögen, enge verbunden sind. Die Beseitigung der deutschnationalen Partei und den Bruch des Bündnisses Hitler-Hugenberg haben diese Kreise leichten Herzens hinnehmen können, ihre sozialen Positionen waren mit diesen Mächten nicht wesensmäßig verbunden. Aber mit dem Stahlhelm, der evangelischen Kirche, den Studentenkorporationen, den feudalen Klubs fühlen sie sich selber bedroht und zu politischer Opposition getrieben.

3. Der katholische Volksteil hat erkannt, daß der Totalitätsanspruch des Regimes mit der Zerschlagung des »politischen Katholizismus« nicht zufrieden zu stellen war, daß die Anwendung der katholischen Lehre auf das öffentliche Leben selber vernichtend getroffen werden soll, und daß das Konkordat nur ein taktischer Schachzug des Nationalsozialismus im Kampf um die absolute Macht gewesen ist, wie das vorübergehende Zweckbündnis mit den Deutschnationalen und dem Stahlhelm. Die deutschen Katholiken wissen jetzt, daß sie auf Tod und Leben kämpfen, daß sie einen Kulturkampf durchzumachen haben, mit dem verglichen die Unterdrückungsmaßnahmen Bismarcks ein Kinderspiel waren und daß ihre Hoffnung auf bessere Zeiten unlösbar mit der Hoffnung auf Beseitigung der Hitlerdiktatur verbunden ist. Und wenn sie auch den Weisungen der Bischöfe folgend, den Kampf rein auf religiösem Gebiet führen, so zielen die Wünsche, mit denen sie den Verlauf dieses Kampfes begleiten, unleugbar ins Politische hinein.

4. Die wirtschaftlichen Interessengruppen haben zwar keine staatspolitische Zielvorstellung, die sie ja nie, auch nicht in der Weimarer Republik und der Zeit ihrer Parteibildungen gehabt haben, aber auch sie beginnen sich über die Notwendigkeit und Möglichkeit der Opposition Gedanken zu machen und schicken ihre Wünsche und Hoffnungen über das Dritte Reich hinaus.

5. Die ersten Anzeichen für das Wiedererwachen eines kulturellen und in seinem Gefolge — ganz schüchtern — eines politischen Liberalismus sind da. Im deutschen Bürgertum beginnt man sich zuzuraunen, daß es ohne Kontrolle der Regierenden durch eine Repräsentanz der Regierten denn doch nicht gehe, daß man zurück zu »konstitutionellen« Formen des Regimes kommen müsse. Aber vor allem zeigt sich diese Form der Opposition auf kulturellem und geistigem Gebiet. Die Exzesse des Rassenwahns erfüllen die Menschen, die noch eine Beziehung zu humanitären Vorstellungen haben, ebenso mit Scham, wie die Verflachung des Geisteslebens, die kulturelle Verödung Deutschlands, die Degradierung der geistigen Leistung, die Uniformierung der Wissenschaft, das Sterben der Kunst sie tief zu erschrecken beginnt. Sie haben die Hoffnung aufgegeben, mit der Entpolitisierung der kulturellen Bereiche die Schonung durch ein System zu erkaufen, daß in der Politisierung dieser Bereiche in seinem Sinne eine notwendige Konsequenz seines Totalitarismus sieht.

6. Erwacht ist auch die Fragestellung nach den Möglichkeiten eines freiheitlichen Sozialismus in den Kreisen, die nicht zurück zur alten Sozialdemokratie wollen und mit den sozialistischen Kaders im Dritten Reich keine Verbindung haben. Die Sozialismus-Diskussion ist durch das Versagen der NSDAP auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ebenso in Fluß gekommen, wie durch den brutalen Terror, mit dem die Hitlerdiktatur sich vor jeder Regung der Menschlichkeit diskredidiert.

7. Der Kommunismus bleibt in der Vorstellung breiter Massen die gegebene Alternative zum nationalsozialistischen Regime, der eigentliche

sozialistische Ausweg. Das Regime selbst tut viel dazu, die kommunistische Legende zu verstärken, weil es alle illegale Arbeit und alle politische Opposition im Dritten Reiche als »kommunistisch« und von Moskau inspiriert zu denunzieren sucht. Die Existenz der Sowjetunion, von der man sich im heutigen Deutschland nur in optimistischer oder pessimistischer Verzerrung ein Bild zu machen vermag, erleichtert es naturgemäß weiten Kreisen sehr, sich die Ablösung des Nationalsozialismus durch den »Bolschewismus« konkret vorzustellen.

*

Aufs Ganze gesehen, ist die Feststellung möglich, daß die Mehrheit des deutschen Volkes die Beseitigung der Diktatur begrüßen würde, daß aber diese Mehrheit — abgesehen von den aufs äußerste beschränkten Möglichkeiten sich ihrer selbst bewußt zu werden und einen politischen Willen zum Ausdruck zu bringen, — in mindestens sechs verschiedene Richtungen auseinanderstrebt. Jede Volksgruppe, die unter der Diktatur zu leiden hat, wünscht sich die Beseitigung gerade der Erscheinungsformen des Dritten Reichs, die die Verneinung ihres Sonderlebensrechtes bedeuten. Es wird in Hitlerdeutschland für die religiöse, die kulturelle, die soziale, die politische Freiheit, für die Freiheit der Wissenschaft und der Kunst, für humanitäre Grundsätze, für die Interessen aller unter den wirtschaftlichen und sozialen Experimenten der Diktatur leidenden Gruppen und Klassen, es wird gegen das Neuheidentum, den Rassenwahn, den Wirtschaftsdilettantismus, die Korruption, die Anmaßung der »braunen Bonzen«, die Militarisierung des öffentlichen Lebens, die Teuerung und die Zwangspreise, den Terror, die Beanspruchung der Jugend durch die Partei und den Staat, die intensive Kriegsvorbereitung, das System der »freiwilligen« Abgaben, kurz gegen jede der äußeren Erscheinungsformen des Regimes gelitten und gestritten. Und, vergessen wir nicht, es wird auch der Kampf für die Beseitigung der Einschränkungen geführt, die der Faschismus im Interesse seiner Selbstbehauptung den herrschenden Klassen auferlegen muß.

Die Erkenntnis, daß die Vereinigung aller Anstrengungen auf die Beseitigung der Diktatur, Voraussetzung für die Erfüllung *jedes* Gruppenzieles ist, steckt noch im Anfangsstadium. Und die Kämpfe, die innerhalb der Diktatur selbst, hinter den Kulissen der Macht, hinter dem Rücken des in gewohnter Passivität den Ausgang dieser Kämpfe abwartenden »Führers« geführt werden, sind nichts anderes als der Reflex der verschiedenartigen Oppositionen, die man zu unterdrücken, oder denen man »den Wind aus den Segeln zu nehmen« strebt. Das Gefühl der *Unsicherheit* ist durch die wachsende Opposition bei den Regierenden wie bei den Massen selbst erzeugt. Die inneren Krisen der Diktatur folgen sich immer schneller.

Aber wie weit sind wir noch von einer *Volksbewegung*, die den Sturz Hitlers allen anderen Erwägungen *über*ordnet, die von der Erkenntnis getragen ist, daß die Freiheit nicht geteilt werden kann, daß es *nur eine Freiheit* gibt und daß nur das Streben nach dieser

Freiheit die Ablösung einer mit steigendem Unwillen ertragenen Diktatur gewährleistet.

Die Katholiken führen ihren Kulturkampf für sich, die Reaktion verfolgt beharrlich ihre Sonderziele, Massen von unzufriedenen Bürgern, Bauern und Arbeitern üben ihre Kritik überhaupt ohne jede politische Vorstellung dessen, was nach Hitler kommen soll, die Kommunisten betreiben ihre illegale Arbeit, als wären sie allein im Kampfe gegen die Diktatur, die Opposition der »Geistigen« konkretisiert sich auf Einzelfälle, die ihr Mißvergnügen erregt haben, die enttäuschten Nationalsozialisten der ersten Stunde glauben, daß es mit einem Personenwechsel getan sein könnte. Vom leidenschaftlichen Kampf für die restlose Austilgung des Dritten Reiches bis zum Angebot einer mit kritischen Argumenten gegen den bisherigen Kurs gestützten positiven Mitarbeit schillert die Opposition in tausend Formen und Farben.

*

Man kann die Auffassung vertreten, daß der Kampf für die Freiheit in einem »Vierten Reich«, das von der Wehrmacht im Bunde mit den großen Wirtschaftsmächten beherrscht sein würde, leichter wäre, als unter der nationalsozialistischen Diktatur, obwohl nicht vergessen werden darf, daß für weite Kreise in einem solchen Reiche die Gründe wegfielen, die sie jetzt in die Opposition treiben; für die kirchlichen Kreise und das Großbürgertum zum Beispiel. Aber auf keinen Fall darf man sich Illusionen über die Möglichkeiten eines Bündnisses mit der reaktionären Variante zur Ablösung der Hitlerregimes hingeben. Im übrigen dürfte es wahrscheinlicher sein, daß die alte Reaktion — wie es die Reichswehr und die Bürokratie zweifellos noch tun — immer wieder zur Auffassung zurückkehren wird, daß der Kampf um die Durchsetzung der eigenen politischen Linie innerhalb des Systems, im Fraktionskampf und durch Ausübung des Druckes auf Hitler selbst geführt werden muß, weil man mit dem Dritten Reich sehr bald die Errungenschaften verlieren würde, die der deutsche Nationalismus, die soziale Reaktion und die Militärs dem Nationalismus verdanken. Gerade diese Kreise sind es doch, die die Lösung der deutschen Schwierigkeiten im Krieg suchen, den sie allerdings nicht führen wollen, so lange er ein Abenteuer bedeutet.

Aber unabhängig von den »Reaktionären« und unabhängig auch von den Hoffnungen, die breite unter dem braunen Terror leidende Masse einer Beseitigung der Hitlerdiktatur durch ein reaktionäres Regime entgegenbringen, existiert das deutsche Volk und ist die Unzufriedenheit dieses Volkes mit den gegenwärtigen Verhältnissen eine Tatsache. Und diese Tatsache muß die Fortführung des Kampfes bestimmen, der von den politisch bewußten Gegnern des Dritten Reiches drinnen und draußen geführt wird. Die Wendung vom partiellen Mißvergnügen des Volkes eröffnet eine neue Chance Sammlung der Opposition mit einer Befreiungsparole, die den gegenwärtigen Nöten und Stimmungen des Volkes Rechnung trägt, ist die nächste Aufgabe. Es gilt die Ueberzeugung durchzusetzen, daß die Befreiung nur von der totalen Aktion gegen die Diktatur kommen kann und daß alles Streben nach Beseitigung des

für die verschiedenen Gruppen der Opposition aus verschiedenen Gründen unerträglich gewordenen Druckes vergeblich bleibt, so lange der Nationalsozialismus allein als totalitäre Bewegung auftritt. Auch die Freiheit muß ein totalitäres Programm werden, das alle Teilfreiheiten einschließt, ohne einer von ihnen von vornherein die Chance zu nehmen.

Die Volksrevolution gegen Hitler mag vielen immer noch als utopisches Ziel erscheinen, sie ist natürlich kein Ziel für alle, die nicht warten können und sich übertriebene Vorstellungen von der Krise der Diktatur machen. Aber sie ist das einzige Ziel, dessen Verkündung wirklich einmal zum Sturze Hitlers führen kann. Jeder anderen Form von Opposition gegenüber bleibt der Nationalsozialismus überlegen, zumal er sich schlimmstenfalls durch Konzessionen die Behauptung der Macht erkaufen kann. Nur wenn er total angegriffen wird, ist er sterblich.

Unter Anpassung der Strategie und Taktik des Freiheitskampfes an die neuen Tatsachen muß weiter Vorbereitungsarbeit geleistet werden. Erst wenn jeder Deutsche, der sich im Dritten Reich nicht wohl fühlt, den Sturz der Diktatur als Notwendigkeit empfindet, ist die Stunde der Befreiung nahe.

Kontinentalpolitik oder Weltpolitik?

Von **Gregor Bienstock.**

»Falls der Krieg ausbrechen sollte . . .« Falls es wirklich zu einem neuen Krieg kommen sollte, der seinen Ausmaßen nach den letzten höchstwahrscheinlich in den Schatten stellen wird, so wird das unter anderem ein Beweis mehr dafür sein, wie schwach der heutige internationale Sozialismus ist. Ob und in welchen Umständen dann diese im Vergleich zum Vorkriegssozialismus organisatorisch und ideologisch bedeutend schwächere Bewegung während des Krieges und in seinem Gefolge zur Macht kommen werde, ist allerdings keine müßige Frage, ihre Bedeutung tritt jedoch ganz entschieden hinter der gegenwärtig einzig aktuellen Frage zurück, was die heutige sozialistische Bewegung, soweit sie überhaupt als Machtfaktor existiert, zur Erhaltung des Friedens beitragen kann. Wir ziehen diese sehr bescheidene Formulierung vor, um keine Illusionen aufkommen zu lassen: der internationale Sozialismus ist heute nicht die Kraft, die den Krieg verhindern kann, er ist bloß einer der leider wenigen und nicht besonders machtvollen Faktoren, die unter Umständen für die Verhinderung des Krieges in Betracht kommen.

Lohnt es sich aber heute noch von einer Verhinderung des Krieges zu sprechen? Muß man den neuen Weltkrieg nicht vielmehr als den einzigen Ausweg aus der heutigen Situation, jedenfalls als ein gewaltiges Instrument des Fortschrittes betrachten? Es ist nicht zu leugnen, daß Kriege oft als Mittel des geschichtlichen Fortschrittes angesehen werden. Auch der letzte Weltkrieg hat Europa zuerst große Fortschritte gebracht, er hat zur Zerschlagung der drei reaktionärsten Kaiserreiche geführt, hat

die ganze Welt aufgerüttelt und den Industrialisierungs- und Technisierungsprozeß auf unserem Erdball gewaltig gefördert. Alle diese positiven Momente werden jedoch durch jene Verwüstungen in den Schatten gestellt, die der Weltkrieg sowohl in der wirtschaftlich-sozialen Struktur als in der Psychologie der Kriegs- und Nachkriegsgenerationen hinterlassen hat. Die Bilanz ergibt, daß die negativen Seiten die positiven bedeutend überwiegen. Man sollte also mit der Spekulation, durch einen neuen Weltkrieg gewaltig vorwärts zu kommen, recht vorsichtig sein.

Aber stellt nicht der kommende Krieg die einzige Chance dar, um mit dem Faschismus fertig zu werden? Nun, eine solche Chance besteht. Aber es ist bloß *eine* Chance. Es ist möglich, daß der kommende Krieg mit einer Zertrümmerung der faschistischen Staaten und vor allem von Nazi-Deutschland endet und daß dieser Ausgang die Sache des demokratischen Sozialismus gewaltig fördert. *Gewiß ist das aber nicht.* Ebenso möglich ist die Aussicht, daß der neue Krieg den Erdball und insbesondere Europa auf ein Jahrzehnt zurückwirft und daß die Verwilderung und Verrohung Maße annimmt, denen gegenüber der heutige Faschismus und Bolschewismus als recht humane Gebilde erscheinen werden. Wir, die wir sowohl die Greuel des letzten Krieges als die Enttäuschungen der Nachkriegszeit erlebt haben, dürfen uns nicht zuerst die Frage vorlegen: welche Aussichten bietet der kommende Krieg für den Sozialismus und die menschliche Zivilisation, sondern die andere: Muß der Friede unter heutigen Verhältnissen durchaus den Sieg des Faschismus, also die Herrschaft der Barbarei, bedeuten, oder kann die Aufrechterhaltung des Weltfriedens nicht unter Umständen mit einer gewaltigen Hemmung des Faschismus verbunden sein, einer Hemmung, die zuletzt zu seinem Untergang führen könnte?

Man braucht kein rechtgläubiger Anhänger der Theorien über den modernen Imperialismus zu sein, um die Tendenzen des faschistischen Staates zur auswärtigen Expansion zu sehen. Der Drang Italiens nach afrikanischen Kolonien erklärt sich wohl mehr aus innenpolitischen Schwierigkeiten des Faschismus, obwohl auch hier gewichtige ökonomische Motive mitsprechen. Aber man kann sich kaum eine Konsolidierung des Naziregimes in Deutschland vorstellen, ohne daß der Industrie große auswärtige Märkte zur Verfügung gestellt werden. Der »Drang nach Osten«, das Verlangen nach einer »großräumigen« Expansion auf Kosten Rußlands, ist daher kein Schönheitsfehler des deutschen Regimes, diese Bestrebungen sind weit tiefer in der Struktur der heutigen deutschen Gesellschaft begründet als ähnliche Tendenzen in der Vorkriegszeit.

Der Friede kann aber für das Naziregime mindestens ebenso gefährlich sein wie der Krieg. Sollte es möglich sein, einen Ring um Deutschland zu schmieden, der gegenüber allen Expansionsgelüsten von Berlin, gegenüber allen Versuchen, ihn zu durchbrechen, gesichert wäre, so würde das Prestige der Hitler-Regierung einen tödlichen Stoß erleiden, und die revolutionäre Bewegung hätte in Deutschland einen viel leichteren Stand als heute, wo Hitler sich als der einzige erfolgreiche deutsche Außenpolitiker der Nachkriegszeit darstellen kann.

Die ganze Herrlichkeit des Dritten Reiches ist ja auf der Voraussetzung und in der Erwartung ergiebiger auswärtiger Raubzüge aufgebaut. Zerfällt diese Hoffnung ins Nichts, dann muß früher oder später eine große Ernüchterung eintreten, die Mythologie des Hitlerismus bekommt einen breiten Riß, durch den sich ein recht unangenehmer Ausblick auf die Realitäten des Lebens, wie niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit, Teuerung und ähnliche Dinge, eröffnet.

Man könnte hier einwenden, daß ja jede Friedenspolitik aus dem Grunde illusionär sei, weil wir in einer Epoche gewaltiger Umwälzungen, der Kriege und Revolutionen leben. Wir glauben jedoch nicht, daß ein Politiker aus solchen theoretischen Erwägungen heraus dazu bestimmt werden könnte, seinen Kampf für die Erhaltung des Friedens einzustellen. Die Theorie über die Unvermeidlichkeit der imperialistischen Konflikte hat ja bereits in der Vorkriegszeit existiert, hat aber die Sozialisten und sonstigen Friedensfreunde nicht daran hindern können, alle ihre Kräfte für die Erhaltung des Friedens einzusetzen. Man muß allerdings zugeben, daß im kontinentalen Europa selbst die Friedensfaktoren im Zusammenhange mit dem Niedergange der Demokratie und der Arbeiterbewegung außerordentlich geschwächt sind. Müßte man bloß auf diese kontinentaleuropäischen Faktoren zählen, dann wäre die Sache des Friedens ziemlich aussichtslos. Zum Glück für die Erhaltung des Friedens sind dagegen die Friedensfaktoren außerhalb des europäischen Kontinents noch ziemlich stark, obgleich allerdings auch die Unruhemomente im Vergleich zur Vorkriegszeit gewachsen sind. Es kommt für die praktische Außenpolitik nun vor allem darauf an, die Kriegs- und die Friedensmomente gegen einander abzuwägen, um eine für die Erhaltung des Friedens günstigste Kombination zu finden. Das ist mindestens ebenso wichtig wie aus dieser oder jener Theorie eine mehr oder minder unsichere Prognose zu stellen.

Si vis pacem para V... foedus... Soweit sind wir allerdings gegenüber der Vorkriegszeit gekommen, daß wir bei unserer Arbeit für den Frieden weniger auf die Macht der öffentlichen Meinung als auf die Kriegsvorbereitungen der Friedensfreunde rechnen. Es gilt, in Europa eine Mächtekombination zu finden, die imstande wäre, den kriegerischen Nazismus, beziehungsweise Faschismus so im Schach zu halten und zu imponieren, daß den Herren jede Lust an einem kriegerischen Unternehmen vergeht. Eine solche Kombination zur Niederhaltung der Machtgelüste vor allem Berlins bildet sich natürlicherweise auf dem Boden der Friedensverträge von Versailles-Neuilly-Trianon aus den an der Erhaltung der bestehenden Territorialgrenzen interessierten Mächten mit Frankreich an der Spitze. Die sozialistische öffentliche Meinung hat sich nie auf den Standpunkt der Unverletzlichkeit der Friedensverträge gestellt, in diesem Sinne ist der internationale Sozialismus immer »revisionistisch« gewesen und ist es grundsätzlich auch heute. Wir haben immer gewußt, daß die Verträge, die den letzten Weltkrieg abgeschlossen haben, Keime neuer Zwietracht zwischen den Völkern gesät haben. Eine solche Revision konnten wir uns aber nur als Auftakt zur Einigung Europas, zur Herausbildung einer

europäischen Föderation unter sozialistischer Führung vorstellen. Aber eben deswegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit gegen eine Revision der Verträge unter der Aegide von Hitler wenden. In der heutigen Situation bleibt dem internationalen Sozialismus und allen Freunden des Friedens und der Demokratie nichts anderes übrig als sich in die antirevisionistische, d. h. antihitlerische Front einzureihen, ohne auch einen Augenblick dabei zu vergessen, daß diese Front keineswegs mit jener identisch ist, der die Sozialisten in einer anderen Situation die Sache der europäischen Flurbereinigung und Organisation zu übertragen beabsichtigten.

Die antihitlerische Front in Europa gruppiert sich naturgemäß um Frankreich. Die Beteiligung der Sowjetunion und der Kleinen Entente an der antirevisionistischen Front verstärkt selbstverständlich die Stellung von Paris, ist anderseits jedoch für Frankreich eine Belastung: alle mittel- und osteuropäischen Probleme werden nun direkt zu französischen Problemen. Frankreichs Grenzen befinden sich heute nicht bloß am Rhein, sondern auch in den Sudeten und am Dnjepr. Damit hat die kontinentale Verflechtung Frankreichs, das ja stets in seiner Außenpolitik östlich-kontinental orientiert war, heute vielleicht den Kulminationspunkt erreicht. Damit sind aber zugleich auch die Grenzen der französischen Außenpolitik und die Schranken des französischen weltpolitischen Einflusses gegeben.

Der letzte Weltkrieg hat gezeigt, daß Europa allein nicht imstande ist, seine Probleme zu lösen. Der Krieg 1914—1918 ist im wesentlichen durch außereuropäische Machtfaktoren zu Ende geführt und entschieden worden. Das gilt in noch höherem Maße für alle gegenwärtigen kontinentaleuropäischen Verwicklungen. Der kommende europäische Kontinentalkrieg kann nur als ein Prolog zu einem ozeanischen Weltkrieg gedacht werden, der sich mindestens auf drei Erdteile erstrecken und nicht dem Namen nach bloß ein »Weltkrieg« sein wird. Das wissen wir in Europa ganz genau, aber diese Erkenntnis ist keineswegs außerhalb unseres Erdteiles zum Gemeingut geworden. Der angelsächsische, vor allem aber der amerikanische »Pazifismus« beruht im wesentlichen darauf, daß dort breite Schichten in dem Wahne leben, sich außerhalb der europäischen Händel stellen zu können. Die Tragödie der Welt besteht darin, daß zwar der europäische Krieg unzweifelhaft, ja fast zwangsläufig, die angelsächsische Welt in Mitleidenschaft ziehen wird, während man in Washington und Ottawa, in Canberra und Capetown die Organisierung des europäischen Friedens Europa selbst überlassen möchte.

Man ist heute in den Kreisen des kontinentaleuropäischen Sozialismus mit der Außenpolitik Londons unzufrieden. Vieles ist zweifellos an der englischen Politik mehrdeutig und schwankend. Für die praktische Politik stellt sich deshalb die Aufgabe, wie man von kontinentaler Seite her England zu einer unzweideutigen Teilnahme an der antihitlerischen Front veranlassen kann. Denn das muß man klar sehen: ohne die Beteiligung Englands vermag die antihitlerische Front weder für den Frieden noch im Kriege entscheidendes zu leisten. Vor allem ist

es unmöglich, Nazi-Deutschland zum Frieden zu zwingen, wenn man in Berlin nicht fest davon überzeugt ist, im Ernstfalle England zum Gegner zu haben. Die Isolierung Deutschlands ist ohne entscheidende Teilnahme Londons unmöglich.

Wenn man jedoch vom Kontinent aus bestrebt ist, England ganz einfach in die kontinentale Front gegen Hitlerdeutschland einzureihen, so ist das ein Versuch mit untauglichen Mitteln. London kann in die kontinentale Politik nur auf dem Umwege über die Weltpolitik hineingezogen werden. Der Schlüssel zu Englands europäischer Politik befindet sich in Washington. Es wäre gut, wenn man in Paris — und nicht nur in Paris! — endlich begreifen würde, daß eine nur-kontinentale Außenpolitik heute unweigerlich zum Mißerfolg verurteilt ist.

England kann in europäischen Händeln solange keine feste Position beziehen, als es nicht weiß, wie die internationale Situation außerhalb Europas sich in der nächsten Zeit gestalten wird. London kann schwerlich irgendwelche Verpflichtungen für den Fall eines Konfliktes zwischen Frankreich und seinen Bundesgenossen einerseits und Deutschland anderseits übernehmen, wenn die Rückwirkungen dieses Konflikts auf die Weltpolitik bis heute kaum in ihren Umrissen zu erkennen sind. Ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich-Sowjetunion-Kleine Entente würde wohl mit einiger Zwangsläufigkeit eine Einmischung Japans zugunsten Deutschlands herbeiführen. Was jedoch nicht ausgemacht ist, ist die Stellungnahme der USA. Es ist keineswegs sicher, daß Amerika sich von vornherein an einem russisch-japanischen Kriege, und zwar auf seiten Rußlands beteiligen wird. Im Falle einer amerikanischen Neutralität würde aber England allein die Rolle zufallen, Japan im westlichen Pazifik in Schach zu halten und der von zwei Seiten angegriffenen Sowjetunion zu helfen. In Europa würde dabei England gleichfalls seine Kräfte bis zum äußersten anspannen müssen, um seinen Verbündeten gegen Deutschland zu helfen. Eine solche Aussicht ist für London nicht besonders verlockend, keine englische Regierung, sei sie konservativ oder Labour, wird sich auf eine solche Konstellation so leicht einlassen.

In London ist man aber gegenwärtig gar nicht davon überzeugt, daß Amerika sich überhaupt an einem kommenden Krieg beteiligen wird. Eine amerikanische Neutralität in einem Kriege zwischen dem Vierbund England-Frankreich-Kleine Entente-Rußland und dem Zweibund Deutschland-Japan — mögen sich die anderen Mächte beliebig auf beiden Seiten verteilen — macht jedoch die Siegeschancen äußerst zweifelhaft. Diese Ungewißheit in bezug auf die Position der USA verursacht nicht nur die Unsicherheit in der Politik der Downingstreet, sondern stärkt auch die Aggressivität von Berlin und Tokio.

Kurz: alles was man auf dem Kontinent England vorwirft, könnte London mit ebensoviel und mehr Berechtigung Washington vorwerfen. England könnte mit Amerikas Hilfe für die Befriedung Europas und der Welt alles tun, ohne Amerika gar nichts oder jedenfalls sehr wenig. Amerikas Nachkriegspolitik hat zu einer entscheidenden Schwächung

Britanniens in Europa und damit in der ganzen Welt geführt. Die Washingtoner Konferenz von 1921/22 hat nicht nur den Einfluß Großbritanniens im Pazifik geschwächt, sondern auch die britische Seehegemonie endgültig beseitigt. Das hätte einen Sinn gehabt, wenn an Stelle der ozeanumspannenden britischen Kontrolle ein gleich weltpolitisch orientiertes englisch-amerikanisches Kondominium getreten wäre. Aber die amerikanische Außenpolitik hat sich in den der Washingtoner Konferenz nachfolgenden Jahren als höchst beschränkt und provinziell erwiesen.

USA haben sich, nach einem kurzen Versuch, sich als die Vormacht des Erdballs zu etablieren, in einen Schmollwinkel zurückgezogen. Man könnte vielleicht die heutige amerikanische »aloofness« mit der »splendid isolation« Großbritanniens vom Ende des vorigen Jahrhunderts vergleichen. Der Unterschied ist aber doch groß: für London ist die »splendid isolation« immer nur eine Fassade gewesen. England hat in Wirklichkeit nie auf eine entscheidende Anteilnahme an europäischen Händeln verzichtet. Washington aber hat sich tatsächlich zuerst unbewußt, dann aber im vollen Bewußtsein, in eine Position der »Fernhaltung« nicht nur gegenüber Europa, sondern zuletzt auch gegenüber Ostasien, hineinmanövriert. Man hat die englische Kontrolle über die Weltpolitik beseitigt und an ihre Stelle ein paar hochklingende Phrasen aus der Literatur der Quäckertraktätchen mit Variationen über »good will« und »open door« gesetzt. Damit ist aber die Weltpolitik selbst zu einer hohlen Phrase geworden.

Europa geht heute nicht nur an seiner eigenen Zerrissenheit zugrunde, sondern auch an seiner weltpolitischen Isolierung. Nur so ist das abessinische Abenteuer des Napoleon spielenden Mussolini möglich. Europa farà da se — Europa wird es allein schaffen! Diese revolutionär klingende, in Wirklichkeit aber bloß provinzielle Parole beginnt allmählich die heutige außenpolitische Praxis zu beherrschen: die weltpolitische Verlassenheit Europas soll zu einer Tugend erhoben werden. In allen europäischen Lagern orientiert man sich ausschließlich nach kontinentalen Kombinationen. Daß die Pariser Politiker kontinental denken und handeln, ist eine alte Tradition. Daß Mitteleuropa gezwungen ist, seine Außenpolitik kontinental zu begrenzen, ist allenfalls noch verständlich, jedenfalls verzeihlich. Wenn aber versucht wird, solche im wesentlichen außereuropäisch orientierte Gebilde wie die Sowjetunion und besonders das britische Empire restlos in kontinental-europäische Händel hineinzuziehen, so grenzt das an Phantasterei.

Was heute nottut, ist die Erweiterung der These über die »Unteilbarkeit des Friedens« über die europäischen Schranken hinaus. Ja, der Weltfriede ist unteilbar, ebenso wie der Krieg »unteilbar« ist! Das europäische »Gleichgewicht« in dem heute allein möglichen Sinne der Isolierung und Einkreisung der aggressiven Mächte und in erster Linie Hitlerdeutschlands kann nur durch ein weltpolitisches Gleichgewicht gewährleistet werden. Dieses »Weltgleichgewicht« ist aber nur

ein Pseudonym für das *englisch-amerikanische Kondominium* über den Erdball.

»Soll man also die Welt den angelsächsischen Hyperimperialisten ausliefern?!« — Wir müssen offen zugeben, daß wir diese Alternative dem neuen Weltkrieg vorziehen. Wir glauben aber nicht, daß das englisch-amerikanische Kondominium nur auf die imperialistische Art zustandekommen kann. Wir halten sogar diese Variante des Zustandekommens für die am wenigsten wahrscheinliche: zu groß sind nämlich die Rivalitäten und Eifersüchteleien, die Interessengegensätze und die alten Rankünen zwischen den Bourgeoisien der beiden Weltmächte. Nur gänzlich neue Schichten auf beiden Seiten des Atlantik sind imstande, hier reinen Tisch zu machen und alle Hemmungen über Bord zu werfen: wenn wir von einem englisch-amerikanischen Bündnis reden, so meinen wir nicht die Entente zwischen Wallstreet und City, sondern die *Allianz zwischen den englischen Arbeitern und amerikanischen Farmern*, zwischen der American Federation of Labour und den englischen Tradeunions.

Die kontinentalen Sozialisten sollen nicht vom falschen Ende anfangen: es gibt nur eine Möglichkeit, England aus der gefährlichen Isolierung und der unangenehmen, sowie entehrenden Nachbarschaft Berlins herauszubringen, und diese Möglichkeit heißt Brechung der amerikanischen »aloofness«, der Politik der Fernhaltung und Isolierung, in der sich die Rooseveltsche Administration gefällt. Die Rückkehr Amerikas zur Weltpolitik ist keine Phantasterei: in beiden großen Parteien regen sich einflußreiche Elemente, die die Fortsetzung der aloofness-Politik vom wirtschaftlichen und politischen Standpunkt für verderblich halten. Das Mißtrauen zur alten Londoner Diplomatie ist jedoch sehr stark und zum Teil berechtigt. Wenn aber in der Downingstreet eine »neue Mannschaft« erschiene, so würde das wohl eine große Chance auch den progressiv und weltpolitisch denkenden Männern im Weißen Hause und im Capitol geben.

Eine tatkräftige und vor allem offenherzige Labourregierung in London, eine Allianz zwischen dieser Regierung und den progressiven Elementen der amerikanischen Politik, eine Verstärkung der Allianz zwischen London und Washington durch die Mitarbeit von Paris und Moskau — das ist die letzte Chance des Friedens für Europa und die Welt. Unser Erdteil muß aus der weltpolitischen Isoliertheit herausgebracht werden, die angelsächsischen Arbeiter und Farmer müssen verstehen, daß ihr Schicksal sich mit in Europa entscheidet. Der kontinentale Sozialismus muß jedoch endgültig mit der Politik des »Sozialismus in einem Erdteil« brechen und in letzter Stunde lernen, Weltpolitik zu treiben.

Die Wandlungen des Kapitalismus

Von **Paul Sering.**

Der folgende Aufsatz ist von einem in Deutschland lebenden Genossen verfaßt. Er wird uns von der Auslandsvertretung »Neu beginnen« zur Verfügung gestellt. Er ist ein Teil einer größeren Untersuchung, die die brennenden Fragen der Gegenwart zu klären versucht.

Die weiteren Teile werden in den nächsten Heften veröffentlicht.
Die Redaktion.

Der Widerspruch, der aller kapitalistischen Produktion zugrundeliegt, besteht darin, daß einerseits die Produktionsweise gesellschaftlich ist, d. h. zwischen einer außerordentlich großen, tendenziell die ganze bewohnte Welt umfassenden Zahl von Produzenten faktisch ein Verhältnis des ökonomischen Zusammenhangs der Arbeitsteilung besteht, daß gerade dieser gesellschaftliche Charakter der Produktionsweise ihre ungewöhnlichen Leistungen ermöglicht, während andererseits die Aneignungsweise privat ist, dem einzelnen Produzenten seine Arbeit nicht als Arbeit für die Gesellschaft, sondern als Privatarbeit erscheint, nicht ihre gesellschaftliche Funktion, sondern die Verwertung seines Kapitals die Triebkraft seines Handelns bildet. Der Widerspruch zwischen der Organisation im einzelnen Betrieb und der Anarchie in der Gesamtgesellschaft ist nur eine besonders augenfällige Erscheinungsform dieses Grundwiderspruchs.

*

In der realen Dynamik des Kapitals nimmt dieser Widerspruch die Form eines Widerstreits entgegengesetzter Tendenzen an. Der Kapitalismus schließt ein einerseits die Tendenz zur schrankenlosen Entfaltung der Produktivkräfte, zur Entwicklung der ihrem Wachstum entsprechenden höheren gesellschaftlichen Organisationsformen, letzten Endes zum Sozialismus, andererseits die ständige Beschränkung dieser Entfaltung durch den beschränkten Zweck der Verwertung des Kapitals, durch die Unterordnung der Produktivkräfte und Organisationsformen unter dessen Bedürfnisse, durch das Fortdauern der Gegensätze der Kapitalisten und Kapitalistengruppen und der Klassengegensätze. Im Kampf dieser beiden Tendenzen entwickelt sich der Kapitalismus, erlebt er seine Zyklen, erreicht er höhere Entwicklungsstufen. Jede neue Stufe reproduziert erneut in neuen Formen ihren Gegensatz, drückt einerseits die Anpassung an das quantitative und qualitative Wachstum der Produktivkräfte, andererseits die erreichte Intensität der Klassenkämpfe und kapitalistischen Gruppenkämpfe aus. Man kann auch das gegenwärtige Stadium des Kapitalismus nur verstehen, wenn man zunächst beide Tendenzen bis zu ihrem heutigen Stand verfolgt.

I. Das Wachstum der potenziellen Produktivität.

1. Die Entwicklung der Produktivkräfte.*)

Das Tempo der Entwicklung der Produktivkräfte hat sich in den letzten Jahrzehnten gegenüber dem früheren Kapitalismus noch beschleunigt, und zwar trotz verlangsamten Wachstums der natürlichen Produktivkräfte durch die Beschleunigung des technischen Fortschritts und die äußere Ausdehnung des Kapitalismus. Auf der natürlichen Seite ist zunächst die Verlangsamung des Bevölkerungswachstums in den Industrieländern zu konstatieren, ferner die Fortschritte in der Erschließung der wichtigen Rohstofflager, die z. T. zu Berechnungen des Zeitpunktes ihrer künftigen Erschöpfung Anlaß gegeben haben. Andererseits ist durch die Ausdehnung des kapitalistischen Bereichs, insbesondere durch die soziale Umschichtung in den rückständigen, früher agrarischen Ländern die Zahl der in die kapitalistische Produktion einbezogenen Menschen immer noch mächtig gewachsen und wächst weiter, da in den rückständigen Ländern das Bevölkerungswachstum sich — genau wie in der entsprechenden Phase der alten Industrieländer — noch verstärkt hat. Die bebaute Bodenfläche ist durch die Erschließung der großen Siedlungsländer gleichfalls mächtig ausgedehnt worden und wird in einigen Ländern noch ausgedehnt, doch hat hier das Tempo zweifellos abnehmende Tendenz.

Die teilweise Verlangsamung des Wachstums der natürlichen Produktivkräfte wird aber mehr als kompensiert durch den stürmischen Fortschritt derjenigen, die gesellschaftliches Produkt sind. Die seit der Dampfmaschine aufgetretenen neuen Formen der Energiegewinnung haben ganze Gruppen neuer Industrien entstehen lassen. Auf der Elektrizität, die durch die Wasserkraftausnutzung von den Kohlevorkommen unabhängig geworden ist, bauen sich neben allen Produktionszweigen, die sie als Kraftquelle benutzen, die eigentlichen Stark- und Schwachstrom-Industrien auf. Vor allem das Verkehrswesen ist durch sie grundlegend umgestaltet worden, von allen Formen der elektrischen Bahnen, über die Telegrafie bis zur Radioindustrie. Die betreffenden Industrien haben einerseits neue Bedürfnisse geschaffen, andererseits eine Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Produktivität durch Senkung von für die Gesamtproduktion wichtigen Kostenelementen gebracht. Eine andere Gruppe von neuen Industrien baut sich auf dem Explosionsmotor auf. Wieder steht die Verkehrsindustrie mit Auto, Flugzeug usw. an erster Stelle. Aber auch die Entwicklung der Erdölproduktion, Kautschukproduktion und verschiedener Leichtmetall-Industrien hat von hier teils ihren Ausgang genommen, teils entscheidende Anstöße erfahren. Vor allem aber ist durch diese Energieform die technische Revolution der Landwirtschaft ermöglicht worden, die wir während der Nachkriegszeit in Uebersee erlebt haben. Ihre auf dem Traktor fußende Industrialisierung hat dem rückständigsten Produktionszweig der kapitalistischen Welt, der immer noch

---

*) In diesem Abschnitt folgen wir weitgehend der sorgfältigen Darstellung in: Otto Bauer, »Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg«, Bd. 1 »Rationalisierung — Fehlrationalisierung«.

der grundlegende war und bleibt, zu einer Produktionssteigerung verholfen, auf Grund deren er heute relativ zur Gesamtindustrie eine Ueberproduktion aufweist. Das Zurückbleiben der Landwirtschaft hinter der industriellen Entwicklung ist weltwirtschaftlich grundsätzlich überwunden, die damit gegebenen Perspektiven der Umschichtung sind einzigartig.

Die vielleicht bedeutendste neue Industriegruppe ist aber nicht neuen Formen der Energiegewinnung, sondern der Stoffgewinnung zu danken, dem Bestreben entsprungen, die Abhängigkeit von den Naturrohstoffen entscheidend zu verringern: die chemische Industrie in allen ihren Zweigen wird in wachsendem Maße die Grundlage der gesamten industriellen Produktion. Farben- und pharmazeutische Industrie, Kunststickstoff und Kunstseide, Filmindustrie und Kunstdünger-Erzeugung, Metallurgie und durch die Kohleverflüssigung wiederum die Kraftgewinnung wurden von hier aus geschaffen oder auf eine neue Grundlage gestellt. Immer neue Produktionszweige werden von der Chemie beeinflußt, bis schließlich kaum einer mehr seinen alten Charakter behält. Hier ist der wesentliche Grund für die Ueberkompensation jeder weltwirtschaftlich möglichen Rohstoffverknappung zu suchen, hier auch die Quelle einer Anzahl neuer Bedürfnisse, hier auch die produktive Grundlage solcher Verringerungen der internationalen Arbeitsteilung, die keine Rückschritte sind.

Endlich hat der industrielle Produktionsprozeß selbst seit Taylor und Ford jene gewaltige Veränderung durchgemacht, die man meist als Rationalisierung bezeichnet. Die vom Kapitalismus von jeher betriebene Arbeitszerlegung und Oekonomisierung ist zur Wissenschaft geworden und hat ein grundsätzlich neues Tempo angenommen. Nicht zufällig waren neue Industrien die Ausgangspunkte dieser gesamttechnischen Neuerung. Die maximale Zerlegung des Arbeitsprozesses und Vereinfachung jeder Verrichtung, die Oekonomisierung der Wege usw. geht dabei mit einer maximalen Oekonomisierung des Apparats, der Raumausnutzung, zweckmäßiger Anordnung usw. parallel. Die Rationalisierung vom einzelnen Betrieb aus wird endlich durch den gesamtgesellschaftlichen Vorgang der Normung, Standardisierung, Typisierung ergänzt.

Dieser gesamtgesellschaftliche Vorgang entspringt unmittelbar aus dem Bedürfnis der Einzelbetriebe nach Kostensenkung und Marktsicherung. Die kapitalistische Produktion schafft also Situationen, in denen dies Bedürfnis nicht mehr in der Form der Konkurrenz, nur in der der Kooperation befriedigt werden kann. Dabei handelt es sich ebenso gut um Kooperation innerhalb eines Produktionszweiges, wie um solche zwischen verschiedenen, die in technischem Zusammenhang miteinander stehen. Bei der Normung einander ergänzender Bestandteile eines gleichen Endproduktes, die in verschiedenen Industrien entstehen, ist dies besonders deutlich. Prinzipiell gleichartig ist aber die Kooperation zwischen Industrien, die chemisch produktionsverwandte Produkte erzeugen und verwenden, zum Zweck der Ausnutzung der Nebenprodukte, die häufig zur vertikalen Vertrustung oder Vorformen davon führt. Prinzipiell gleichartig ist auch die Entwicklung gesamtgesellschaftlicher Statistik aus den

Bedürfnissen privatwirtschaftlicher Marktübersicht heraus. So ist die Entwicklung neuer Organisationsformen in hohem Grad ein technisch erzwungenes Produkt der Massenproduktion. Ihre grundsätzliche Bedeutung liegt darin, daß die der kapitalistischen und allgemein warenwirtschaftlichen Marktstruktur eigentümlichen Beziehungen der Konkurrenz unter Privaten gradweise durch Beziehungen organisierter Kooperation ersetzt werden, daß die Veränderung der Produktivkräfte die alten Produktionsverhältnisse nicht nur — wie sich vielfach zeigen wird — stört, sondern im Ansatz durch neue ersetzt. Die Orientierung der Produktion an marktstatistischen Daten und wirtschaftlichen Prognosen ist — so wenig sie die kapitalistische Chaotik bannen kann — etwas grundsätzlich verschiedenes von der ausschließlichen Orientierung an der augenblicklichen Preisbewegung, genau wie die technische Abstimmung zweier Produktionszweige aufeinander etwas Verschiedenes von ihrer durch Markt vermittelten Abstimmung ist: Eine höhere, bewußtere Form gesellschaftlichen Zusammenhangs der Produzenten, was ebenso auf dem Gebiet der Rationalisierung der Verteilung, der wissenschaftlichen Kalkulation und Marktbeobachtung, wie dem der Produktion gilt.

Dieser flüchtige Ueberblick zeigt ohne weiteres ein geradezu erstaunliches Wachstum der wirklich angewandten Produktivkräfte, ein Wachstum auch und gerade in den letzten Jahrzehnten, auch und gerade in der Nachkriegszeit. Die in den Fortschritten der wissenschaftlichen Erkenntnisse angelegten technischen Möglichkeiten übertreffen das Erreichte immer noch um ein Vielfaches. In den aufgezählten technischen Fortschritten liegen gleichzeitig die Ausdehnung des kapitalistischen Bereichs, die Verdichtung seines Zusammenhangs durch die Verkehrsentwicklung und die gesellschaftlichen organisatorischen Fortschritte eingeschlossen.

2. Die Entwicklung des Akkumulationsfonds.

Das Wachstum der gesellschaftlichen Produktion setzt neben dem Wachstum der Produktivkräfte auch das Wachstum des Fonds voraus, der zur Vergrößerung der Produktion verwendet werden kann; bei Verbrauch aller Ueberschüsse ist keine Produktionssteigerung möglich. Diese Voraussetzung, die sich kapitalistisch als Voraussetzung des wachsenden Akkumulationsfonds formulieren läßt, ist inhaltlich unabhängig vom kapitalistischen Charakter der Produktion. Wir haben also die Entwicklung der Mehrwertmasse und ihres akkumulierten Anteils zu prüfen.

a) Die Mehrwertmasse muß bei wachsender Zahl der Beschäftigten und wachsender Mehrwertrate (was bei Senkung des Anteils der notwendigen Arbeit durch technischen Fortschritt zwangsläufig — sogenannter relativer Mehrwert) steigen. Wieweit das Verhältnis der Mehrwertmasse zum Kapital, die Profitrate, dennoch infolge Erhöhung der organischen Zusammensetzung gefallen ist, wie weit also das Gesetz des tendenziellen Falls sich im Laufe der letzten Jahrzehnte durchgesetzt hat, ist ohne umfangreiche statistische Untersuchungen schwer zu entscheiden. Doch ist zu bedenken, daß erstens das Gesetz auch nach Marx sich nur inner-

halb sehr langer Zeiträume real durchsetzen muß, daß zweitens die Erhöhung der Mehrwertrate in der abgelaufenen Zeit vermutlich sehr stark war, daß drittens die Profitsteigerung durch Kapitalanlage in rückständigen Ländern kompensierend hinzutrat und daß viertens die Erhöhung der organischen Zusammensetzung durch Oekonomie im konstanten Kapital immer wieder aufgehalten wurde.

Von einer Hemmung der zur Ausnutzung der technischen Möglichkeiten notwendigen Akkumulation durch relative Verringerung der Mehrwertmasse kann also keine Rede sein.

b) Die wachsende Mehrwertmasse ist vor allem aber auch in wachsendem Maße für die Akkumulation zur Verfügung gestellt worden, und zwar vor allem infolge der Entwicklung und Zentralisation des Banksystems. Sie hat Anreiz und Möglichkeit, Einkommensteile als Ersparnisse für die Akkumulation zur Verfügung zu stellen, ungeheuer erhöht, und zwar in einem sich schnell ausdehnenden Teil der Welt. Sie hat darüber hinaus auch die Ausnutzung solcher Einkommensteile, die zum Konsum bestimmt sind, während der Zwischenzeit und die maximale Ausnutzung vorübergehend brachliegender Reserven der Unternehmungen an anderer Stelle ermöglicht. Und sie hat endlich Gelegenheit gegeben, die so von überall gesammelten Mehrwertpartikel zentralisiert an Stellen der größten Verwertungschancen, unabhängig vom Willen ihrer Eigentümer, einzusetzen. Endlich hat das moderne Banksystem sogar die Möglichkeit vorübergehender Vorwegnahme erst zu erwartender Ersparnisse anderer Leute für die Akkumulation (sogenannter zusätzlicher Kredit) geschaffen.

c) Es wird nicht nur eine wachsende Mehrwertmasse in wachsendem Maße zur Akkumulation ausgenutzt, sondern diese Mehrwertmasse besteht auf Grund der steigenden Produktivität in einer immer höheren Gütermasse pro Werteinheit und endlich, soweit es sich um Produktivgüter handelt, in einer höheren Produktivgütermasse, die ihrerseits eine steigende Produktionskapazität verkörpert. Diese Tatsache potenziert das Wachstum des Akkumulationsfonds in seiner Bedeutung für die Ausnutzung der wachsenden Produktionsmöglichkeiten. Die Frage, ob das Wachstum des Akkumulationsfonds zur Realisierung der Möglichkeiten ausreicht, die das Wachstum der Produktivkräfte gibt, kann also voll bejaht werden. Im Grunde ist diese Tatsache nur die andere Seite der wachsenden Produktivität und nur der höhere Akkumulationsgrad drückt einen selbständigen Faktor aus.

II. Die Hemmung der Produktivitätssteigerung durch die Schranken der Akkumulation.

1. Die Schranken der Akkumulation und die Mittel ihrer Ueberwindung.

Es ist oft bewiesen worden, daß im reinen Kapitalismus der Theorie die Akkumulation keine anderen Schranken hat, als die Produktionskapazität und die Proportionalität; denn die Bedürfnisse sind unbegrenzt

und die Gesamtkaufkraft stets gleich der Gesamtproduktion. Marx hat diesen Satz nicht bestritten, seine Reproduktionsschemata drücken nichts anderes als dessen Inhalt aus; er hat nur erstens nachgewiesen, daß er nichts gegen die Möglichkeit allgemeiner Ueberproduktion besagt, weil in der Krise die Unternehmer auf Grund sinkender Profitrate ihre Kaufkraft teilweise nicht ausüben, und er hat zweitens nachgewiesen — was uns hier allein interessiert — daß ein theoretischer Beweis über die schrankenlose Akkumulation im reinen Kapitalismus konkrete Schranken der Akkumulation im konkreten historischen Kapitalismus für konkrete Länder und Industriezweige nicht ausschließt. Die wirkliche kapitalistische Produktion hat sich nämlich niemals proportional, auch nicht um die richtigen Proportionen schwankend, sondern völlig ungleichmäßig entwickelt. Einzelne Länder und in diesen einzelne Industrien gingen voran, in einem Tempo, das die andern technisch noch gar nicht mitmachen konnten. Eben darum stießen sie immer wieder auf Schranken ihrer Erweiterung, auf Sättigung bestimmter Einzelbedürfnisse in bestimmten Gebieten, die nur gesamtkapitalistisch durch Industrialisierung neuer Produktionszweige, Erschließung neuer Länder, Schaffung neuer Bedürfnisse überwunden werden konnten. Der Prozeß der Entwicklung des Kapitalismus vollzieht sich, indem das akkumulationsbereite Kapital ständig gegen diese Schranken preßt, sich immer wieder durch technische Fortschritte neue Anlagemöglichkeiten erschließt, neue Bedürfnisse schafft, Waren und Kapital exportierend in neue Länder eindringt. Dieser ständige Hunger nach Verwertungsmöglichkeiten ist ja der eigentliche Motor der kapitalistischen Entwicklung und damit die Ursache aller ihrer Fortschritte, die, indem sie den Akkumulationsfonds anwachsen lassen, die Triebkraft selbst immer neu erzeugen. Der Kapitalismus überwindet diese Schranken nur, indem er sich neuen Schranken gegenüberstellt.

Die Mittel, diese Schranken zu überwinden, sind also summarisch zusammenzufassen als technische Fortschritte einerseits, Ausdehnung des äußeren Feldes der kapitalistischen Produktion andererseits. Während das erste grundsätzlich immer weiter anwendbar bleibt, verliert das zweite im selben Maße an Bedeutung, wie die industrielle Erschließung der Welt fortschreitet. Die Industrialisierung der rückständigen Länder, die Verringerung der internationalen Arbeitsteilung, die bis zu einem gewissen Grad einen notwendigen Produktionsfortschritt darstellt, bedeutet für die exportabhängigen Industrien der alten Länder, besonders soweit sie für einzelne begrenzte Bedürfnisse produzieren, einen notwendigen Rückschlag und eine dauernde unüberwindliche Schranke weiterer Akkumulation. Gleichzeitig verringert sich immer mehr die Zahl der Produktionszweige, die der Industrialisierung im ganzen noch entgangen waren, die Landwirtschaft war der letzte von gesellschaftlicher Bedeutung. Der technische Fortschritt vermag also ebenfalls die Schranken nur noch zu durchbrechen, indem er ganze neue Industrien schafft, nicht mehr alte Gewerbe industrialisiert. Diese neuen Industrien werden in wachsendem Maße die alleinigen Träger starker Akkumulation, während auf der anderen Seite sich eine im Prozeß der Entwicklung wachsende Zahl von

Industrien bildet, die kapitalgesättigt sind. (Z. B. die Baumwollindustrie im internationalen Maßstab, wahrscheinlich die ganze Schwerindustrie im europäischen Maßstab, die Landwirtschaft gegenwärtig im Weltmaßstab bis nämlich ein Abbau der unrationell produzierenden nationalen Landwirtschaften erfolgt usw.)

Das Gewicht dieser stagnierenden Industrien wächst also mit der Dauer der kapitalistischen Entwicklung absolut und für die alten Länder schon heute relativ. Ihre ökonomische Situation würde häufig nicht Stagnation, sondern direkten Rückgang erfordern. Durch die Höhe des festgelegten Kapitals wird ein Abbau aber um so mehr erschwert, je höher der Anteil des fixen Kapitals in ihnen ist. Für die Dauer des Abbauprozesses werden sie stützungsbedürftig, wobei die Stärke der Beschäftigtenzahl das gesellschaftliche Gewicht erhöht, mit dem sie ihre Forderungen geltend machen. So entsteht eine wachsende Zahl ökonomischer Totgewichte, die einerseits die Schranken der Akkumulation ausdrücken, andererseits durch ihre Existenz wieder die ökonomische Gesamtentwicklung hemmen.

2. Die Kapitalvernichtung als Ausgleich zwischen Akkumulationsfonds und Verwertungsmöglichkeit.

Wenn, wie wir gezeigt haben, der Akkumulationsfonds wertmäßig und erst recht gütermäßig ständig wächst, während die Schranken der Akkumulation immer schwerer überwindbar werden, so ist die zwangsläufige Folge, daß Teile des für die Akkumulation bereits zur Verfügung gestellten Mehrwerts, also des neu gebildeten Kapitals vernichtet werden — sei es durch Vernichtung der Sachgüter, in deren Gestalt sie existieren, sei es durch Verzehrung der Geldfonds als Revenue an Stelle ihrer Verwertung in der Produktion. Wir bezeichnen die erste als physische Kapitalvernichtung (Stillegungen, Vorratsvernichtung, Krieg), die zweite als funktionale Kapitalvernichtung (im Grunde jede Verwendung von Kapital für unproduktive Zwecke, z. B. Rentenzahlung an aufgekaufte Konkurrenten, Deckung von Preiskampfkosten, Bestechungssummen und ganze Bestechungsanleihen wie beim Kreugertrust, das ganze Anwachsen der unproduktiven Staatsausgaben, vor allem der Rüstung). Wir unterscheiden beides scharf von der sogenannten Wertvernichtung des Kapitals, die regelmäßig in der zyklischen Krise durch Herabsetzung von Verzinsungsansprüchen und fiktiven Besitzanteilen zur Wiederherstellung der Profitrate beiträgt und also gesellschaftlich kein Zerstörungs-, sondern ein Gesundungsvorgang ist. Das Wachstum der physischen und funktionalen Kapitalvernichtung in der Gegenwart, von dem man sich täglich in jeder Zeitung überzeugen kann, ist nichts anderes als eine gigantische Steigerung der von Marx so bezeichneten spezifischen faux frais (Unkosten) der kapitalistischen Produktion.

Dieser Ausgleich zwischen wachsenden Produktionsmöglichkeiten und wachsendem Kapitalfonds auf der einen Seite, beschränkten Verwertungsmöglichkeiten auf der anderen Seite ist also ein Ausgleich nach unten. Er bewirkt, daß die Steigerung der gesellschaftlichen Produktivität nicht annähernd das technisch und nach dem Stand des gesellschaftlichen Reich-

tums mögliche Maß erreicht. Damit ist aber gleichzeitig gesagt, daß der durchschnittliche Lebensstandard der kapitalistisch beherrschten Menschheit weit weniger wächst, als in den Möglichkeiten der kapitalistischen Produktion selbst gegeben ist. Und endlich bedeutet der Widerspruch zwischen einem Wachstum der Produktivkräfte, das eine unerhörte Arbeitsersparnis pro Einheit des Produkts ermöglicht und einem Wachstum der Produktion, das in dieser Weise ständig beschränkt wird, die Zwangsläufigkeit des Auftretens einer nicht mehr zyklischen, sondern strukturellen Massenarbeitslosigkeit. Das Brachliegen der menschlichen Arbeitskraft ist nur eine Seite im gesamten Brachliegen des geschaffenen ungeheuren produktiven Potenzials.

Endlich bewirkt die wachsende Kapitalvernichtung auch eine eigenartige Aenderung der Einkommensverteilung, die bedeutende gesellschaftliche Konsequenzen hat. Das physisch und funktional vernichtete Kapital wird von dem Unternehmen, das es aufgenommen hat, genau so verzinst, wie das in der Produktion angelegte, während nur dieses Profit bringt. Der Zinsanteil am Gesamtprofit steigt also auf Kosten des eigentlichen industriellen Profits. Ebenso steigt mit der wachsenden Rolle der staatlichen Wirtschaftspolitik, deren Funktion wir noch analysieren werden, die aber schon hier aus dem wachsenden Gewicht der stützungsbedürftigen Industrien, der Rüstungskosten und Korruptionsausgaben deutlich geworden ist, der Profitanteil, der sich auf dem Steuerwege schließlich als Einkommen von Beamten und Militärs niederschlägt. Endlich steigt das Gewicht des Verteilungsapparats, gerade auch insofern er gesellschaftliche faux frais bildet, und damit der hier verzehrte Profitanteil (Handelsprofit, Angestellteneinkommen). Im Ganzen bedeutet dies ein absolutes und relatives Wachstum der unproduktiven Schichten auf Kosten der produktiven, sowohl was ihre Zahl wie was ihren Anteil am Sozialprodukt anlangt.

Ganz ebenso wie die Arbeitslosigkeit bildet dies die notwendige Kehrseite der nicht ausgenutzten Produktionsmöglichkeiten.

Die bisherige Untersuchung der Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung hat die erwartete Reproduktion des Grundwiderspruchs in entwickelteren Formen gebracht: Dem Wachsen der technischen und betriebswirtschaftlichen Rationalität steht ein Wachsen der sozialökonomischen Irrationalität, der wachsenden Oekonomie in der Produktion, ja auch in der gesellschaftlichen Zusammenfassung der Produktionsergebnisse eine wachsende Verschwendung in der Verwendung dieser Ergebnisse, den wachsenden Produktionsmöglichkeiten eine wachsende Kluft zwischen Möglichkeiten und Ausnutzung gegenüber. Den Ausdruck beider Tendenzen und der qualitativen Entwicklung, die dieser Widerspruch durchgemacht hat, finden wir in den neuen Organisationsformen des Kapitals.

III. Der Doppelcharakter des Monopolkapitalismus.

1. Die Funktion des Monopols.

Es kann hier nicht die Aufgabe sein, über den Gang der Entwicklung von der freien Konkurrenz zum Monopol und über die verschiedenen For-

men, die die monopolistische Organisationsform annehmen kann, zu wiederholen, was seit Hilferdings »Finanzkapital« vielfach beschrieben und analysiert worden ist. Für uns kommt es vielmehr ausschließlich auf die Funktion des Monopols vom Standpunkt der geschilderten widerstreitenden Entwicklungstendenzen an.

»Die Konkurrenz erzeugt die Konzentration, die Konzentration erzeugt das Monopol«. Wo die Entwicklung nach dieser Leninschen Formel verläuft, wo das Monopol also letzten Endes der technisch bedingten Niederkonkurrierung der Kleinen durch die Großen entspringt, eine Verminderung der Zahl der Konkurrenten abschließt, die auf der Tendenz zur optimalen Betriebsgröße beruht, wo somit an die Stelle verschwenderischer Konkurrenz eine rationalisierende Vereinheitlichung eines ganzen Produktionszweiges tritt, ist das Monopol, endend in der Form des Trusts, Ausdruck organisatorischer Anpassung an das Wachstum der Produktivkräfte. Die Vereinheitlichung vieler chemischer Produktionszweige in einer Hand etwa rationalisiert die Verwertung der Nebenprodukte, die Abstimmung der verschiedenen Produktionsarten aufeinander. Die Konzentration des Eisenbahnwesens, wo es nicht staatlich ist, oder der Elektrizitätserzeugung ermöglicht ebenfalls technisch eine Vereinheitlichung, die einen gesellschaftlichen Fortschritt darstellt. In all diesen Fällen ergibt sich das Monopol als ein Element organisierter gesellschaftlicher Produktion, als eine teilweise Ausschaltung der Anarchie im Rahmen des Kapitalismus. Diese ist auch naturgemäß die stabilste Form des Monopols.

Die kapitalistische Wirklichkeit zeigt aber daneben in den letzten Jahrzehnten im wachsenden Maße Monopolbildungen teils freiwilliger, teils vor allem staatlich geförderter Natur, die nicht einer bereits vorhandenen Konzentration des Kapitals, einer technisch erzwungenen Verminderung der Konkurrenz entspringen, sondern gerade auf dem Boden außerordentlicher Zersplitterung gedeihen. Das Monopol, zunächst hier regelmäßig in der Form des Kartells oder Syndikats auftretend, manchmal staatlich erzwungen, tritt hier von Anfang an als Werkzeug der Produktionseinschränkung, der Stillegung, kurz der Kapitalvernichtung großen Stils auf. Nicht die fortgeschrittensten, sondern die überalterten, in der Akkumulation gehemmten Industrien sind sein typischer Platz. Nicht die Vollendung der Vereinheitlichung, sondern die gewaltsame Erzwingung der Einheit des Handelns von vielen ist seine formelle Aufgabe. Das deutsche Kali-Syndikat und die staatlich gestützten »pools«, »Valorisationen« und Restriktionen in Agrarprodukten und Rohstoffen (kanadischer Weizen, britischer Kautschuk, brasilianischer Kaffee) sind Beispiele dieses Typus, die sowohl seinen rein reaktionären Charakter, wie seine häufige Unstabilität, wie seinen engen Zusammenhang mit der staatlichen Wirtschaftspolitik illustrieren.

Nur im Ausnahmefall erscheinen jedoch beide Funktionen des Monopols rein und getrennt. Der Trust, der echter Konzentration entspringt, wird nicht auf Stillegungen der unrentablen Betriebe verzichten und so Kapitalvernichtung betreiben, um seine Extraprofite zu erhöhen. Umgekehrt kann auch die Produktionseinschränkung des künstlichen Zwangs-

syndikats, sofern sie die schlechten Anlagen trifft, rationalisierend wirken. Die Produktionseinschränkung der Landwirtschaft eines ganzen Landes kann, wenn diese weit über Weltmarktkosten produziert, ein Fortschritt sein. Doch wird sie faktisch nur unternommen, um den verbleibenden Produzenten Profite auf Kosten des Konsums zu sichern. Es gibt also kaum eine monopolistische Erscheinung, die nur fortschrittliche oder nur reaktionäre Seiten hat. Stets sind Elemente der Rationalisierung und der zunehmenden Organisation unlösbar verbunden mit forcierter Kapitalvernichtung, Konservierung des Rückständigen, Profiterhöhung durch Ausbeutung der Konsumenten und Verdrängung der Konkurrenten statt durch Erhöhung der Produktion. Nicht das eine Monopol ist Element organisierter gesellschaftlicher Produktion und das andere Werkzeug der Kapitalvernichtung und Erstarrung, in aller Regel finden wir beides in einem. Die gesellschaftliche Organisation wächst, aber sie wächst in so antagonistischen Formen, daß gerade ihr Wachstum zum Werkzeug der Erhöhung der gesellschaftlichen faux frais, daß die organisatorische Rationalisierung zum Motor der ökonomischen Irrationalität wird.

2. Monopole und technischer Fortschritt.

Häufig ist behauptet worden, dem Monopol sei die Hemmung des technischen Fortschrittes, der Entwicklung der Produktivkräfte spezifisch. Die Literatur ist voll von Beispielen über von Monopolen aufgekaufte und in den Schrank gelegte Patente, Beispielen, die allerdings die Eigenschaft haben, schnell zu veralten, weil die Patente inzwischen doch verwirklicht worden sind. Ein flüchtiger Blick über das im ersten Abschnitt über die Entwicklung der Produktivkräfte in den letzten Jahrzehnten Gesagte genügt, um die Vorstellung einer Verlangsamung des technischen Fortschrittes durch das Monopolkapital empirisch zu widerlegen.

Theoretisch liegt dieser Vorstellung die Annahme zugrunde, als fördere das Kapital den technischen Fortschritt nur unter dem Stachel der Konkurrenz. In Wirklichkeit ist dies keineswegs der Fall; das Motiv des technischen Fortschrittes, wie jeder kapitalistischen Handlung, ist der Versuch der Profiterhöhung, in diesem Fall durch Senkung der Kosten bei gleichen oder weniger sinkenden Preisen. Die Möglichkeit, solchen Ueberprofit zu behaupten, ist aber im Monopolkapitalismus nicht geringer, sondern größer als bei freier Konkurrenz: sie ist an die einzige Voraussetzung gebunden, daß die Produktionsmenge nicht entsprechend der gestiegenen Produktivität erhöht wird. Von einer anderen Seite stoßen wir hier wieder auf den Zusammenhang von Monopolkapital und Hemmung der Akkumulation, von Hemmung der Akkumulation und struktureller Arbeitslosigkeit. Das Monopolkapital verlangsamt also nicht den technischen Fortschritt, aber es verlangsamt die Ausnutzung des technischen Fortschrittes zur Steigerung der Produktionsmengen. Richtiger gesagt: die Hemmung der Ausnutzung des produktiven Potentials durch die Schranken der Akkumulation verwirklicht sich subjektiv durch die Kalkulation des Monopols.

Jene Beispiele des Patentaufkaufs laufen meist auf das Bemühen hinaus, den allzu schnellen moralischen Verschleiß großer Kapitalien zu verhindern, entspringen also der Verringerung der Elastizität der Produktion durch das Wachstum des fixen Kapitals. Tatsächlich bildet diese Veränderung eine wesentliche Ursache der Monopolbildung und gerade ihrer reaktionären Formen. Doch ist die Wirkung dieser Hemmungen regelmäßig nur vorübergehend und kann die Beschleunigung des technischen Fortschrittes aus dem vorerwähnten Grunde schon deshalb nicht aufheben, weil solange das Weltmonopol aller Produktionszweige nicht verwirklicht ist, sich immer wieder Außenseiter durchsetzen. Verhältnismäßig dauerhaft scheint nur die Hinderung jener Verbesserungen wirksam, die nicht kostensenkender Natur vom Standpunkt des Einzelbetriebes, sondern nur vom Standpunkt der Gesellschaft sind, insofern sie qualitative Verbesserungen der Produkte, vor allem hinsichtlich ihrer Dauer bringen. Es wurden also nur jene technischen Fortschritte gehemmt, die ipso facto eine Konsumverbilligung bedeuten, was mit der allgemeinen Hemmung der Mengenerweiterung der Produktion in die gleiche Richtung geht.

Daß eine spezifische Hemmung der technischen Entwicklung durch das Monopolkapital, womöglich mit der Tendenz zur vollen Erstarrung, nicht eintritt, ist von entscheidender Bedeutung für die Perspektiven der kapitalistischen Entwicklung. Ein Aufhören der technischen Dynamik würde einen vollen Sieg der reaktionären über die fortschrittliche Tendenz der Entwicklung bedeuten. Es würde dem weiteren gesellschaftlichen Fortschritt die Grundlage entziehen. Daß von diesem Aufhören gesamtgesellschaftlich nicht die Rede sein kann, daß die Produktivkräfte sich ständig schneller weiterentwickeln, wenn auch in antagonistischen Formen, bedeutet gleichzeitig eine entscheidende Garantie gegen die dauernde Stabilisierung reaktionärer politisch-sozialer Systeme.

Die fortbestehende technische Dynamik äußert sich vor allem auch als Ungleichmäßigkeit der Entwicklung. Auf den Gegensatz der neuen und der alten Länder, der neuen und der alten Industrien wurde anfangs schon hingewiesen. Die neuen Industrien sind nicht nur die Hauptträger der technisch fortschrittlichen Seite der Organisationsformen und ausgezeichnet durch die Tendenz, die nationalen Schranken immer wieder zu durchbrechen, an die die alten Industrien sich klammern. Die Trustform und die internationale Kapitalverflechtung sind für die neuen Industrien (Elektrizität-Kunstseide) geradezu charakteristisch, wobei fast nie ein Vollmonopol erreicht wird, sondern regelmäßig die Konkurrenz mehrerer Riesentrusts das Bild beherrscht. Stürmische internationale Expansion in heftigem Kampf ist ihre Lebensform. Die alten Industrien dagegen zeigen eine Vorliebe für kartellähnliche Formen und lassen sich von den Nationalstaaten nach Möglichkeit einen ruhigen Lebensabend garantieren.

Beide Seiten der monopolkapitalistischen Funktion sind theoretisch verabsolutiert worden: die fortschrittliche in der reformistischen Formel vom organisierten Kapitalismus, der eine Vorstufe des Sozialismus dar-

stelle, die reaktionäre in der kommunistischen Formel vom monopolkapitalistischen Niedergang, der parasitären Stagnation. Nach dem Gesagten ist klar, daß beide Theorien sich auf Tatsachen stützen können, und daß beide nur einen Teil der Tatsachen erfassen, die eine marxistische Analyse erfassen muß. Von faschistischer Seite ist die Erstarrungstendenz noch stärker betont, aber gerade diese idealisiert worden.

IV. Der Doppelcharakter des staatlichen Interventionismus.

Bei der Untersuchung des Monopolkapitalismus wurden wir schon ständig auf seine Verbindung mit der wachsenden Wirtschaftstätigkeit des Staates hingewiesen. Wenn wir nun deren Rolle in der ökonomischen Entwicklung untersuchen, so sei vorausgeschickt, daß wir es hier ebenfalls nur mit der ökonomischen Funktion des Interventionsstaates in seinen verschiedenen Betätigungsformen, nicht mit der gesellschaftlichen Dynamik zu tun haben, durch die dieser Staat sich herausbildet und seine Betätigung in dieser Richtung erzwungen wird. In der Wirklichkeit sind diese Seiten selbstverständlich untrennbar verbunden, wir halten es aber für zweckmäßiger, die Seiten der gesellschaftlichen Dynamik und der Klassenkämpfe, in denen sich die Umwandlung des Staates vollzieht, gesondert in einer Skizze der politisch-sozialen Gesamtentwicklung zu erörtern und uns hier auf die Analyse der ökonomischen Tendenzen zu beschränken, die sich im Interventionismus durchsetzen.

Der staatliche Eingriff in die kapitalistische Wirtschaft vollzieht sich einerseits als wirtschaftspolitisch regulierender Eingriff, andererseits als unmittelbar ökonomische Tätigkeit der öffentlichen Hand, als selbständige Investition des Staates. Wir haben beide Betätigungsformen auf ihre ökonomische Funktion zu prüfen. Wir werden in beiden Formen Maßnahmen ganz verschiedenen Inhalts finden. Einerseits die Uebernahme gesamtgesellschaftlicher Aufgaben durch den Staat, die privatkapitalistisch nicht oder nicht rationell lösbar sind. Hier handelt es sich zweifellos noch mehr als schon beim Monopol um Elemente gesellschaftlicher Organisation. Andererseits finden wir staatliche Maßnahmen im unmittelbaren Interesse konkreter kapitalistischer Interessentengruppen, und da wieder einerseits solcher, die im ökonomischen Aufstieg sich des Staates zur Verstärkung ihrer Stoßkraft bedienen, andererseits solcher, die ohne staatliche Krücken nicht mehr gehen können. In beiden Fällen ist die staatliche Wirtschaftstätigkeit hier Funktion der monopolkapitalistischen Entwicklung, und zwar einmal als Helfer der »fortschrittlichen« Monopole, ohne daß deren Charakter aber an sich durch die Verflechtung mit dem Staat eine qualitativ höhere Stufe erreichte, andererseits der ausgesprochen reaktionären monopolistischen Tendenzen. Auch hierbei ist immer zu berücksichtigen, daß in der monopolistischen Wirklichkeit beide Tendenzen regelmäßig verquickt vorhanden sind. Endlich finden wir parallel dem Wachstum der Widersprüche, insbesondere der Kapitalvernichtung, den Staat in Situationen, wo er zu einem selbständigen Träger dieser negativen gesamtgesellschaftlichen Funktion wird.

1. Der Staat als Förderer gesamtökonomischer Rationalität.

Eine Reihe von Aufgaben, die nur gesamtgesellschaftlich gelöst werden können, muß schon in einem relativ frühen Stadium des Kapitalismus der Staat übernehmen. Auf dem Gebiet der selbständigen staatlichen Tätigkeit sind dies vor allem Aufgaben, die entweder nicht profitabel sind oder, wenn profitabel und monopolistisch ausgeübt, eine starke Belastung der gesamten übrigen Produktion darstellen würden.

Hier handelt es sich regelmäßig um Aufgaben auf dem Gebiete des Verkehrswesens und der sogenannten public utilities. Straßenbau, Eisenbahnen, Post, Rundfunk, Elektrizität, Gas- und Wasserversorgung sind in einer großen Anzahl von Ländern aus den beiden genannten Gründen ganz oder teilweise verstaatlicht. Aber auch die Aufgaben der Erhaltung und Schulung der menschlichen Arbeitskraft sind teilweise nur gesamtgesellschaftlich lösbar. Der unentgeltliche Volksschulunterricht, das Sanitätswesen, das Berufsschulwesen stellen wiederum national verschieden entwickelte, in verschiedenem Maße verstaatlichte Leistungen dieser Art dar. In Gestalt der Sozialversicherung endlich übernimmt der Staat einen Teil der Sorge für das gesellschaftliche Risiko, das mit dem System der Lohnarbeit verbunden ist. In allen diesen Funktionen handelt der Staat als »ideeller Gesamtkapitalist«, nicht anders bei eigentlich wirtschaftsregulierenden Funktionen, wie Errichtung und Kontrolle der Notenbank. Auch hier bedeutet der Mangel an Zentralisation ständige unnötige Störungen, wie man an der amerikanischen Bankgeschichte studieren kann, ihre private Durchführung aber die Gefahr wucherischer Ausbeutung des Gesamtkapitals durch die Inhaber der Schlüsselpositionen. Durch die Entwicklung einer öffentlichen Statistik, Förderung der Konjunkturforschung usw. fördert der Staat Ueberblick und Verwissenschaftlichung der Gesamtproduktion, nicht anders durch die Förderung des Normwesens. Im Kampf für industrielle Zusammenarbeit, etwa in Form von Patentaustausch wirkt er aktiv an der Ueberwindung hemmender Eigentumsschranken mit. Durch den Erlaß sozialpolitischer Mindestbestimmungen (Arbeiterschutzgesetze) und ihre Kontrolle, durch die Schaffung des Tarifwesens greift der Staat, wenn man von der Bedeutung für das Verhältnis der Klassen zueinander hier absieht, regulierend in die kapitalistische Konkurrenz ein, für die er auf diesem Gebiet gleiche Grundlagen schafft.

Der ökonomisch-organisatorisch fortschrittliche Charakter all dieser staatlichen Maßnahmen kann keinem Zweifel unterliegen. Sie bedeuten in spezifischem Grad ein Wachstum der Voraussetzungen des Sozialismus. In eben diesem Sinne feierte Marx den 10-Stundentag als Sieg eines Prinzips. »Zum ersten Male unterlag im hellen Licht des Tages die politische Oekonomie der Bourgeoisie der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse.« Das Tempo der Realisierung dieser Fortschritte ist aber nicht nur abhängig vom ökonomischen Entwicklungsgrad eines Landes, sondern auch vom Entwicklungsgrad eines Staates selbst, was nicht immer zusammenfällt. In diesem Sinne holen die Vereinigten Staaten in ihrer gegenwär-

tigen Umwälzung, die sie erst zu einem eigentlich modernen Staat macht, auch viele seiner fortschrittlichen Funktionen in revolutionärem Tempo nach, was Roosevelt ängstlichen Gemütern als Bolschewiken erscheinen läßt. Dem Entwicklungsgrad dieser Staatsfunktion pflegt übrigens bis zu einem gewissen Grad die Stärke des Reformismus parallel zu gehen. (Deutschland, England, Skandinavien, Schweiz.)

2. Der Staat als Förderer monopolkapitalistischer Expansion. — Der Imperialismus.

Die Funktion des Staates, mit der wir es hier zu tun haben, ist die in der marxistischen Literatur am besten untersuchte. Der Wettlauf der Monopole um die Beherrschung der Rohstoffschätze, der Wettlauf der Großbanken um die Kapitalanlagemöglichkeiten in rückständigen Ländern, der Wettlauf der international kartellierten Industrien um ihre Quoten und der neu sich ausbildenden um die Beherrschung fremder Märkte führt auf Schritt und Tritt zur Einspannung des Staates, zur Einsetzung seiner Wirtschaftspolitik und seines Machtgewichtes in diesem Kampf. Von der Kolonialpolitik bis zur Sicherung von Einflußsphären, von Dumpingzöllen bis zu Handelsverträgen, die im Anschluß an die Kartellverträge geschlossen und zur Pression bei ihrer Erneuerung gekündigt werden, von der Flottenpolitik bis zur staatlichen Garantie auswärtiger Anleihen werden die staatlichen Machtmittel in den verschiedensten Formen in den Dienst der internationalen Konkurrenz der Monopole gestellt. Lenin hat beschrieben, wie diese Politik in der Aufteilung der Welt auf die großen Monopole und die imperialistischen Großmächte gipfelt und der Kampf um die Neuverteilung, der auf Grund der ungleichmäßigen Entwicklung zwangsläufig einsetzen muß, zu imperialistischen Kriegen führt.

So kraß die Widersprüche des Kapitalismus im imperialistischen Machtkampf zutage treten, so wenig trägt diese Phase historisch betrachtet einen rein reaktionären Charakter. Sie forciert die Erweiterung des Weltmarktes, die Erschließung der Rohstoffvorkommen, letzten Endes auch die Industrialisierung der rückständigen Länder, so wenig dies auch von den imperialistischen Ländern zunächst gewünscht wird. Die imperialistische Expansion endet auch nicht mit der vollendeten Aufteilung der Welt, die Entwicklung neuer Industrien gibt stets Anlaß zu neuen Vorgängen vom gleichen Typus, verschiebt die Bedeutung der Rohstoffbasen, das ökonomische Gewicht der einzelnen Länder, ihr militärisches Potenzial und gibt so Anlaß zu neuen Konflikten, aber auch zu neuer Expansion und Markterweiterung. Es sind gerade die im produktiven Sinne relativ fortschrittlichsten Monopole, die Träger des Imperialismus sind. Diese Seite der staatlichen Wirtschaftspolitik kann also so wenig erlöschen, wie die kapitalistische Dynamik überhaupt. Auch die Bildung übernationaler Großräume könnte nur die Basis vergrößern, von der aus vorgestoßen wird, nicht die Tendenz zu immer neuen Vorstößen beseitigen. Während aber alle Behauptungen von der Saturiertheit der kapitalistischen Staaten und der Tendenz zum Verschwinden des Imperialismus in das Reich der Fabel gehören, läßt sich nicht leugnen, daß eine Verschiebung in der Bedeutung dieser Elemente in der gesamten staatlichen Wirtschaftspolitik

seit dem Kriege stattgefunden hat: sie gehen für die alten Länder in demselben Maße relativ zurück, wie in diesen das Gewicht der expansionsunfähig gewordenen, bereits vom Rückschlag getroffenen alten Industrien zunimmt. Um so stärker wird dafür freilich der Expansionsdrang der neuen Industrien und der jungen Länder.

3. Der Subventionsstaat.

Dafür entwickelt sich parallel dem Wachstum der akkumulationsunfähigen, stützungsbedürftigen alten Industrien eine neue Funktion des Staates: die Subvention der ökonomisch lebensunfähigen, aber gesellschaftlich nicht ohne weiteres abbaubaren Produktionszweige. In dieser Funktion spielt der Staat eine ausgesprochen reaktionäre Rolle und hemmt die Entwicklung der gesamtnationalen Produktivkräfte im Interesse besonderer Interessentengruppen, zerreißt die internationale Arbeitsteilung in einer nicht durch reale ökonomische Verselbständigung gerechtfertigten, sondern die weltwirtschaftliche Produktivität senkenden Weise. Er wird zum Träger aller aus dem Privateigentum entspringenden, der Entwicklung der Produktivkräfte feindlichen Kräfte. Die Mittel, mit denen er stützt, was reif ist zu stürzen, reichen vom Zoll bis zum Kontingent und Währungsdumping, vom Ueberfremdungsverbot bis zur völligen Zerstörung des internationalen Kapitalverkehrs. Durch Investitionsverbote und Anbaubeschränkungen, durch Zwangskartelle und direkte Festpreise sucht man weltwirtschaftlich unhaltbare Preisniveaus zu retten, wo die Zölle nicht mehr ausreichen. Und neben all diese indirekten Mittel tritt die direkte Subvention in den Formen der Frachtbegünstigung, der öffentlichen Kreditgarantien, der Vorratsübernahme und der einfachen Entschädigung für »nationale Verdienste« (deutsche Ruhr- und Osthilfe). Wenn aber trotz allem — und dieser Moment kommt immer — der Pleitegeier seine Kreise zu ziehen beginnt, dann erklimmt der Subventionsstaat den Gipfel seiner Aktivität: durch Vollstreckungsschutz, durch Moratorien, durch Bankfeiertage und schließlich, wenn nichts mehr hilft, durch Sozialisierung der Schulden vermeidet er den offenen Zusammenbruch im Riesenmaßstabe; sozial die Katastrophe mildernd, aber ökonomisch die Krise verschleppend und dadurch in ihrer Gesamtwirkung verschärfend.

Je stärker die allseitige Intervention des Subventionsstaates sich ausbildet, je mehr sie sich mit jenen Maßnahmen verquickt, desto stärker wird das Bemühen, dem ganzen den Schein der Planmäßigkeit zu geben. Der Schutz vor der Pleite wird als Herausnahme aus der Marktwirtschaft, die Uebernahme der Schulden als Sozialisierung, die Sicherung der Monopolprofite durch Produktionseinschränkung als Produktionsplanung, die Zwangskartellierung als Ordnung des kapitalistischen Chaos frisiert. Daran ist soviel richtig, daß alle diese Maßnahmen in ihrem Mechanismus wirkliche Planungsfortschritte vorbereiten, Experimente darstellen, aus denen der Sozialist lernen kann. Ihr Inhalt aber ist eindeutig reaktionär, ob es sich um den englischen Bergbau oder die deutsche Landwirtschaft handelt, um den englischen Kautschuk oder die amerikanischen Baumwollpflanzer, ob Großbanken oder Stahltrusts in der Krise vom Staat übernommen und in der Konjunktur reprivatisiert werden. Im selben Maße,

wie diese Politik eine Tendenz zur Planung ist, ist sie Tendenz zur Autarkie, zur vollen Abschließung und zur vollen Erstarrung. Aber ebenso wenig, wie die volle Abschließung und die volle Erstarrung sich gegenüber der ökonomischen Dynamik durchsetzen kann, gelingt die Planung. Der scheinbare Primat der Politik über die Oekonomie im Subventionsstaat stellt sich in Wirklichkeit als verstärkter Druck der reaktionären Wirtschaftszweige, die ihr gesellschaftliches Gewicht zur Stärkung ihrer schwindenden ökonomischen Position in die Waagschale werfen, auf die gesunden Wirtschaftszweige heraus.

Die Erkenntnis dieses Charakters der als Plan frisierten Subventionsmaßnahmen wird außer durch den ideologischen Flitter, mit dem Interessenten und Träger sie umgeben, noch durch die Aehnlichkeit erschwert, die sie in der Form mit wirklich fortschrittlichen Maßnahmen anderer, nämlich rückständiger Länder haben. Ein Erziehungszoll ist ökonomisch und entwicklungsmäßig etwas anderes als ein Dumpingzoll, die Subvention einer aufzubauenden, auf die Dauer lebensfähigen Industrie etwas anderes als die Subvention einer lebensunfähig gewordenen. Aber der äußere Apparat der staatlichen Mittel ist ganz der gleiche, und ein Staat kann ihn vom andern, der in völlig anderer Situation ist, fast völlig unverändert übernehmen. Je rückständiger allgemein ein Land ist, desto fortschrittlicher kann (Entwicklungsmöglichkeiten überhaupt vorausgesetzt) seine Subventionspolitik sein, desto weiter ist sie noch von der Grenze entfernt, wo der Abbau einer historisch zufälligen und unrationellen internationalen Arbeitsteilung in die Beschränkung der ökonomisch notwendigen Arbeitsteilung umschlägt. Auch im rückständigen Land erfolgt die Subvention natürlich auf Kosten der Konsumenten, bewirkt sie eine Senkung des Lebensstandards unter das momentan mögliche Maß, aber diese Senkung ist dort nur zeitweilig. Auch im rückständigen Land erfolgt diese Entwicklung daher in klassenmäßig antagonistischen Formen, unter Verschärfung der Ausbeutung, aber dennoch führt sie dort zu historischen Fortschritten, in entwickelten Ländern dagegen zur Hemmung des historischen Fortschritts. Im rückständigen Land bedeutet die Machtkonzentration in den Händen des Subventionsstaates eine Schwächung der fortschrittlichen Klasse, des Proletariats, aber eine Beschleunigung des ökonomischen Fortschritts für die nächste Etappe. Im entwickelten Land bedeutet sie gleichzeitig eine Verlangsamung der ökonomischen Entwicklung und eine Schwächung der fortschrittlichen Klasse, die allein die so drückend gewordenen Schranken sprengen kann. Die Wirtschaftspolitik der Türkei, vielleicht auch der ersten faschistischen Jahre in Italien, hat mit dem Merkantilismus der frühkapitalistischen Zeit Westeuropas mehr gemein als mit dem, was der deutsche Faschismus produziert.

Das Beispiel der Türkei zeigt auch am ausgeprägtesten eine Erscheinung, die wir in geringerem Maße auch in einer Reihe anderer Länder beobachten können: staatliche Investition in den verschiedenen Zweigen der Industrie. Diese Investitionen erfolgen hier nicht aus den unter 1 angeführten Gründen (Unrentabilität oder Rentabilität nur auf Kosten an-

derer Produktionszweige), auch nicht wie heute viele staatliche Investitionen in entwickelten Ländern zum Zweck der »Arbeitsbeschaffung«, sondern einfach, weil das erforderliche Kapital in privaten Händen fehlt. Das Anwachsen der privaten Auslandsverschuldung aber als Ueberfremdung vermieden werden soll. Motiv dafür, daß der Staat die Industrialisierung rascher forciert als der nationale Akkumulationsfonds in privaten Händen erlaubt, ist die Beschleunigung der Gesamtentwicklung des Landes vor allem auch in militärischer Hinsicht. In vielen rückständigen Ländern sind Staatsinvestitionen auf kriegswichtige Industrien konzentriert, nur in der Türkei ist der extreme Fall gegeben, daß die Gesamtindustrie von vornherein staatlich aufgebaut wird. Man kann hier nicht mehr sagen, daß der Staat als ideeller, höchstens, daß er als realer Gesamtkapitalist fungiert, d. h. er handelt nicht im Interesse einer nicht vorhandenen Klasse privater Industriekapitalisten, sondern der unmittelbar herrschenden politisch-militärischen Trägerschicht.

4. Der Staat als Organisator der Kapitalvernichtung.

Alle reaktionären Subventionsmaßnahmen senken die gesellschaftliche Produktivität, erhöhen also die sozialökonomischen faux frais und stellen insofern Kapitalvernichtung dar. Darin äußert sich eben, daß die subventionistische Planung eine »Proportionierung nach unten« bedeutet. Es ist dies aber bei weitem nicht die einzige Form, in der der Staat die gesellschaftliche Verschwendung zentralisiert, die Anarchie konzentriert, die Irrationalität rationalisiert. Das ganze Wachstum des Staatsapparats selbst, seiner Bürokratie, seines Heeres, seiner Rüstungsausgaben, stellt ja, wie wir gesehen haben, gesellschaftliche Kapitalvernichtung dar. Durch Steuern und Anleihen, die er in wachsendem Maße an sich reißt — überall in der Welt steigt der Anteil des Etats am Sozialprodukt — konzentriert der Staat bei sich von allen Seiten akkumulationsbereiten Mehrwert, um ihn durch zahlreiche Kanäle wieder dem Konsum, und zwar dem Konsum der Unproduktiven zuzuführen.

Eine eigenartige, sozial verschleierte Form dieses Vorgangs ist neuerdings die staatliche Arbeitsbeschaffung, die sogenannte produktive, aber gesellschaftlich meist unproduktive Form der Erwerbslosenfürsorge. In ihrer ökonomischen Bedeutung unterscheidet sie sich von der einfachen Arbeitslosenunterstützung dadurch, daß außer dem Unterstützungsbetrag, der jetzt Lohn heißt, noch die Materialkosten verschleudert werden. Dies gilt nicht, wenn als Notstandsarbeiten solche Staatsinvestitionen vorgenommen werden, die (s. Abschnitt 1) im gesellschaftlichen Gesamtinteresse liegen und nur privatkapitalistisch unprofitabel sind, und es gilt ferner nicht ohne weiteres, sofern eine kurzfristige Staatsausgabe dieser Art den Uebergang von Depression zum Aufschwung »ankurbelnd« erleichtert. Wohl aber gilt es für die Notstandsarbeit als Dauerinvestition und auch im Falle der Ankurbelung bleibt für die unproduktiven Notstandsarbeiten als solche der Charakter der Kapitalvernichtung bestehen; nur hat diese Kapitalvernichtung die Funktion, dem verringerten Akkumulationsfonds die Verwertung zu ermöglichen, was aber für alle moderne Kapitalvernichtung zutrifft.

5. **D i e h i s t o r i s c h e F o l g e d e r S t a a t s f u n k t i o n e n.**

Die verschiedenen Staatsfunktionen, die wir in unserer Analyse trennten, verquicken sich in der Wirklichkeit vielfach miteinander. Oft sind sie in einer Maßnahme vereint, ständig in ein und derselben Periode, doch kann man zweifellos ein verschiedenes Gewicht der verschiedenen Funktionen in verschiedenen Etappen der Staatsentwicklung konstatieren. Während im Frühkapitalismus die fortschrittliche Subvention überwiegt, im Hochkapitalismus die Uebernahme gesamtgesellschaftlicher Aufgaben, im Imperialismus bis zum Kriege die Förderung der expansiven Monopole, tritt nach dem Kriege in den alten Ländern die Subvention der ökonomischen Totgewichte und überhaupt die organisierte Kapitalvernichtung mehr und mehr in den Vordergrund der Staatstätigkeit, ohne daß freilich die anderen Funktionen aufhören, für das Gesamtbild von Bedeutung zu sein.

Neben der qualitativen Veränderung des Inhalts findet im Laufe der Entwicklung also ein ständiges Wachstum des Gesamtumfanges ökonomischer Staatstätigkeit statt. In diesem Wachstum drückt sich einerseits die wachsende Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Regelung, andererseits die zunehmende Heftigkeit der Klassengegensätze und Konkurrenzkämpfe aus, die um den Inhalt dieser Regelung entbrennen. In demselben Maße, wie die staatliche Gesamtorganisation Bedingung der Erreichung konkreter Wirtschaftsziele wird, wird Klassenkampf und Konkurrenzkampf zum Kampf um den Staat. Die Politisierung der wirtschaftlichen Interessenkämpfe, die Entwicklung zum System der Interessenparteien ist der eine Prozeß, in dem sich dies ausdrückt. Der andere ist die wachsende Bedeutung der staatlichen Bürokratie. Wie überhaupt die Bürokratie mit der Verwissenschaftlichung der Produktion und dem Wachstum der gesellschaftlichen Organisation an Bedeutung zunimmt, wie sich die bürokratische Struktur von der Produktion ausgehend auf allen Lebensgebieten durchsetzt (z. B. im Heerwesen), so führt die geschilderte Entwicklung auf jeder Stufe notwendig zu einer Stärkung der Bürokratie par excellence, der staatlichen Bürokratie. Dabei vollzieht sie sich in dem ständigen Widerspruch, daß das Wachstum der Aufgaben funktionell eine wachsende Einheitlichkeit und daher Unabhängigkeit der Bürokratie erfordert, während die wachsende Bedeutung ihres Handelns für das ökonomische Schicksal aller Klassen und Gruppen gerade den Druck auf die Bürokratie verstärkt, der diese Einheitlichkeit und Unabhängigkeit gefährdet. In den verschiedenen Stufen der Entwicklung ökonomischer Staatstätigkeit wie in den verschiedenen Staatsformen ist das Gewicht dieser Tendenzen ungleich verteilt. Wo es sich wesentlich um Aufgaben gesamtgesellschaftlicher Organisation handelt (s. Abschnitt 1) und die Kämpfe wesentlich Kämpfe der großen Klassen sind, wird die Unabhängigkeit der Bürokratie, ihre Balancemöglichkeit gestärkt. Wo die einzelnen Interessen von Sondergruppen in den Vordergrund treten, wie im Imperialismus und Subventionismus, ist eher das Gegenteil der Fall. Wo der Staat als selbständiger Organisator der Kapitalvernichtung auftritt, wie in der neuesten Phase, tritt die Bürokratie wieder mehr in ihre selbständigen Rechte. Unter den

Staatsformen begünstigen jene am meisten die Unabhängigkeit der Bürokratie, in denen eine vom Parlament unabhängige Spitze der Exekutive vorhanden ist, sei sie monarchistisch oder volkspräsidentiell. Die Souveränität dieser Spitze entzieht den nur von ihr abhängigen Apparat in gewissem Grad dem unmittelbaren Interessentendruck. Doch kann keine Staatsform diesen Druck und damit den erwähnten Widerspruch grundsätzlich beseitigen. Er drückt ja nur von der Seite der Staatsfunktion den Grundwiderspruch von wachsender gesellschaftlicher Organisation und wachsenden Klassen- und Konkurrenzgegensätzen aus, die Steigerung der Organisationstendenz auf antagonistischer Basis.

In dem Bestreben nach Vereinheitlichung ihrer wirtschaftspolitischen Aufgaben stößt die Bürokratie, je weiter sie geht, desto mehr auf Widerstände, die den Eigengesetzlichkeiten der Sphären gesellschaftlichen Lebens entspringen, die sie zu meistern versucht. Je lebenswichtiger für den Subventionsstaat der Versuch wird, alle nationalen Energien für eine bestimmte Zielsetzung einheitlich einzusetzen, desto stärker wird die Eigengesetzlichkeit etwa des Rechts, der Religion, der wissenschaftlichen Diskussion, der Literatur und Kunst als Hemmnis empfunden. Die Sicherung des Rechts als eines von politischer Beeinflussung unabhängigen, nach im voraus kalkulierbaren Regeln funktionierenden Apparats, war ein Erfordernis des Aufbaues des Welthandels und rationell konkurrierender Produktion im System der freien Konkurrenz. Je weniger die ökonomische Entwicklung von der gesicherten Entfaltungsmöglichkeit des Einzelnen, je mehr sie von der Regelung der Machtkämpfe der großen Monopole abhängt, desto mehr verliert der formalrechtliche Standpunkt seinen ökonomischen Sinn und wird zum Hemmnis der Entfaltung einheitlicher Gesamtpolitik. Für die anderen »Sphären« ließe sich weitgehend ähnliches nachweisen.

Als letztes Produkt der gesamtgesellschaftlichen Organisationstendenzen entwickelt sich also innerhalb des kapitalistischen antagonistischen Rahmens die Tendenz zur Unterordnung aller Sphären und Lebensgebiete unter die Ziele einer einheitlich bürokratisch geleiteten staatlichen Wirtschaftspolitik. Diese Tendenz, die sich in den verschiedensten Formen der Staatsreform, Rechtsreform usw. durchsetzen mag, drückt formell organisatorisch stets einen bedeutenden Fortschritt aus. Der Inhalt der staatlichen Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Länder geht aber, wie die vorhergehende Uebersicht gezeigt hat, im Laufe der Entwicklung immer mehr in reaktionärer Richtung.

In den Vereinigten Staaten vollzieht sich heute überwiegend die Nachholung gesamtgesellschaftlicher Funktionen, die die europäischen Staaten seit langem besitzen, in Japan steht die imperialistische Expansion in ihrer Blüte, in Mitteleuropa kann man heute vor lauter Subvention und Kapitalvernichtung kaum ein gesundes Stück Wirtschaft entdecken und im britischen Empire ist der Druck der Totgewichte noch einmal durch eine besonders günstige Lage innerhalb der Weltkonjunktur gemildert worden, ohne daß die Tendenz zu seinem Wachstum dadurch dauernd aufgehalten werden könnte.

Das heißt nichts anderes, als daß der Staat in diesen Ländern, je später desto mehr, zur reaktionären, entwicklungshemmenden Kraft, zum eigentlichen Ausgleicher des Widerspruches von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen nach unten wird. Es heißt nicht notwendig, daß die Entwicklung selbst nach unten verlaufen muß. Es heißt nicht, daß der Staat die Möglichkeit hat, die ökonomische Dynamik produktiver Aufwärtsentwicklung zum Stillstand zu bringen, sondern nur, daß er von sich aus eine Tendenz dazu entwickelt. Er tut dies als Vollstrecker nicht einer ökonomischen Zwangsläufigkeit, sondern einer wachsenden gesellschaftlichen Gruppierung reaktionären Charakters: der unproduktiven und stützungsbedürftigen produktiven Schichten.*)

V. Geschichtliche Tendenzen des Prozesses.

Wir haben nun alle Elemente beisammen, um die Frage zu stellen, ob die Gesamtentwicklung eindeutig einer Lösung der Widersprüche, sei es im Sinne der Zwangsläufigkeit des Sozialismus, sei es der Zwangsläufigkeit der reaktionären Erstarrung, zustrebt. Der bisherige Ueberblick zeigt, daß sowohl die technischen wie die organisatorischen Voraussetzungen einer sozialistischen Lösung, die Voraussetzungen also, die im Stand der Produktivkräfte ausgedrückt sind, gewachsen sind und noch ständig weiter wachsen. Die Entwicklung zeigt zwar ein Wachsen der kapitalistischen Widersprüche, aber keinen Niedergang im Sinne abnehmender Sozialisierungsreife. Jede neuentwickelte Produktivkraft, jede — und sei es zu den reaktionärsten Zwecken neu erprobte Organisations- und Planungsform bedeuten eine Voraussetzung mehr für die Möglichkeit einer sozialistischen Lösung. Die Technik selbst, indem sie zur Konzentration und Organisation führt, stellt neue, nicht mehr marktmäßige, sondern bewußte Formen der Kooperation und des gesellschaftlichen Zusammenhangs verschiedener sich ergänzender Produktionszweige her.

Auf der anderen Seite haben wir die gesellschaftlichen und politischen Widerstände, die sich einer rationalen Planung entgegenstellen, parallel mit dem Anteil der alten Industrien und mit der wachsenden Rolle der Nationalstaaten wachsen sehen. Die Hemmungen der Akkumulation, die nur vom Standpunkt einer internationalen Planung wirklich zu beseitigen sind, nur international durch eine Proportionierung nach oben dauernd zu lösen sind, finden in der nationalstaatlichen Subventionspolitik, in der organisierten Kapitalvernichtung durch Monopole und Staaten ihren wirtschaftspolitischen Ausdruck. Ihr Druck schafft jene Paradoxie, daß die sozial-ökonomische Irrationalität zunimmt, obwohl die Mittel rationaler Bewältigung gewachsen sind. Wie das logische Ergebnis der einen Ten-

---

*) Als »produktiv« werden in dieser Arbeit ständig nicht nur die mehrwertschaffenden Arbeiter, Handwerker und Bauern, sondern auch die der Produktionssphäre zugehörigen Kapitalisten bezeichnet, um den relativen Rückgang aller unmittelbar der Produktionssphäre zugehörigen Klassen kurz auszudrücken. Wir haben der Kürze halber bewußt diese Unkorrektheit der Formulierung auf uns genommen, weisen jedoch ausdrücklich darauf hin, um nicht zu einer Verwischung der grundlegenden Klassengegensätze beizutragen.

denz, rein durchgesetzt, das Hineinwachsen in den Sozialismus wäre, so das der anderen der Zerfall der Weltwirtschaft in stagnierende, autarke, bürokratische Nationalstaaten.

Die Tendenzen abwägen, heißt zunächst die Frage nach den Grenzen staatlicher Beeinflussung der kapitalistischen Wirtschaft stellen. Die These wurde schon aufgestellt, daß die Ausschaltung der technischen Dynamik des Kapitals unmöglich ist; die Macht des Staates findet hier ihre Grenze an der Tatsache, daß die Subvention der rückständigen Produktionszweige ökonomisch gesunde Wirtschaftsteile erfordert, aus deren Ueberschüssen subventioniert werden kann. Sie findet ihre Grenze am Fortbestehen der internationalen Konkurrenz gerade für die gesündesten Produktionszweige und an der militärischen Notwendigkeit für jeden einzelnen Staat, auf der Höhe der Technik zu bleiben, die letzten Endes die Folge dieser Konkurrenz ist. Daraus folgt, daß die Tendenz zur Autarkie und Erstarrung immer wieder durchbrochen wird, jedes stabilisierte Kräfteverhältnis immer wieder verändert werden muß. Der leichte Zusammenbruch der künstlichen, nicht auf echter, technisch bedingter Konzentration, sondern auf stützendem staatlichem Zwang beruhenden Monopole ist ein deutliches Beispiel dafür.

Dies hat Konsequenzen für die allgemeine Entwicklungstendenz der internationalen und nationalen Konkurrenz der Monopole. In zwei Fällen kann die Konkurrenz ihr Ende finden: Wenn der Produktionszweig oder das Land, um das es sich handelt, die Dynamik verliert, akkumulationsunfähig wird, oder wenn die Konkurrenz über die Konzentration und Zentralisation schließlich zum Verschwinden der Eigentumsverschiedenheit der Konkurrenten geführt hat. Daß das erste weltwirtschaftlich nie der Fall sein kann und auch für ganze Länder kaum vorstellbar ist, wurde eben gezeigt. Der Prozeß der Aufhebung der Eigentumsdifferenzen als Resultat des Konkurrenzkampfes geht weiter, gerade weil die Dynamik weiter geht. Das Interesse der höchst zentralisierten Banken an der Verringerung ihres auf die Gegner verteilten Risikos ist seine mächtigste Triebkraft, wie Hilferding gezeigt hat. Dieser Vorgang der Ersetzung von Konkurrenz durch Monopole auf immer höherer Stufe ist prinzipiell schrankenlos.

Die internationale Vertrustung der expansiven Industrien wie der Banken trotz aller Ueberfremdungsgesetze zeigt deutlich, wie sehr diese Tendenzen sich der Macht und Kontrolle des Staates im Frieden entziehen; und der Krieg selbst ist nichts als eine jener Explosionen des Konkurrenzkampfes der Riesen, die neue Zusammenschlüsse vorbereiten. Die Monopole bedienen sich dabei des Staates als Waffe im Konkurrenzkampf, und zwar sowohl innen- wie außenpolitisch, nicht aber spielt der Staat hier eine selbständige, den Konkurrenzkampf aufhebende Rolle. Die Schrankenlosigkeit des Konkurrenzkampfes der Riesenmonopole und seine Tendenz zur Vertrustung bedeutet also letzten Endes eine Tendenz zu dem legendären Generaltrust aller Produktionszweige aller Länder. Die Kämpfe, die dahin führen, bedeuten einen Weg der Menschheit durch Abgründe von Reichtumsvernichtung, Krieg, Massenelend und sozialer Zersetzung, dessen

Dauer noch unabsehbar ist. Am Ende dieses Weges wäre wohl ein Zustand erreicht, in dem mit der Aufhebung des warenwirtschaftlichen Charakters der Produktion das Privateigentum eine für die Produktion funktionslos gewordene Rentenquelle und durch die volle Organisation der Produktion der Sozialismus — nur in antagonistischen Formen — fertig vorgebildet, die proletarische Revolution mithin unvermeidlich wäre. Doch dieser bei der bürgerlichen Revolution so selbstverständlich erreichte Zustand wäre erst am letzten Endpunkt einer Entwicklung gegeben, in der die Menschheit hundertfach der Barbarei ausgeliefert würde, so daß es müßig ist, über diese Art von »Zwangsläufigkeit« zu spekulieren.

Real haben wir es mit den nächsten Etappen dieses Weges zu tun, mit jenem Prozeß des gleichzeitigen Wachsens der sozialistischen Voraussetzungen und der Hemmungen und Widersprüche, die aus dem Privateigentum entspringen und sich in der Politik der bürgerlichen Staaten ausdrücken. Das Festhalten beider Seiten dieser Entwicklung, in der wir uns befinden, und die Erkenntnis der Unmöglichkeit eines Stillstandes in ihr gibt die Grundlage für die Analyse der Entwicklungstendenzen der Klassen, der gesellschaftlichen Organisation, der politischen Systeme und damit die Grundlage für die politischen Perspektiven und die Folgerungen, die daran zu knüpfen sind.

Der neuzeitliche Antisemitismus und die „Protokolle der Weisen von Zion“

Von **B. Nikolajewsky**.*)

Am 14. Mai hat das Gericht in Bern sein Urteil in Sachen der sogenannten »Protokolle der Weisen von Zion« gefällt. Die sozialistische Presse, mit Ausnahme der schweizerischen, hat diesem Prozeß nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt, — wie sie im übrigen auch der gesamten Frage des Antisemitismus ein geringes Interesse entgegenbringt. Die sozialistischen Blätter veröffentlichen allerdings die Meldungen über die Praxis der antisemitischen Bewegung, insbesondere über die Judenverfolgungen in Deutschland; auf die antisemitische Ideologie näher einzugehen, sich mit ihr auseinanderzusetzen, das betrachten sie aber als ihrer unwürdig. Psychologisch ist das durchaus erklärlich. Jeder, der sich in eine Auseinandersetzung mit den Antisemiten einläßt, hat dabei stets das Gefühl einer gewissen Erniedrigung, als ob er in eine Kloake hineingeraten sei. Zu Beginn der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts, als sich in Rußland die erste Welle der von oben organisierten Pogrome ausbreitete, beschloß G. Plechanow eine Broschüre über den Antisemitismus zu schreiben. Er begann sie — aber er brachte sie nicht zu Ende. »Ich schämte mich, Binsenwahrheiten zu verzapfen«, — er-

*) Der Verfasser, ein namhafter marxistischer Historiker, war einer der Sachverständigen im Berner Prozeß.

klärte er in der Folge. Noch beschämender, es jetzt — ein halbes Jahrhundert nach dem Versuch Plechanows — tun zu müssen. Aber es gibt Situationen, wo man auf die Psychologie des Einzelnen keine Rücksicht nehmen darf. Die antisemitische Propaganda hat einen solchen Umfang angenommen, der Antisemitismus ist eine so bedeutende und gemeingefährliche Bewegung geworden, daß man nicht mehr darüber schweigen darf.

Der Nachkriegs-Antisemitismus unterscheidet sich erheblich sowohl ideologisch wie organisatorisch von dem Vorkriegs-Antisemitismus. Das wesentliche ideologische Merkmal des gegenwärtigen Antisemitismus ist die Rolle, die darin die sogenannten »Protokolle der Weisen von Zion« spielen.

An sich sind diese »Protokolle« ein völlig sinnloses Dokument. Für jeden, der sich objektiv in die diesbezügliche Literatur vertieft, ist es klar, daß sie nicht nur eine Fälschung, sondern — wie einer der Sachverständigen auf dem Berner Prozeß sich ausdrückte — eine der gröbsten und schamlosesten Fälschungen sind, mit denen ein Gericht es je zu tun gehabt hat. Nach den Behauptungen ihrer Herausgeber und Verbreiter sind diese Protokolle die Programmpunkte der geheimen Organisation der Weltjudenschaft, die auf den geheimen zionistischen Sitzungen im Jahre 1897, während des ersten zionistischen Weltkongresses in Basel, ausgearbeitet worden sind. Die auf diesem Kongresse gegründete Organisation habe sich das Ziel gesetzt, alle bestehenden Reiche zu zerstören und die Weltherrschaft in die Hände »eines jüdischen Königs aus dem Stamme Davids« zu legen. Irgendwelche Beweise für die Echtheit dieser »Protokolle« oder für das Bestehen einer solchen Organisation werden natürlich nicht angeführt. Ihre Herausgeber haben jeweils verschiedene Behauptungen über die Herkunft der »Protokolle« aufgestellt; sobald die eine als völlig haltlos nachgewiesen wurde, kam eine andere zum Vorschein. Es steht fest, daß diese »Protokolle«, von anderem abgesehen, außerdem noch ein Plagiat sind: nicht weniger als 40 Prozent ihres Textes, und zwar die wichtigsten Stellen, sind glattweg von einem alten Pamphlet abgeschrieben, das mit dem Judentum nichts gemein hat und zum erstenmal bereits im Jahre 1864 gedruckt worden ist, d. h. 33 Jahre vor dem Baseler Zionistenkongreß. Unter diesen Verhältnissen kann sich für einen informierten und objektiven Menschen überhaupt nicht die Frage erheben, ob diese »Protokolle« eine Fälschung sind oder nicht. Es kann nur davon die Rede sein, festzustellen, wer der Autor dieser Fälschung war, in wessen Auftrag er gehandelt und was für Ziele er dabei verfolgt hat?

Aber dieses unsinnige Dokument, das unter anderen Umständen überhaupt keine Aufmerksamkeit verdient hätte, ist in den Nachkriegsjahren das verbreitetste Buch unter den Anhängern des kämpferischen Antisemitismus geworden. Es ist nicht nur in wohl ausnahmslos alle lebenden europäischen Sprachen übersetzt worden, sondern auch in die wichtigsten Sprachen der Völker Asiens und Afrikas. Es gibt chinesische, japanische, arabische und noch mehr Ausgaben der »Protokolle«. Und sie

werden nicht nur übersetzt, sie werden auch gelesen. Es genügt zu sagen, daß in Paris im Laufe des Jahres 1934 vier verschiedene Ausgaben der »Protokolle« erschienen sind — in verschiedenen Verlagen und in verschiedenen Uebersetzungen. Vom heutigen Deutschland schon ganz zu schweigen: die Auflage der »Protokolle« in den verschiedensten Ausgaben geht schon seit langem in die Hunderttausende — fügt man noch die Nachdrucke in den verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften hinzu, so haben wir es bereits mit einer siebenstelligen Zahl zu tun. In Deutschland sind die »Protokolle« auch für den Schulunterricht empfohlen worden! Die regierenden Antisemiten in Deutschland hämmern sie dem Nachwuchs bereits von Kindesbeinen an ein.

Dieser ungeheuren Verbreitung der »Protokolle« entspricht auch in vollem Maße der Umfang ihres ideologischen Einflusses. Man kann ruhig sagen, daß die ganze »Theorie« des gegenwärtigen Antisemitismus auf den »Protokollen« aufgebaut ist. Die Zeiten, wo gewisse Vertreter des revolutionären Lagers mit dem Antisemitismus kokettierten, sind längst vorbei. Der Antisemitismus verschmilzt in den letzten 75 Jahren immer enger mit der unverhüllten Reaktion. Die »Protokolle« haben sozusagen die organische Verschmelzung des Antisemitismus mit dem »Antidemokratismus« theoretisch begründet: indem sie die Demokratie als das Mittel darstellten, mit dessen Hilfe die geheime Organisation der Weltjudenschaft die dem Judentum feindlichen Staatskörper zersetzt, haben sie die Uebertragung des glühenden, tierischen Hasses, der bis dahin bei den Antisemiten nur gegen die Juden gerichtet war, auf die Demokratie nun auch ideologisch begründet. Der heutige Antisemitismus ist so sehr von diesem Haß gegen die Demokratie durchdrungen, daß man gegenwärtig zwar in dem Lager der Gegner der Demokratie sein kann, ohne gleichzeitig Antisemit zu sein (der italienische Faschismus ist das klassische Beispiel dafür), aber daß man unmöglich Antisemit sein kann, ohne nicht auch gleichzeitig erbitterter Gegner der Demokratie und all dessen, was mit ihr verbunden ist, zu sein. Darum befindet sich der gegenwärtige Antisemitismus als Ganzes völlig in dem Lager der konsequentesten Gegner der Demokratie, in dem Lager des Faschismus, und zwar auf seinem äußersten kämpferischen Flügel.

Man darf die Bedeutung der »Protokolle« als eines literarisch-politischen Werkes nicht übertreiben. Sie sind in einem durchaus nicht glänzenden, trockenen und schleppenden Stil geschrieben. Auch ideenmäßig sind sie nicht originell. Die Idee der Existenz einer geheimen jüdischen Regierung, die im Verborgenen die Welt beherrsche, war bereits in der antisemitischen Literatur der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zu finden. Auch die Handlungsmethoden, die dieser Regierung zugeschrieben werden, sind durchaus nicht originell: in ihnen erkennt man mit Leichtigkeit die noch maßlos übertriebenen Rezepte des alten Nicola Macchiavelli. Wie bereits erwähnt, sind die »Protokolle« zu einem bedeutenden Teile nicht einmal in der ersten Niederschrift Originalprodukt: eine Reihe von Seiten sind fast lückenlos von einem alten politischen Pamphlet abgeschrieben. Der Autor, der auf diese Weise die

»Protokolle« »machte«, war zweifellos weder ein guter Publizist, noch ein origineller Politiker. Jedenfalls aber war er ein talentvoller »Kompositor«: nachdem er sich bei anderen die wesentlichen Bestandteile seiner Arbeit zusammengesucht hatte, hat er es verstanden, sie zu einem geschlossenen Ganzen zusammenzufassen, das von einer Idee durchdrungen ist, und das sich ein Ziel gesetzt hat. Diese harmonische Geschlossenheit hypnotisiert den Leser, vor allem, wenn dieser die Neigung hat, leicht in den Bann fixer Ideen zu geraten.

Das ideologische Verschmelzen des Antisemitismus mit dem äußersten Flügel des Faschismus mußte natürlich auch eine Wirkung auf das organisatorische Schicksal des Antisemitismus haben.

Vor dem Kriege waren die Antisemiten in eine Unzahl kleiner Gruppen und Grüppchen zersplittert, die einen ausschließlich propagandistischen — meist literarisch-propagandistischen — Charakter trugen. Eine kämpferische antisemitische Partei gab es in keinem Lande — wenn man von Rußland absieht, wo aber übrigens der Antisemitismus in den Massen vielleicht weniger verwurzelt war als in irgendeinem anderen Lande, und wo die Antisemiten nur dank der freigebigen materiellen und moralischen Unterstützung durch die Regierung die Oberhand hatten. Von einer internationalen Vereinigung der Antisemiten war noch keine Rede. Der »erste internationale antisemitische Kongreß«, der 1882 in Chemnitz stattfand, hinterließ keinerlei organisatorische Spuren. Die einzelnen antisemitischen Gruppen unterhielten natürlich gewisse internationale Beziehungen, die aber rein literarischer Art waren und meist einen persönlichen Charakter trugen. Den größten Einfluß in den antisemitischen Kreisen hatte der französische Antisemitismus, der von den Jesuiten unterstützt wurde, und der den größten Teil des Materials für die internationale antisemitische Literatur lieferte.

Im Europa der Nachkriegszeit wurde die Situation eine ganz erheblich andere.

Die führende ideologische Rolle des Nachkriegs-Antisemitismus wurde von Anfang an von den deutschen Antisemiten übernommen. Sie waren es, die die »Protokolle« ausgruben. Vor dem Kriege waren diese, die wohl zweifellos von einem Franzosen auf Bestellung von Vertretern äußerst rechter russischer Kreise geschrieben worden waren, in Europa völlig unbekannt. Die Deutschen machten ihnen eine weitestgehende Reklame. Sie schufen auch eine umfangreiche Literatur, die die »Protokolle« erklärte und kommentierte.

Die antisemitische Propaganda in Deutschland war jene erste Form, in der der zukünftige deutsche Faschismus seinen Ausdruck fand. Man kann ruhig sagen, daß der Antisemitismus an der Wiege des deutschen Faschismus gestanden hat. Die ersten Herde der antisemitischen Propaganda waren jene kleinen literarisch-agitatorischen Grüppchen, die in verschiedenen Teilen Deutschlands (Leipzig, Hamburg, Erfurt, Berlin u. a.) noch seit der kurzen Blütezeit des deutschen »Sozialismus des dummen Kerls« in den siebziger und achtziger Jahren bestanden. Vor dem Kriege spielten sie im politischen Leben Deutschlands überhaupt

keine Rolle, sie hatten nur die Funktion »Träger der heiligen Flamme« zu sein. Aber nach dem Kriege, als der beunruhigte Verstand des aufgescheuchten Kleinbürgers nach einer Erklärung für die Ursache des Zusammensturzes von Deutschlands Kriegsmacht und des damit zusammenhängenden eigenen materiellen Wohlergehens suchte, konnten diese Gruppen eine weitgehende Tätigkeit entfalten. Und sie wurden die Zentren, um die sich die ersten Kaders der zukünftigen Nationalsozialisten bildeten. Es ist kein Zufall, daß die nationalsozialistischen Historiker sich jetzt mit einem solchen Eifer auf das Studium der Geschichte und Vorgeschichte all dieser antisemitischen Grüppchen stürzen. Für eine Reihe von Orten in Deutschland läßt sich diese Rolle der antisemitischen Gruppen für die Herausbildung zukünftiger Nationalsozialisten an der persönlichen Zusammensetzung verfolgen.

Diese führende Rolle der Antisemiten bei der Formung der antirepublikanischen Bewegung hat jene militärische Camarilla sehr bald und sehr richtig verstanden, die, von der deutschen Republik erhalten und unter der Deckung der republikanischen Reichswehr sich betätigend, von Anfang an, ihre Wühlarbeit gegen die Republik organisierte und dabei alle antirepublikanischen und antidemokratischen Gruppierungen unterstützte. Die Antisemiten bekamen jetzt auch eine freigebige materielle Unterstützung, und das ermöglichte ihnen jetzt endgültig, sich eine bedeutende Stellung zu schaffen. Sehr bald zogen sich von diesen antisemitischen Zentren Deutschlands auch Fäden über die Grenze, wobei die antisemitische Propaganda sehr geschickt mit der Propaganda zugunsten des nationalsozialistischen Deutschlands verflochten wurde. Die reichen Mittel, über die die deutschen Antisemiten verfügten, gaben ihnen die Möglichkeit, die antisemitische Bewegung außerhalb Deutschlands ausgiebig zu unterstützen. Vor mir liegt, während ich diese Zeilen schreibe, eine Broschüre über die »Protokolle«, herausgegeben von einem dieser deutschen literarisch-propagandistischen Zentren in Leipzig speziell für die mexikanischen Antisemiten; dort versuchten die Jesuiten die antisemitische Bewegung als Kampfmittel gegen die junge mexikanische Republik künstlich einzuimpfen zur Unterstützung ihrer antiklerikalen Politik und die deutschen Antisemiten — Protestanten! — unterstützten sie dabei aktiver als sogar der Vatikan.

Die Rolle, die der Antisemitismus gegenwärtig in Deutschlands Innenpolitik spielt, ist zur Genüge bekannt, und es erübrigt sich darauf einzugehen. Es ist nur zu bemerken, daß — nach der Aussage alter Nationalsozialisten, die Hitler persönlich nahe gestanden haben, und die sich jetzt in der Emigration befinden — Hitler selbst zu den Verehrern der »Protokolle« gehört. Sie sind seine Lieblingslektüre. Er ist der Ansicht, daß in den »Protokollen« die tausendjährige Weisheit des jüdischen Volkes konzentriert sei, das seit Jahrtausenden seinen Gegner mit ihnen bekämpft und besser als jedes andere die Methoden der Wühlarbeit im Feindeslager kennt. Daraus zieht er den Schluß: um die Judenschaft und die in ihrem Dienst befindlichen Demokraten und Marxisten zu besiegen, muß man gegen sie dieselben Mittel und Methoden anwenden, wie sie in

den »Protokollen« empfohlen werden. Deshalb unternimmt Hitler — nach denselben Aussagen — keinen nur einigermaßen verantwortlichen Schritt, ohne vorher die »Protokolle« zu befragen, um festzustellen, welche Handlungsweise die »Weisen von Zion« in einem ähnlichen Falle empfehlen würden. Diese Aeußerungen werden nicht nur durch die Werke seiner nächsten Mitkämpfer — wie Rosenberg u. a. — bestätigt, die die ganze Geschichte der letzten Jahrzehnte vom Gesichtspunkt der »Protokolle« aus betrachten, sondern auch durch das Buch Hitlers »Mein Kampf«. Denn in diesem Buch entdeckt der Leser, der mit den »Protokollen« wohl vertraut ist, auf Schritt und Tritt den Einfluß der »Protokolle«, und zwar genau in dem Sinne, wie es die obenerwähnten einstigsten Freunde Hitlers berichten. Eine Reihe von Stellen sind eine glatte Wiedergabe der entsprechenden Seiten der »Protokolle«. Deshalb muß man den Bericht der ehemaligen Freunde Hitlers, wie widersinnig er auch klingen mag, als durchaus glaubwürdig betrachten. Das »Dritte Reich« wird anscheinend wirklich nach den Geboten der »Protokolle« gelenkt....

Aber eine andere Funktion, die die Führer des »Dritten Reiches« dem Antisemitismus übertragen haben, ist vielleicht noch wichtiger.

Der Faschismus, als dessen besondere, wenn auch sehr eigenartige Variation der deutsche Nationalsozialismus auftritt, ist seinem Wesen nach ausschließlich national und kann sich nur national-beschränkte Aufgaben stellen. Internationale Faktoren sind in der faschistischen Weltanschauung nicht vorhanden: der Faschismus ist vielmehr dem Internationalismus grundsätzlich feindlich. Freilich haben die Ergebnisse, die der Faschismus in einer Reihe von Ländern erzielt hat (die Schaffung einer »starken« antidemokratischen Regierung, die Bezwingung der Massen usw.) von vornherein den reaktionären Schichten der Bourgeoisie in allen Ländern imponiert. Da aber die »starke Regierung«, die die Faschisten in irgend einem Lande geschaffen haben, stets in einem gewissen Maße aggressiv gegen die Gruppen war, deren Vertreter zu den Anhängern der »starken Regierung«, in den anderen Ländern gehörten — so mußte die Aufgabe der Schaffung einer internationalen Vereinigung der nationalen, faschistischen Parteien als unlösbar erscheinen. Das sahen die Faschisten auch selbst ein und manche von ihnen verzichteten von vornherein darauf. So hat Mussolini des öfteren erklärt. daß die von ihm ins Leben gerufene Bewegung einen ausschließlich italienischen Charakter trage und eine ideologische Ausbreitung außerhalb der Grenzen Italiens nicht anstrebe.

Der deutsche Nationalsozialismus folgt in dieser Frage nicht dem Beispiel des »klassischen Faschismus« Mussolinis. Vom ersten Tage seines Bestehens als regierende Partei, strebt er nach einer ideologischen Ausbreitung und ist darin viel mehr dem russischen Kommunismus — in den ersten Jahren seiner Herrschaft — mit seiner »Dritten Internationale« ähnlich. Bei der völligen Verschiedenheit der Ziele haben sie das gleiche Bestreben, eine innere Beeinflussung der ihnen feindlich gesinnten Länder zu organisieren — wobei der Nationalsozialismus diese Aufgabe mit einer viel

größeren Rücksichtslosigkeit in bezug auf die Mittel, mit einer größeren Brutalität zu verwirklichen sucht, als der russische Bolschewismus selbst während seiner »heroischen« Periode es je getan hat. Als Mittel zu einer derartigen Beeinflussung der Politik der feindlichen Länder von innen heraus hat der Nationalsozialismus die antisemitische Bewegung gewählt — und man kann offen sagen, daß er auf diesem Wege schon bedeutende Ergebnisse erzielt hat.

Die antisemitische Internationale besteht gegenwärtig schon und bildet einen Faktor, der bei politischen Erwägungen unbedingt in Rechnung gezogen werden muß. Ihre Organisation ist — soweit die Uneingeweihten darüber unterrichtet sind — ziemlich kompliziert und entspricht den Vorstellungen über eine geheime Verschwörertätigkeit, die in der gegen das Freimaurertum gerichteten Literatur herrschen; die Führer dieser neuen »Internationale« wollen sich die Erfahrungen der »jüdisch-freimaurerischen Verschwörer« in ihrem Kampf gegen das »Juda-Freimaurertum« zunutze machen. Aber bei all ihrer Kompliziertheit ist diese Organisation gefügig genug, um ein gehorsames Werkzeug in den Händen derer zu sein, die hinter den Kulissen dieser antisemitischen Internationale stehen, d. h. der nationalsozialistischen Partei und des Propagandaministeriums.

In Deutschland, wo die antisemitische Bewegung streng zentralisiert und dem Propagandaministerium untergeordnet ist, ist die antisemitische Gruppe in Erfurt mit der Aufrechterhaltung der internationalen, antisemitischen Verbindungen betraut worden. An der Spitze dieser Gruppe steht Oberst Fleischhauer, der im Berner Prozeß als Sachverständiger der Verteidigung aufgetreten ist. Sämtliche internationale Verbindungen, über die die einzelnen deutschen antisemitischen Gruppen verfügen, sind gegenwärtig in der Zentralstelle in Erfurt vereinigt und in Zukunft wird der gesamte internationale Verkehr der Antisemiten unter Kontrolle dieser Zentralstelle stehen. Sie erfaßt sämtliche antisemitische sowie den Antisemiten nahestehende Organisationen. Mit allen diesen Organisationen steht sie in direkten oder indirekten, jedoch streng kontrollierten Beziehungen. Da diese Zentralstelle über bedeutende Mittel verfügt und die Möglichkeit hat, diese Gruppen in der einen oder anderen Form materiell zu unterstützen (Deutschland zahlt nicht seine Auslandsschulden, weder die Staatschulden, noch die privaten, dafür hat es keine Devisen — sie sind jedoch vorhanden, soweit es sich um die Unterstützung der antisemitischen Bewegung im Auslande handelt), ist es ihr sehr bald gelungen, fast die gesamte antisemitische Presse der Welt unter ihren Einfluß zu bringen. Frankreich bildet dabei keine Ausnahme. Hier war der Antisemitismus von jeher streng antigermanisch. Drumond hat sein Blatt »Libre Parole« als Kampforgan für die Revanche-Bewegung geschaffen. Mißtrauen und Feindseligkeit gegen Deutschland und alles Deutsche schienen hier so tief verwurzelt, daß ein Umschwung in der internationalen Orientierung eine Sache der Unmöglichkeit schien. Und trotzdem ist es geschehen. Zur Zeit kann man in der »Libre Parole« (seit Drumonds Zeit hat dieses Blatt überhaupt seinen Charakter stark verändert) nicht die geringste Bemerkung finden, die als deutschfeindlich

ausgelegt werden könnte. Es gibt vielmehr jetzt in Frankreich, allem Anschein nach, keinen eifrigeren Anhänger der Annäherung an Deutschland, als dieses Organ der Drumondschen Epigonen. Und im Verlag der »Libre Parole« stehen in langen Reihen die antisemitischen Neuerscheinungen deutscher Erzeugung. Deutschland druckt jetzt mit Vorliebe antisemitische Literatur in allen möglichen Sprachen und gibt sie zur Verbreitung im Auslande unter weit günstigeren Bedingungen ab als der reguläre Buchhandel.

Als Ergebnis dieser internationalen Vorarbeit ist die Einberufung der internationalen, antisemitischen Kongresse zu betrachten. In den letzten zwei Jahren fanden bereits zwei solcher Kongresse statt, beide in Deutschland. An ihnen nahm eine große Zahl von Delegierten der verschiedensten Länder teil. Es ist bezeichnend, daß die antisemitische Internationale den Kolonialländern große Aufmerksamkeit widmet. Da dort fast keine oder nur wenige Juden leben, so ist es natürlich, daß die Hauptspitze der antisemitischen Agitation dort nicht gegen die Juden, sondern gegen die Demokratie und die demokratischen Länder Europas gerichtet ist, die, im Dienste der jüdischen Geheimregierung stehend, die Völker des Orients unterdrücken und ausbeuten ....

Auf diesem Kongreß ist ein internationales Büro gegründet worden, in dessen Händen sich nunmehr die Leitung der internationalen antisemitischen Propaganda befindet. Allerdings spielen auch in diesem Büro die deutschen Nationalsozialisten die Hauptrolle. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Verlagstätigkeit gerichtet. Es wird ein Informationsbulletin in drei Sprachen (deutsch, französisch, englisch) herausgeben, das nur an vertrauenswürdige Personen und Organisationen versandt wird. Ferner befaßt man sich zur Zeit mit der Herausgabe einer antisemitischen Enzyklopädie, die alles enthalten soll, was »die Nichtjuden über die Juden und Freimaurer wissen und denken«. Dieses Werk, das in Erfurt unter Leitung des obenerwähnten Herrn Fleischhauer erscheint, ist auf sieben bis acht Bände berechnet, von denen vier bereits erschienen sind, und dürfte in Bezug auf Format und Umfang nicht hinter den großen deutschen Enzyklopädien zurückstehen. Die Herausgabe dieses Werkes wird besonders streng geheimgehalten: zum Versand ins Ausland ist eine besondere Genehmigung erforderlich. Jeder, der das Buch erhält, muß sich verpflichten, es »keinem Juden, Freimaurer oder Marxisten« zu zeigen.

Außer dieser offenen, internationalen Vereinigung, die allerdings sehr wenig über ihre Tätigkeit veröffentlicht, gibt es noch eine zweite, bedeutend engere und streng geheime internationale, antisemitische Vereinigung unter dem Namen »Pan-Arische Brüderschaft«. Sie ist nach dem Vorbild der Freimaurer-Logen organisiert, mit geheimnisvollen Weihen, Riten usw. Es wird erzählt, daß der Ritus dieser »Brüderschaften« eine Mischung von Freimaurerbräuchen und dem Ritual der altgermanischen Ritterorden darstellt. Aufgabe dieser Brüderschaft ist die Vereinigung der vom Standpunkte des deutschen Nationalsozialismus zuverlässigsten, führenden Elemente der internationalen, antisemitischen

Bewegung, um diese mit Hilfe ihres Apparats zu beherrschen und sie den Interessen des deutschen Nationalsozialismus dienstbar zu machen.

Durchdrungen vom Haß gegen die Demokratie und den Sozialismus, im internationalen Maßstabe vereinigt und der Führung der deutschen Nationalsozialisten untergeordnet, entwickelt gegenwärtig der internationale Antisemitismus eine weitestgehende Agitation, und es wäre ein großer Fehler, sie nicht zu beachten. Die sozialistische Presse muß ihr Augenmerk auf diesen Feind richten.

Vierte Republik in Frankreich?

Von **Alexander Schifrin.**

I.

Seit 1934 erfährt die französische Politik grundlegende Aenderungen. In diesem bisher klassischen und stabilen Lande der kontinentaleuropäischen Demokratie formieren sich rasch die faschistischen Legionen. Alte Parlamentarier wie Doumergue und Tardieu werden parlamentsfeindlich. Die bürgerliche Demokratie ist in tiefer Gärung. Viele Radikale, die noch vor zwei Jahren die bescheidenen finanzpolitischen Forderungen der Sozialisten ablehnten, sind im Laufe der Entwicklung leidenschaftliche Anhänger des »Plans«, der dirigierten Wirtschaft, der kühnen Reformen geworden. Die Sozialisten, bisher ausgesprochene Gegner der Koalitionspolitik, revidieren ihre Stellung zur Frage der Regierungsbeteiligung. Die einst demokratiefeindlichen Kommunisten werden demokratisch. Rechts geht eine politische Umschichtung und Umstellung vor sich, links eine Kräftekonzentration, die im Zeichen der proletarischen Einheit und der Volksfront steht. Neue politische Kampfmethoden werden angewendet, weitgehende Reformpläne erörtert. Der konservative Zug der französischen Politik ist dahin.

Bedeutet das alles eine Entwicklung zur Vierten Republik? Gewiß wird die Dritte Republik nicht den Weg der zweiten französischen und der ersten deutschen Republik wiederholen; die Erneuerung der Demokratie wird in Frankreich nicht über die Zertrümmerung der gegebenen demokratischen Ordnung führen. Aber die politische Tradition und die Entwicklungsrichtung der Dritten Republik ist zweifellos durchbrochen: sie steht vor einer weitgehenden Aenderung ihrer bisherigen Klassen- und Machtverhältnisse, die Rückkehr in das alte Fahrwasser erscheint unmöglich. Der Schwung und die Zielsetzungen der Linken stellen eine erstmalige Erscheinung in der Geschichte der französischen Demokratie dar. Die politischen Kämpfe in der Dritten Republik wurden bisher mit dem Machtaufstieg der Partei der bürgerlichen Demokratie abgeschlossen, so war es bei den Kämpfen der Dreyfuß-Zeit, im Jahrzehnt der Herrschaft der Radikalen vor dem Weltkrieg, schließlich bei den beiden Episoden des Linkskartells, 1924 und 1932. Das ganze Jahrzehnt der Nachkriegszeit ist durch den Gegensatz Herriot-Poincaré bestimmt, das heißt durch den

Kampf zwischen den Fraktionen des republikanischen Bürgertums, zwischen seiner politisch fortschrittlichen und seiner politisch konservativen Schattierung, wobei beide sozialkonservativ waren. Dieser Turnus hört jetzt auf. Auf der Rechten sind die antiparlamentarischen Strömungen noch nicht allein maßgebend, aber bereits sehr stark, auf der Linken wird zum erstenmal in der Geschichte der Dritten Republik von dem Proletariat und von der sozialistischen Demokratie im breiteren Sinne der Anspruch auf die Staatsmacht erhoben — nicht theoretisch wie bisher, sondern als praktische Forderung.

Denn diese Entwicklung geht nicht nur nach links, sie ist ein Ergebnis verschärfter Kämpfe zwischen einem faschistisch-reaktionären Block und einer sich neu gebildeten sozialistisch-demokratischen Front. Der Stoß, der das frühere politische Gleichgewicht zerstört hat, kam von rechts: es war der berühmte faschistische Gewaltstreich vom 6. Februar 1934. Bald darauf hat es sich erwiesen, daß die konservativ-bürgerlichen Kräfte die wahren Nutznießer des Umsturzversuchs gewesen sind: Doumergue kam und die faschistischen Verbände zogen sich zurück. Bereits damals hat sich herausgestellt: die politische Unselbständigkeit des französischen Faschismus. Seit jener Zeit ist es den »Croix de Feu« des Obersten La Roque gelungen, die konkurrierenden Organisationen in Schatten zu stellen, die schlagkräftigste und bestdisziplinierte Formation des französischen Faschismus zu bilden, wie sie einst weder Boulanger noch Deroulède besaßen. Zum erstenmal erhält das reaktionäre Bürgertum Frankreichs eine geordnete anti-marxistische Miliz. Viele Politiker und Journalisten der Rechten halten sie für d i e Hoffnung der Rechten, einige sogar für die letzte Hoffnung.

Indessen ist allen Formationen des französischen Faschismus im Vergleiche mit dem deutschen eine bestimmte E n g e d e r s o z i a l e n G r u n d l a g e eigen. Zu zwei sehr wichtigen Gruppen der Mittelklassen hat der Faschismus in Frankreich anders als in Deutschland überhaupt keinen Zugang gefunden: zu dem Bauerntum und zu dem Beamtentum; die alte demokratische Kultur des Landes hat sie immun gemacht. Ein eigenartiger berufsständischer Agrarfaschismus, den der ehemalige monarchistische Agitator Dorgères nicht ungeschickt in einigen Gegenden predigte, hat keine tiefen Wurzeln gefaßt.

Die »Croix de Feu« sind keine politische Partei, sie sind nur eine Miliz-Formation, das, was man im französischen Sprachgebrauch eine Liga, und im deutschen einen Wehrverband nennt. Es fehlt ihnen also die Reichweite der politischen, an die Wähler gerichteten Agitation. Sie sind auch keine spontan sich ausdehnende V o l k s b e w e g u n g. Die Werbung für die Organisation erfolgt beinahe unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, ihre Aufgabe beschränkt sich beinahe ausschließlich auf die halbmilitärische Ausbildung der Kaders. Man könnte beinahe sagen: es sind SA o h n e die NSDAP, aber das Menschenmaterial ist ein anderes — es fehlt hier die plebejische Unterwelt, die bei der SA tonangebend war. La Rocque stützt sich auf keine radikale wilde Jugend, seine Gefolgschaft

rekrutiert sich aus den mittleren Jahrgängen des gehobenen Mittelstandes.

Der französische Faschismus stellt also eine wesentliche Abweichung von dem klassischen deutsch-italienischen Typ der faschistischen Bewegung dar. Keine seiner Gruppen, auch die »Croix de Feu« nicht, hat eine klare Vision des totalen Diktaturstaates, keine von ihnen erhebt den Anspruch auf die politische Alleinherrschaft. Im Ziel und in der Methode ist es nicht der vollendete Faschismus. Oberst La Rocque macht weder in sozialer Demagogie noch im nationalistischen Aktivismus, nach keiner Richtung hin kann ihm die Erhitzung der Massen gelingen. Er will seinen sozialen Konservatismus gar nicht verhehlen, neben ihm steht kein Rossoni und kein Gregor Strasser, niemand verspricht dort ein Korporativ-System oder einen nationalen Sozialismus. Noch wichtiger ist vielleicht, daß die »Croix de Feu« nicht einmal eine starke nationalistische Demagogie entfalten können. Die Ursache daf' r ist nicht nur, daß Frankreich ein saturiertes Land ist. In der jetzigen außenpolitischen Lage kann ein konsequenter französischer Nationalismus nur gegen das Dritte Reich gerichtet werden, und das kann sich der französische Faschismus nicht leisten. Von allen seinen Gruppierungen ist nur die monarchistische »Action Francaise« aufrichtig nationalistisch und folglich anti-deutsch. Sonst aber neigt die faschistische Rechte aus innenpolitischen Gründen eher der »Verständigungspolitik« zu.

Ist La Rocque nicht imstande, die Republik durch eine mächtige Massenbewegung zu stürzen, so versucht er eine andere Methode anzuwenden, die auch der italienische und der deutsche Faschismus praktizierten: das Hineinschleichen in den Staatsapparat. Deshalb treiben die »Croix de Feu« eine besonders aktive Propaganda unter den jüngeren Offizieren und suchen Verbindungen mit den bürgerlichen Rechtspolitikern. La Rocque hofft, daß in der Stunde der Gefahr ein Rechtskabinett ihn berufen wird, die »Ordnung herzustellen«. Nie ist der Faschismus in der Opposition fähig, aus eigener Macht die Staatsgewalt an sich zu reißen, auch Mussolini und Hitler waren auf die Entscheidung der Staatsspitze angewiesen. Aber während in Italien und in Deutschland der Faschismus noch über eine stürmende Massenbewegung verfügte, ist er in Frankreich, wo ihm eine solche fehlt, in noch größerem Maße von der Haltung der Staatsspitze abhängig.

Der Faschismus hat in Deutschland der Sache der bürgerlichen Reaktion neue Kräfte zugeführt, hat ihre Kaders verjüngt. Der französische Faschismus leistet der bürgerlichen Rechten diese Hilfe nicht. Indessen geraten in Frankreich wie in Deutschland nach dem Ausbruch der Wirtschaftskrise die bürgerlichen Parteien in eine recht schwierige Lage. Die Wirtschaftskrise nagt an ihrer Massenbasis, der Faschismus ist aber nicht imstande, der gesamten Rechten eine neue und gesteigerte Anziehungskraft zu verleihen. Die Kommunalwahlen haben den Anfang des Wählerschwundes ganz deutlich gezeigt. Dieser hat die Nervosität im bürgerlichen Lager erhöht, der Sturz der Kabinette Flandin und Bouisson war mehr eine Folge der Zwistigkeiten unter den bürgerlichen Parteien

als des Ansturms der proletarischen Linken. Das Kabinett Laval, das aus diesen Krisen auftauchte, hat aber durch seine scharfe Deflationspolitik die politische Krise des Bürgertums noch auf die Spitze getrieben, die Erschütterung der Massenbasis der bürgerlichen Parteien noch beschleunigt. Die Beamtengehälter und -Pensionen sind in Frankreich sehr gering, der deflationistische Abbau wirft ganze Kategorien unter das Existenzminimum, die empfindliche Verringerung der Kaufkraft dieser Schichten erzeugt Unruhe im Kleinhandel und im Handwerk. Dies wird die politische Position der bürgerlichen Parteien zweifellos noch weiter gefährden, die Volksmassen erbittern, die großen Fragen der Wirtschaftspolitik und des Wirtschaftssystems in den Vordergrund der politischen Kämpfe stellen.

Das ist also die Bilanz der französischen Rechten am Vorabend der großen politischen Kämpfe und Entscheidungen: faschistische Miliz-Formationen, die von der Faschisierung gewisser Gruppen des Großkapitals profitieren und durch manche Kreise der Schwerindustrie und des Bankkapitals unterstützt werden, die aber keine Volksbewegung sind; geschwächte bürgerliche Parteien, deren rechter Flügel die Faschisten zwar unterstützt, aber doch Bedenken und Angst hat, daß ein faschistischer Gewaltstreich der Sache der gemäßigten bürgerlichen Reaktion verderblich sein kann und der Linken die Wege öffnen wird.

II.

Was hat die Linke diesen Kräften von rechts entgegengesetzt? Die erste Etappe des Widerstandes der Linken bildete die proletarische Einheitsaktion. Die organisatorische Durchführung der gewerkschaftlichen Einheit steht vor der Verwirklichung, in der taktischen Haltung beider proletarischen Parteien ist eine weitgehende Uebereinstimmung erzielt, die Wahlbündnisse haben überall funktioniert. Auf die Tagesordnung wird jetzt die Frage der organisatorischen Einheit, das heißt der Vereinigung der Parteien, gestellt. Die Bewegung für die proletarische Einheit hat in Frankreich ihre eigene Dynamik und Logik. Zwischen der vollen Spaltung und der vollen Einheit kann es auf die Dauer keine Zwischenlösungen geben, die Stabilisierung von Halb-Einheit und Halb-Spaltung ist unmöglich. Die Sozialistische Partei war aktionsfähig für die Einheit, sie hat ihre Kaders für die Sache der Einheit politisch und psychologisch vorbereitet, noch bevor die Kommunisten sich entschlossen haben,die ersten Schritte zu unternehmen, von ihr ging die Initiative aus. Der Selbsterhaltungstrieb der kommunistischen Partei hat sie zur Politik der Einheit getrieben; dafür war auch die Führung der Kommunistischen Internationale, die ihre letzte große Partei in Europa dem Faschismus nicht preisgeben wollte und heute in der Verteidigung der französischen Demokratie eine Aufgabe von europäischer Bedeutung sieht. Frankreich ist zum Laboratorium für die proletarische Einheit in Europa geworden. Es hat sich bestätigt, daß die Einheit der proletarischen Parteien mehr bringt als die bloße arithmetische Zusammenlegung ihrer Kräfte. Die Anziehungskraft des proletarischen Sozia-

lismus für die werktätigen nichtproletarischen Schichten wird gesteigert. Das Eintreten für die Einheit muß aber für die kommunistische Partei eine Aenderung der Taktik in zwei entscheidenden Fragen nachziehen: sie muß jetzt auch für die Verteidigung der Demokratie und für die Verständigung mit den demokratischen Mittelklassen eintreten. Diesen Weg hat die Kommunistische Partei Frankreichs beschritten, und er hat rückwirkend die Bande der proletarischen Einheit befestigt.

Es ist eine unwiderlegbare Tatsache, daß in Frankreich die Einheitsaktion der proletarischen Parteien die Voraussetzungen für die Volksfront erzeugt hat. Auch ein bedeutender Sektor der Radikalen Partei beteiligt sich an dieser Sammlung. Die Kraft zieht an, und der proletarische Block ist nach der Einheitsaktion zweifellos zur relativ stärksten Kraft in der französischen Innenpolitik geworden. Aber auch die darin enthaltene Einheit des Willens, die imponierende Organisiertheit der Arbeiterschaft, ihre republikanische, revolutionär-demokratische Leidenschaft in der Zeit der Bedrohung der Demokratie, die Verkündung des »Plans«, der sozialistischen Lösungen in der Zeit der Wirtschaftskrise haben mit einem Schlage den proletarischen Block zur mächtigsten dynamischen Kraft des Landes gemacht, die Bildung der Volksfront vorbereitet.

Die Volksfront ist eine geniale politische Improvisation, die in wenigen Tagen zustande gebracht wurde. Aber um sie zu ermöglichen, waren 150 Jahre der revolutionären Geschichte Frankreichs notwendig, eine Stählung der bürgerlichen Demokraten in vier Revolutionen, die ihnen heute den Mut gibt, den Kommunisten als Verbündeten die Hand zu reichen, die Tradition einer bürgerlichen Demokratie, die seit Jahrzehnten den Satz verkündet hat: »Keine Gegner links«. Das gewaltige politische Kapital der demokratischen Geschichte Frankreichs fängt jetzt an, ganz große Zinsen zu bringen. Von der großen Revolution und bis zu den Linkskartellen der Nachkriegszeit ist die bürgerliche Demokratie die Nutznießerin der republikanischen Entwicklung des Landes gewesen, jetzt kommt diese Entwicklung der proletarischen Demokratie zugute.

Die Volksfront hat eine doppelte Bedeutung: sie ist das wirksamste Mittel für die Verteidigung der Demokratie, sie fordert die Mobilmachung der größten Reserven für die Verteidigung der Freiheit und kann bei einer günstigen Entwicklung vielleicht den Faschismus durch das Gewicht der sich erhebenden Volksmassen erdrükken, ihr politisch strategischer Wert ist also unschätzbar. Aber sie hat noch einen anderen, einen sozialen Aspekt: sie ermöglicht und erleichtert die soziale Verständigung des Proletariats mit den demokratischen Mittelklassen der gesamten europäischen Arbeiterbewegung. So werden in Frankreich die entscheidenden Fragen gestellt: der Verteidigung der Demokratie, der Machteroberung und der Machtausübung durch das Proletariat, der Verständigung mit den Mittelklassen auf Grund einer Uebergangsökonomie.

Die Volksfront ist ein Instrument, aber auch ein Produkt der antifaschistischen Abwehr. Diese Abwehr stellt vor den proletarischen Par-

teien die Forderung, möglichst rasch und möglichst gründlich in den Besitz der staatlichen Macht zu kommen, um mit der doppelten Kraft der Bewegung der Volksfront und der staatlichen Machtmittel den Faschismus zu schlagen und die Demokratie zu befestigen. Zwischen dem Sozialismus und dem Faschismus beginnt ein Wettrennen, wer früher in den Besitz der Staatsmacht kommt, um den Gegner zu überwinden. Deutschland und Italien haben gezeigt, welche unheilvolle Folgen der Verlust des Tempos für den Sozialismus haben kann, und was der Faschismus, zur Staatsmacht gelangt, wagen und leisten kann. Der Sozialismus in Frankreich muß zu einer präventiven Machtübernahme fähig sein, zur Besetzung der Staatsgewalt, mit dem Ziel, den Aufstieg des Faschismus zur Staatsmacht zu verhindern. Das sind die Konsequenzen, die jetzt Léon Blum gezogen hat und die auch von den französischen Kommunisten durchaus geteilt werden. Der französische Sozialismus hat in diesen Monaten harter Kämpfe an Reife und Realismus viel gewonnen. Die Realisierung der proletarischen Einheit, die Aufrichtung der Volksfront waren seine Erfolge. Hatte er bisher die Frage der Machteroberung mehr propagandistisch behandelt, so stellt er sie heute als die nächste strategische Aufgabe. Diese Erfolge geben zugleich der sozialistischen Partei die Möglichkeit, die Machtübernahme vorzubereiten. Denn die Volksfront ist eine mächtige Volksbewegung und die nächsten Wahlen versprechen der Linken die Mehrheit. In einer solchen Situation wird es nicht mehr um den Wechsel der Regierungsspitze allein gehen, sondern um die Uebernahme und die Beherrschung des gesamten Staatsapparates. Es ist ein großer Vorteil für eine künftige Regierung der Volksfront, daß das Gros der Armee und die Polizei zuverlässig republikanisch sind, der untere Beamtenapparat freigewerkschaftlich organisiert und nicht allein loyal, sondern auch aktiv und linksrepublikanisch ist, die Lehrer sogar linkssozialistisch. Es ist kein Zufall und kein bloßer Opportunismus, daß die französische Linke und vor allem die proletarische Linke die Symbole der Republik, die Trikolore und die Marseillaise für sich in Anspruch nehmen und sie der bürgerlichen Reaktion abstreiten, daß sie im Namen der republikanischen Legalität sprechen. Der Kampf um den Staatsapparat der Demokratie wird durch den Kampf um ihre revolutionäre Tradition und ihre geistigen Kräfte ergänzt.

Wird diese Aufnahme der revolutionären Tradition auch durch die Wiederaufnahme der jakobinischen nationalen Tradition ergänzt werden? Das ist nicht ausgeschlossen. In der Volksfront ist eine solche Wendung am ehesten von den Kommunisten und von den linken Radikalen vom Schlage Cots und Archimbauds zu erwarten, jenem Archimbaud, der in echt jakobinischer Ausdrucksweise, als Berichterstatter der Kammer, als erster die Nachricht von dem Abschluß des Militärbündnisses mit der Sowjet-Union verkündet hat. Das konservative Bürgertum wird allmählich flau in den nationalen Angelegenheiten. Der Nachfahre Coblenzer Emigranten, Oberst La Rocque, hütet sich, sich gegen das Dritte Reich auszuschrechen. Die Linke erhielte eine Möglichkeit, ihre Sache durch die Politik der revolutionären Landesverteidigung

und eine aktive europäische Außenpolitik zu befestigen. Eine solche Politik ist nur im engsten Bündnis mit der Sowjet-Union möglich und es sind die Kommunisten, die sie gerne begrüßen würden. Sie appellieren seit der Stellungnahme Stalins für die Landesverteidigung an die alte revolutionär-patriotische Tradition der Jakobiner und Blanquis, sie sind jetzt gegenüber den nationalen Argumenten der bürgerlichen Rechten völlig unangreifbar und können mit voller Wucht für die Sache der sozialen Revolution kämpfen.

III.

Eine Regierung der Volksfront würde mehr sein als eine parlamentarische Kombination, sie wird auf Grund einer Klassenkoalition, einer Teilung der Macht zwischen dem Proletariat und den demokratischen Mittelklassen entstehen: das ist die allgemeine Ueberzeugung in den Reihen der Linken. Die Auswirkung der antikapitalistischen Einstellung der Mittelklassen hängt von ihrer politischen Einstellung ab. Die antidemokratischen antikapitalistischen Mittelschichten werden zur Beute der faschistischen Demagogie, die demokratischen werden zu Verbündeten der sozialistischen Arbeiterschaft. Die Auflehnung gegen die Deflationspolitik hat in Deutschland den Faschismus gestärkt, in Frankreich stärkt sie den Sozialismus. In der Radikalen Partei sind die anti-deflationistischen Elemente die Anhänger der Volksfront, die deflationistischen bleiben der bürgerlichen Konzentration und dem Kabinett Laval treu. Aber es geht hier um mehr als um die Deflationspolitik oder deren Ablehnung: der Kampf um die Wirtschaftspolitik verdichtet sich zum Kampf um die Wirtschaftsstruktur und um das Wirtschaftssystem. Die Radikalen, die zur Volksfront kommen, sind nicht allein aktive Republikaner, sie sind auch Anhänger der Planwirtschaft. Wie weit sind sie nun bereit, auf diesem Wege zu gehen? Cot, Daladier, Jacques Kayser sind Anhänger der Losung der Befreiung des Staates aus der Abhängigkeit von den feudalen Wirtschaftsgewalten, sie solidarisieren sich mit dem Wirtschaftsprogramm der CGT (der Freien Gewerkschaften): für die Verstaatlichung des Kredits und der Schlüsselindustrien. Die Radikalen aus der Volksfront erkennen freiwillig die führende Rolle des Sozialismus und der proletarischen Organisationen in dem bevorstehenden Umbau der Wirtschaft an. Solange die reformistischen Elemente der bürgerlichen Parteien und der rechtssozialistischen Gruppen die Verwirklichung des Plans ohne die großen proletarischen Parteien verlangten, war es eine harmlose Spielerei, ein »Plan-Snobismus«. Aber nachdem sie sich um die Gewerkschaften und die großen proletarischen Parteien gesammelt haben und die Ausführung des Plans im Rahmen eines Kampfes um die Staatsmacht in die Hände der proletarischen Organisationen legen wollen, wird die Sache ernst. Noch nie waren in Frankreich die sozialistischen Lösungen so volkstümlich und verbreitet wie jetzt. Frankreich hört auf, sozial konservativ zu sein. Während nun die Mitläufer aus aufrichtiger Ueberzeugung zum Sozialismus kommen, streift der französische Sozialismus seine frühere propagandistische Enge ab, und beginnt in radikalen konstruktiven Lösungen zu denken. Die Parteilinke mit Zyromski an der

Spitze unterstützt vorbehaltlos die Politik der Volksfront und erwartet von ihr die Ausbreitung und Stärkung des französischen Sozialismus.

Aber es wäre noch zu früh, den Sieg zu feiern. Die Kämpfe der Volksfront um die Macht sind erst noch am Anfang. Zwei Faktoren können den Sieg der sozialistischen Demokratie in Frankreich verhindern. Einmal der direkte Widerstand des Klassenfeindes. Die französische Großbourgeoisie, die nach dem Kriege keine revolutionären Umwälzungen erlebte, die seit der Kommune nie die Sozialisten an der Macht gesehen hat, würde ihre Positionen ohne den stärksten Widerstand nicht räumen. Die französische Linke ist deshalb von vornherein auf die Versuche einer präventiven Gegenrevolution, der Finanzpanik und anderes mehr gefaßt.

Aber die Offensive der Volksfront kann auch in dem Falle gebrochen werden, wenn andere hemmende Faktoren als der direkte physische Widerstand eingesetzt werden. Der Senat, die Hochburg der gemäßigten Radikalen, wo der letzte große Wirtschaftsliberale der Zeit, Caillaux, bis heute noch führend ist, der Präsident der Republik, mit seinem verfassungsmäßigen Einfluß, der rechte Flügel der Radikalen, der die schwankenden Elemente des linken Flügels unter Umständen unter Druck setzen kann, vor allem im Augenblick einer Währungskrise, diese Kräfte können ihren legitimen Einfluß geltend machen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die gemäßigten Elemente der Volksfront versuchen werden, die Regierung einer Linkskoalition in ein belgisches Experiment für Frankreich umzubiegen, also Devalvation mit Arbeitsbeschaffung.

Wie die weitere Entwicklung auch verlaufen wird: Frankreichs Innenpolitik hat heute europäische Bedeutung. In Frankreich wird der Versuch gemacht, die wirklich demokratischen Wege der Entwicklung zum Sozialismus sicherzustellen. Die Leistung der proletarischen Einheit und der Verständigung mit den Mittelklassen wird zu den größten Taten des europäischen Sozialismus gehören.

Es wird für das deutsche Proletariat vieles davon abhängen, welches Frankreich neben Deutschland in der Stunde stehen wird, in der das Dritte Reich am Ende sein wird: ein konservativ-faschistisches, ein bürgerlich-demokratisches oder ein sozialistisch-demokratisches Frankreich. Es wird für Europa vieles davon abhängen, ob der deutsche Faschismus zwischen dem demokratisch-sozialistischen Frankreich und der Sowjet-Union in die Zange genommen wird.

Amerikanische Eindrücke

Von **Gerhart Seger.**

I.

Ein Kontinent ohne Sozialismus.

Es ist nur natürlich, daß der von Europa kommende Reisende, der die Vereinigten Staaten von Nordamerika besucht und mit den Vorstellungen der europäischen Arbeiterbewegung das fremde Land betrachtet,

schwer enttäuscht wird. Amerika, mehr ein Kontinent als ein Land, die verwegenste Kapitalmacht, ist zugleich ein Kontinent ohne Sozialismus; von den 125 Millionen Einwohnern bekennen sich im ganzen Lande 22.000 Personen zur Mitgliedschaft in der Sozialistischen Partei. Die amerikanische Sozialistische Partei war schon wesentlich größer, und hat auch schon bessere Wahlerfolge gehabt als bei den letzten Wahlen im Herbst des vorigen Jahres, aber gemessen an den beiden das ganze politische Leben der Vereinigten Staaten beherrschenden bürgerlichen Parteien bedeutet sie nichts. Die Gewerkschaftsbewegung ist noch immer nicht politisch im europäischen Sinne; die Tradition ihres Gründers Samuel Gompers wirkt noch nach, und erst in den letzten Jahren der Krise, mehr aber noch in den beiden letzten Jahren der Roosevelt-Gesetzgebung unter der NIRA haben sich die amerikanischen Gewerkschaften stärker als zuvor für ihre eigenen politischen Aufgaben interessiert.

Die Sozialistische Partei leidet zur Zeit unter der Gefahr einer Spaltung, die möglicherweise vermieden werden wird; aber die tiefen Meinungsgegensätze bestehen auch bei vermiedener Spaltung sicher in unverminderter Schärfe weiter. Es handelt sich um den Gegensatz zwischen zwei Strömungen: die eine, von der Landeszentrale in Chicago gestützt, will eine Annäherung mit den Kommunisten, vor allem aber will sie eine »militante« Politik treiben; sie diskutiert die Eroberung der politischen Macht mit allen Mitteln (auch mit — nicht vorhandenen! — Waffen) und hat sich in der sogenannten Erklärung von Detroit, dem Ort der letzten Landestagung, ein revolutionäres Programm gegeben, das in den Urabstimmungen unter der Mitgliedschaft heftig umkämpft worden ist und noch immer umstritten wird. Die andere Strömung, im wesentlichen von der Parteiorganisation von Staat und Stadt New York getragen, will im Gegenteil eine gemäßigte Politik treiben, weil sie meint, daß in Amerika die Annäherung der Sozialistischen Partei und der Gewerkschaften unbedingt notwendig ist, um eine Labour-Partei im englischen Sinne zu schaffen. Außerdem betont die andere Strömung mit Recht, daß man zum mindesten erst einmal eine Massenorganisation geschaffen haben muß, bevor Debatten über die Eroberung der politischen Macht und der dazu einzuschlagenden Wege geführt werden können.

In der Tat, von den Gewerkschaften zunächst abgesehen, besteht das Problem für die amerikanische Sozialistische Partei weniger darin, was sie den Massen sagen soll, als erst einmal Massen zu haben, die bereit sind, sich von der Sozialistischen Partei etwas sagen zu lassen. Es bedarf keiner Frage, daß in Amerika eine ausgesprochen antikapitalistische Stimmung in den breitesten Volksmassen besteht; der zweite Teil dieser Betrachtungen sei dieser Erscheinung und ihren Ausdrucksformen gewidmet. Es ist die psychologische und propagandistische Aufgabe der amerikanischen Sozialistischen Partei, eine Methode der politischen Agitation zu entwickeln, die Massen anzuziehen vermag; wenn man die Massen vor sich hat, kann der zweite Teil der Arbeit beginnen, sie nämlich sozialistisch zu schulen. Mit wenigen Ausnahmen in New York gibt es aber offenbar

keinen führenden amerikanischen Sozialisten, der diese Aufgabe sähe und an ihrer Lösung zu arbeiten begonnen hätte.

Bei den Gewerkschaften wirkt die Tradition der unparteilichen Politik aus der Gomperszeit nach. Sie haben sich für die Verwirklichung ihrer sozialgesetzgeberischen Pläne immer sowohl demokratischer wie republikanischer Mitglieder beider Parlamente bedient. Der Verschärfung der nun schon sechs Jahre dauernden Krise hat in den Gewerkschaften die Neigung zu eigenen politischen Aktionen wesentlich gesteigert, und gar die Angriffe des rechtsstehenden Unternehmertums gegen die NIRA des Präsidenten Roosevelt haben die Gewerkschaften erst recht zu aktivem Eingreifen veranlaßt. Die Erklärung des Obersten Gerichtshofes, daß die NIRA-Gesetzgebung verfassungswidrig sei, hat die größte Gewerkschaft, den Bergarbeiterverband, zur Ankündigung des Generalstreiks veranlaßt, einer Ankündigung, der sich andere große Gewerkschaften angeschlossen haben. Vorläufig hat aber selbst eine so energische Haltung der Gewerkschaften in einer so akut politischen Frage noch nichts mit einer dritten Partei zu tun; die Bestrebungen, eine dritte — Farmer-Labour — Partei zu schaffen, beschränken sich auf vereinzelte Staaten und wenige Gruppen.

Neben der geschichtlichen Entwicklung der 1866 von dem früheren Zigarrenarbeiter Gompers gegründeten Gewerkschaften, neben der an Auf und Ab reichen Geschichte der sozialistischen Bewegung sind aber allgemeine psychologische Tatsachen zu berücksichtigen, wenn man eine Erklärung für die erstaunliche Erscheinung finden will, daß die größte kapitalistische Macht der Welt ein Kontinent ohne Sozialismus ist.

Amerika hat sich entwickelt als ein Land der Kolonisten, der Pioniere, die, an der Ostküste und an den Ufern des mexikanischen Golfs beginnend, ihr Leben immer wieder aufs Spiel setzend das ganze Land erobert, urbar gemacht, zu einem modernen Staat geformt haben. Dabei haben sich ungezählte Glücksfälle ereignet; ganz anders als in irgend einem der dicht bevölkerten europäischen Länder haben in Amerika zahllose Menschen ihr Glück gemacht; sie sind von den kleinsten Anfängen zum größten Reichtum aufgestiegen (wenn auch natürlich nicht jeder Millionär als Zeitungsjunge begonnen hat, wie uns die albernen Lesebuchgeschichten glauben machen wollen); das Auffinden von Gold, Oel, von unerwarteten Bodenschätzen hat unendlich oft die ärmsten Menschen zu Kapitalisten gemacht. Das ist noch heute insofern wirksam, als noch immer in Amerika sozusagen eine Goldgräberatmosphäre herrscht, natürlich mehr in einem übertragenen Sinne, genau so, wie die Stellung der amerikanischen Frau im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben sicher noch ein Ueberbleibsel der Pionierzeit mit ihrer Hochschätzung der zahlenmäßig damals seltenen Frauen ist. Diese Goldgräberatmosphäre, die eine den Europäer abenteuerlich anmutende Haltung schafft, äußert sich in dem für Amerika außerordentlich charakteristischen, noch nicht sehr erschütterten Glauben an die »Chance«. Dies Wort, für das wir einen korrespondierenden Ausdruck im Deutschen gar nicht haben, bedeutet in dem europäischen Sprachgebrauch bestenfalls eine gute Gelegenheit; der Amerikaner gebraucht es auch in diesem Sinne, aber noch mehr im Sinne nicht einer,

sondern d e r Gelegenheit, des plötzlichen Wandels seines ganzen Daseins, symbolisch gesprochen, der Auffindung einer Goldader, die ihn mühelos reich macht. So fleißig und hart der Amerikaner auch arbeiten kann — die Vorstellung, durch mühevolle, in kleinen Beträgen rechnende Sparsamkeit ein wenig vorwärts zu kommen, ist ihm fremd; seine Vorstellung ist erfüllt mit dem Glauben an die alles mit sich bringende »Chance«. Dieser Glaube, mehr auf den möglichen Glücksfall als auf die tägliche Zähigkeit bauend, macht die Amerikaner zu krassen Individualisten; die erste Voraussetzung für eine sozialistische Arbeiterbewegung, die Erkenntnis der gemeinsamen Lage, der gemeinsamen ökonomischen Interessen und des daraus folgenden organisatorischen Zusammengehens findet eben in diesem individualistischen Glauben an die Chance des Einzelnen ihr stärkstes psychologisches Hindernis. Nichts ist, vorläufig wenigstens, dem durchschnittlichen Amerikaner fremder als irgend ein Gedanke an kollektive Aktionen, kollektives Schicksal, kollektiven Kampf. Selbst da, wo die amerikanischen Arbeiter sich in den Gewerkschaften zusammengeschlossen haben, ist das in den weitaus meisten Fällen das, was der Amerikaner eine »business proposition« nennt, eine geschäftliche Sache; die Gewerkschaft, der er beigetreten ist und zu der er finanziell beiträgt, bessert ihm seine Lohn- und Arbeitsbedingungen, aber es ist zwischen Arbeiter und Gewerkschaft ein rein kapitalistisch-geschäftsmäßiges Verhältnis. Ueberaus bezeichnend ist, daß die Gewerkschaftsangestellten, die diese Dinge zu erledigen haben, »business-agents«, Geschäftsagenten, heißen; sie sind vielfach, z. B. in der Bauarbeitergewerkschaft, prozentual an den erreichten Verträgen zwischen Unternehmer und Arbeitern beteiligt, und dem amerikanischen Arbeiter ist es daher meist etwas selbstverständliches, wenn ein solcher business-agent Geld macht, einen sehr guten Wagen fährt und so weiter; das beweist nur, daß dieser business-agent besonders tüchtig ist, sonst würde seine Einnahme, die ja einen Prozentsatz des für die Arbeiter erreichten darstellt, nicht so hoch sein. Es ist, mit einem Wort, eine andere Welt, und es ist daher müßig, europäische Maßstäbe mitzubringen und sie bei der Beurteilung der amerikanischen Psychologie zu benutzen.

Solange der Glaube an die Chance, trotz der Krise noch vorhanden, die Erkenntnis der gemeinsamen Lage noch überschattet, solange er noch nicht stärker erschüttert ist, als es bis jetzt den Anschein hat, wird die Entwicklung der amerikanischen Labour Party auf sich warten lassen. Es kann nur festgestellt werden, daß in den Kreisen der weitsichtigeren Gewerkschaftsführer die Notwendigkeit einer solchen Entwicklung gesehen und ihr vorgearbeitet wird. Daraus erwächst der amerikanischen Sozialistischen Partei eine große Aufgabe, und eine ungeheure Verantwortung; von ihrer Einsicht hängt es ab, ob sie, wie bisher, neben der amerikanischen Arbeiterschaft hergehen, weiterhin ohne jede Berührung mit ihr sein wird, eine Partei vorwiegend aus Intellektuellen zusammengesetzt, oder ob sie die politische Vorhut einer zum Sozialismus strebenden amerikanischen Bewegung zu bilden vermag.

II.

Propheten der Krise.

Während die wirtschaftliche Krise auf den politischen Umschwung der amerikanischen Arbeiterschaft im Sinne der politisch-sozialistischen Radikalisierung noch keine sehr große Wirkung geübt hat, ist eine andere Folge der Krise festzustellen: es tauchen Propheten der Krise auf, die ihrer Meinung nach die überall spürbaren Wirkungen der Krise zu beheben und die Prosperität wieder zu bringen vermögen.

In der Reihe dieser Bestrebungen sei an erster Stelle eine Bewegung genannt, die in Kalifornien entstanden ist: die »Utopian Society«, Utopische Gesellschaft. Für einen Europäer ist es eine sehr merkwürdige Beobachtung, daß auf der Grundlage eines bei uns halb vergessenen Buches eine Bewegung entstehen kann, die es bis auf 960.000 eingeschriebene Mitglieder, allein im Staate Kalifornien — bei rund 6 Millionen Einwohnern — gebracht hat; das Buch ist Bellamys »Rückblick aus dem Jahre 2000«. Neben den utopischen Vorstellungen Bellamys spielen noch die Gedankengänge der Technokratie eine Rolle. Die Utopian Society hat eine Parallelorganisation, zum Teil dieselben Personen, die Upton Sinclair sich schuf, als er die Sozialistische Partei verließ, um bei der Gouverneurswahl im vorigen Jahre zu kandidieren. Der jetzige (inzwischen wiedergewählte) Gouverneur Merriam ist ein extrem reaktionärer Mann, und Upton Sinclair gelang es nicht nur, von den Demokraten aufgestellt zu werden, sondern er bekam auch die Unterstützung aller einigermaßen fortschrittlichen Menschen; seine Organisation nannte er, eine Abkürzung seines Wahlschlagwortes, EPIC — End Poverty In California — beendet die Armut in Kalifornien. Seine Gegner übersetzten die Buchstaben EPIC mit Empty Promises in California, leere Versprechungen in Kalifornien. Auch die Upton Sinclair-Bewegung, zusammen mit der Utopian Society, übte eine gewaltige Anziehungskraft auf die Massen aus. Noch lange nach der Niederlage vermochte Upton Sinclair, wenn er für die beiden Bewegungen sprach, eine große, 25.000 Menschen fassende Arena mühelos zu füllen. Sein Programm, und das der »EPIC«-Bewegung, ist ein lokales, etwas primitives Arbeitsbeschaffungs- und Besitzsteuerprogramm, aber von allen Krisenbewegungen ist diese die politisch ernsthafteste und ehrlichste. Der ungeheure Zulauf beweist, wie stark die Wirkungen der Wirtschaftskrise in den breitesten Massen, nicht nur der unmittelbar von der Arbeitslosigkeit betroffenen, empfunden werden, wie weit verbreitet und stark das antikapitalistische Gefühl ist.

Ein Mann, auf den der Ausdruck »Prophet der Krise« in seinem spöttischen Sinne zutrifft, ist der Arzt Dr. Townsend. Es wird in Amerika behauptet, daß 25 Millionen Amerikaner Eingaben an den Kongreß unterzeichnet hätten, seinen Plan zum Gesetz zu erheben; ob diese Zahl stimmt oder nicht, gewiß ist, daß kaum ein Plan je populärer war als der dieses Arztes. Dreitausend Klubs, nach seinem Namen benannt und seinen Plan propagierend, sind in einem halben Jahre entstanden. Sein Plan klingt unendlich einfach: er will, daß der Staat allen alten Leuten eine monatliche Pension von $ 200 zahle, mit der Verpflichtung, diesen

Betrag im laufenden Monat bis zum letzten Cent auszugeben. Dr. Townsend und seine zahllosen Anhänger versprechen sich davon eine ungeheure Belebung der Wirtschaft, womit sie die Höhe der vom Staate auszugebenden Summe rechtfertigen. Weder den Urheber noch die Anhänger des Planes ficht es an, daß zwar eine große Summe vom Staate gegeben und von den Pensionären für Nahrung, Wohnung und Kleidung ausgegeben würde, daß aber doch in Gestalt von Steuern nur ein verschwindend geringer Bruchteil wieder in die Kassen des Staates zurückfließen würde; Dr. Townsend hat vorgeschlagen, daß die erforderlichen, jeden Monat in viele Millionen Dollar gehenden Summen durch eine Umsatzsteuer von 15 Prozent aufgebracht werden, später trat an die Stelle dieses Vorschlages der einer Steuer von 2 Prozent auf jede geschäftliche Transaktion, alles vage Vorschläge ohne die Vorstellung ihrer Durchführbarkeit, ihres möglichen Ertrages, ihrer volkswirtschaftlichen Wirkungen. Aber bei allen unter der Krise Leidenden und volkswirtschaftlich wenig Geschulten hat der Townsendplan viel Anhänger gefunden.

In der kleinen Gemeinde Royal Oak bei Detroit, einer Stadt von 52 Prozent katholischer Bevölkerung, lebt ein katholischer Pfarrer namens Father Coughlin. Er begann vor Jahren Sonntags nachmittags an einer Rundfunkstation einer Detroiter Zeitung, der »Freien Presse«, zu sprechen; vier Jahre lang verliefen diese Radio-Predigten ohne besondere Beachtung, bis er auf eine geschickte Weise religiöse Betrachtungen immer mehr mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausführungen mischte. Er erhielt viele Briefe, viele Hörer sandten ihm Geld, um seine Rundfunktätigkeit ausbreiten zu können, und zuletzt konnte er aus den ihm freiwillig eingesandten Beiträgen nicht nur eine neue schöne Kirche bauen, sondern er vermochte sich ein eigenes Netz von Rundfunkstationen zu mieten und war imstande, wöchentlich 14.000 Dollar Miete für seine Radiopredigten zu zahlen. Er gründete dann eine »League for social justice«, Liga für soziale Gerechtigkeit, und sein Zulauf, ausgedrückt in der Zahl seiner Rundfunkhörer und der Zahl der Mitglieder der Liga, ging rasch in die Millionen. Ursprünglich unterstützte er den Präsidenten Roosevelt und seine planwirtschaftlichen Ideen; dann war eine Zeitlang sein Schlagwort der »ehrliche Dollar«, unter dem er gegen die Abwertungstendenzen focht, in den letzten Monaten aber ist er zu offenen Angriffen gegen die Regierung übergegangen. Auch seine Demagogie ist auf primitive wirtschaftliche Vorstellungen gegründet; substanzlos wie die ersten Tiraden Hitlers; Mittelstands-»Philosophie«, wenn man das kostbare Wort für ein bestimmtes System von Unsinn verwenden darf. An eine politische Wirkung im persönlichen Sinne, sozusagen als Diktatorkandidat, ist für einen Katholiken, noch dazu einen Priester, nicht zu denken; die Niederlage des ungemein populären »Al« Smith, des New Yorker Gouverneurs, in der Präsidentschaftswahl gegen Hoover war gewiß zum größten Teile auf die Tatsache zurückzuführen, daß Smith Katholik ist. Aber auch die Father Coughlin-Anhängerschaft ist ein deutlicher Beweis für die starken antikapitalistischen Strömungen und Gefühle, die in der amerikanischen Bevölkerung jetzt vorhanden sind.

Ganz anders steht es um die Diktaturanwartschaft bei einem letzten Krisenpropheten, der hier betrachtet werden soll; wir sprechen von dem Senator aus dem Südstaat Louisiana, Huey Long. Seines Zeichens Rechtsanwalt, ein guter, geschickter, aber völlig gewissenloser Redner, ist Huey Long ein smarter amerikanischer Politiker im berufsmäßigen, nicht allzu erfreulichen Sinne. Er hat über den Staat Louisiana eine in ihren Auswirkungen zweifellos verfassungswidrige Diktatur aufgerichtet und beherrscht seinen Staat vollkommen. Er verursachte einen kleinen internationalen Konflikt, als er, damals Gouverneur von Louisiana, den ihm einen offiziellen Besuch abstattenden Kapitän des deutschen Kreuzers »Emden« in seinem Hotelschlafzimmer in einem grünen Schlafanzug empfing; er machte dann in vorschriftsmäßigem Gesellschaftsanzug einen entschuldigenden Gegenbesuch. Huey Long gründete eine Bewegung, die sich rasch ausbreitete und heute weit über seinen Staat Louisiana hinausreicht, mit dem Schlagworte des »Share our wealth«, teilt unseren Reichtum. Er ist genau so skrupellos im Versprechen wie Hitler; er verspricht jedem Amerikaner ein jährliches Einkommen von 5000 Dollar und Universitätserziehung für jedes Kind; er will den in der Nation vorhandenen Reichtum aufteilen, aber nur von ungefähr 10—15 Millionen an aufwärts; daß dieser Reichtum in kapitalistischer Form, das heißt, in Investitionen, festgelegt ist und nicht aufteilungsbereit in den Banksafes liegt, macht ihm nichts aus. Aber Huey Long ist von allen Krisenpropheten weitaus der gefährlichste, weil er sich nicht auf Rundfunkreden oder Plan-Propaganda beschränkt, sondern als Mitglied des Senats, als Beherrscher eines der Bundesstaaten und genauer Kenner des amerikanischen politischen Apparates eine außerordentlich aktive Rolle spielt. Wie weit seine Demagogie dadurch zur faschistischen Gefahr werden könnte, daß sich die amerikanische Kapitalistenklasse seiner bedient — bis jetzt ist die einzige Gruppe, die ihn in größerem Ausmaße finanziert hat, die Standard Oil Company — bleibt abzuwarten; gegen eine absolute Parallelität der Entwicklung zu einem Faschismus wie in Italien oder Deutschland spricht in Amerika vieles, was auseinanderzusetzen hier zu weit führen würde. Auch die große Anhängerschaft Huey Longs ist indessen ein Beweis für die antikapitalistischen Gefühle der amerikanischen Bevölkerung; in der Tat hat die amerikanische Sozialistische Partei ein ungeheures Arbeitsfeld: wenn sie die zündende Art der Propaganda, wenn sie das wie ein Blitz einschlagende Schlagwort fände, um aus dem dumpfen Gefühl, daß in der kapitalistischen Welt etwas faul ist, eine klare politische Einsicht und einen entschlossenen Willen zu formen, so könnte sie geradezu eine sozialistische Armee aus der Erde stampfen. Auch und gerade in dieser Hinsicht bleibt Amerika ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten!

GLOSSEN

Die erste Heerschau.

Das öffentliche Leben des Dritten Reiches zeigt in den letzten zwei Monaten eine Auflockerung von doppelter Art; durch die Belebung der Opposition und durch die Gegenmobilisierung der NSDAP. Das Gesamtbild, das sich daraus ergibt, wirkt im Vergleich zu der üblichen Kirchhofsruhe wie ein Abglanz demokratischer Zustände; die Meinung, eine Krise des Regimes sei da, ist daher diesmal nicht nur im Auslande, sondern auch im Inlande weit verbreitet.

In der Tat liegen offenbar eine Reihe neuartiger Erscheinungen vor. Bereits aus den Vertrauensratswahlen im April und aus dem Ausfall der nationalsozialistischen Maifeier war das Anwachsen der kritischen Stimmung in der Arbeiterklasse deutlich geworden. Das Wiedererwachen der proletarischen Solidarität in den Betrieben und das Auftauchen neuer, von unten aufwachsender Organisationsansätze, zeigte gleichzeitig, daß der Rückzug des deutschen Proletariates zum Stehen gekommen war und die Reorganisation auf neuer Basis begonnen hatte. Wie die Arbeiterschaft auf Reallohnsenkung unter Koalitionsverbot, so reagierten die Bauern auf die Absatzstörung durch das Festpreissystem und auf den Ablieferungszwang im Rahmen der Erzeugungsschlacht mit wachsender Mißstimmung: sie haben die freie Verfügung über ihre Produkte verloren, tragen aber dabei ein erhöhtes Risiko. Der Kleinhandel geriet zwischen der agrar-politischen Preisstützungs- und der konsumpolitischen Preisbremsungspolitik in eine existenzgefährdende Zange. Und auch die Bourgeoisie, vor allem ihre ökonomisch gesünderen Teile, zeigte angesichts der zum Teil enormen Sonderbelastung durch die Exportabgabe und des wachsenden Bargeldschwundes infolge der Wechselinflation immer lebhaftere Unzufriedenheit. Dabei trat die Eigenart des faschistischen Regimes zutage, daß jede Rückbesinnung auf die Sonderinteressen, jeder Versuch ihrer selbständigen Durchsetzung unmittelbar auf die Schranken der Staatsordnung stößt, jede ökonomische Schwierigkeit unmittelbar als Folge der staatlichen Wirtschaftspolitik erscheint. Die Mißstimmung nahm so einen in der Zielsetzung unklaren, aber doch deutlich politischen Charakter an und förderte in schnellem Tempo die Zersetzung der klassenmäßig uneinheitlichen Massenbasis des Regimes.

Man kann nun nicht sagen, daß diese Prozesse unmittelbar die erstaunliche Kampagne hervorgerufen hätten, die mit der Göbbels-Rede am Vorabend des Jahrestages des 30. Juni begann und gegenwärtig noch im vollen Gange ist. Diese Kampagne richtet sich nur teilweise und im Nebeneffekt gegen die populäre Opposition (etwa wenn sie die katholischen Arbeitervereine trifft), der Hauptrichtung nach aber gegen das als Reaktion bezeichnete Vordringen der alten Verwaltungs- und Militärbürokratie, das sich parallel der Schwächung der NSDAP durch das Zerbröckeln ihrer Massenbasis still und zäh vollzogen hat. Die unteren Organe der Parteiherrschaft, die neue Bonzokratie in der Provinz, wurden im Maße des Schwindens der Strömung, die sie ursprünglich getra-

gen hatte, vom alten Apparat isoliert, übergangen und gelähmt. Unter dem Schutz dieser bürokratisch-militärischen Lokalherrschaft begann der Stahlhelm eine neue siegesbewußte Aktivität, allen Bestimmungen trotzend, zu entwickeln. Schließlich wurden die Symptome für den Parteiapparat derart alarmierend, daß ein großer Propaganda-Feldzug gegen die »Staatsfeinde«, mit den Methoden der »Kampfzeit« und dem Ziel einer Wiedergewinnung der Massenbasis und der vollen Parteimacht geführt, als einziger Ausweg erschien.

Diese Gegenmobilisierung ist zunächst auf unerwartet schwaches Echo und unerwartet starken Widerstand gestoßen. Durch sie wurde, wenn auch in verzerrter Gestalt, die Stärke der Opposition erst sichtbar, und das bedeutete zunächst eine neue Stärkung. Zum ersten Male erfuhren die oppositionell Gestimmten in den verschiedensten Teilen des Landes, daß sie nicht isoliert seien, daß es auch anderswo von »Staatsfeinden« und »Volksverrätern« wimmele, zum ersten Male zeigte sich, daß die nationalsozialistischen Demonstrationen über den organisierten aktiven Bestand hinaus keine Teilnahme der Bevölkerung hervorriefen. In den katholischen Gebieten kam es zu als Prozessionen organisierten Gegendemonstrationen; offen trotzten die studentischen Korporationen den Dekreten der Reichsjugendführung; monarchistische Anschläge erschienen an den Wänden der Berliner Innenstadt. Trotz der Ueberstunden der Gestapo, trotz monatelanger Massenverhaftungen wurde das Anwachsen der illegalen Arbeiterbewegung immer deutlicher. Nicht einmal die antisemitischen Krawalle am Kurfürstendamm und die Prangerumzüge gegen Rassenschänder in Breslau vermochten viel mehr Menschen, als kommandiert werden konnten, auf die Beine zu bringen, noch vermochten sie die Wiederholung und Ausbreitung kleiner Marktkrawalle zu verhindern. Die Bevölkerung verhielt sich als Publikum und begann zu diskutieren. Dank der eigenen Aktivität der Nazis konnte sich jetzt aus vielen einzelnen Unzufriedenheiten eine einheitliche oppositionelle Stimmung herausbilden.

Wenn dennoch die Gegenmobilisierung kein einfacher Fehlschlag ist, wenn sie ihr Hauptziel, die Zurückdrängung der bürokratischen »Reaktion«, weitgehend erreichen dürfte, wenn Mackensen selbst sich bereit gefunden hat, die Auflösung des Stahlhelm mitzupropagieren, so liegt es daran, daß ein größerer Machtfaktor der Partei zu Hilfe gekommen ist. Es liegt an der passiven Haltung der Reichswehr, auf deren Gegendruck die »Reaktion« fest gerechnet hatte. Wird die Kampagne allzu absurd und dadurch allzu teuer, so mag noch ein Gegenschlag von dieser Seite kommen; daß er bisher nicht gekommen ist, hat Gründe, deren Verständnis für die Perspektiven der nächsten deutschen Entwicklung von größter Bedeutung ist.

Die Umgruppierung im Hinblick auf die Kriegsvorbereitung ist in der Wirtschaftspolitik wie unter den gesellschaftlichen Mächten des Dritten Reiches im vollen Gange. Viele Faktoren drängen in dieser Richtung: Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Senkung des Lebensstandards, die sich aus der Sonderbelastung des faschistischen Regimes mit Subventionskosten aller Art ergeben, können auf die Dauer nur durch einen siegreichen Krieg ausgeglichen werden. Die weltpoliti-

sche Tendenz zur Frontbildung lokkert die Mauer um Deutschland auf und ermöglicht Teilerfolge, wie das deutsch-englische Flottenabkommen, die die erstrebte Eingliederung in ein imperialistisches Bündnissystem dem Hoffenden als nahe Chance erscheinen lassen. Der erreichte Grad der Rüstung schnürt den produktiven Wirtschaftssektor derart ein, bringt einen so großen Teil der Gesellschaft in materielle Abhängigkeit von der Kriegsvorbereitung, daß ein Bremsen plötzliche, schwere Krise bedeuten würde. Diese Abhängigkeit spiegelt sich auch in den nationalistischen Stimmungen, von denen auch die sonst oppositionellen Gesellschaftsteile nicht frei sind; sie bilden im Augenblick die festeste ideologische Stütze des Regimes.

Im Zeichen dieser Umgruppierung wächst die Macht der Reichswehr, und das umsomehr, je deutlicher die Schwächung der Partei trotz aller Anstrengungen (und gerade durch diese) in Erscheinung tritt. Doch zugleich wächst das Bedürfnis der Reichswehr nach einem »volksverbundenen« Propagandaapparat, die Erkenntnis der Unentbehrlichkeit der NSDAP für die Ziele der Kriegsvorbereitung und Kriegsdurchführung. So unaufhebbar die Rivalität des militärischen und bürokratischen Fachapparates mit dem unqualifizierten Parteiapparat im faschistischen System ist, so gewiß übersehen alle Spekulationen auf eine Militärdiktatur die einfache Tatsache, daß die Reichswehr eine solche Diktatur nicht will; die Erkenntnis, daß eine solche Diktatur in Deutschland von kurzem Bestand sein und die Wehrmacht selbst politischer Zersetzung preisgeben würde, ist die unverrückbare Grundlage der gemeinsamen Haltung der deutschen Nachkriegsgeneralität.

Das heißt nicht, daß die Reichswehr das Hitlerregime unter allen Umständen in jeder Krise stützen wird, wohl aber daß sie es stützen wird, solange es nicht ohnehin offensichtlich versagt — daß sie zu einem Sturz nie den Anstoß geben wird. Die Voraussetzung eines Abfalles der Reichswehr ist die bereits gelungene Durchsetzung selbständiger antifaschistischer Kräfte gegen den Terror des Apparates. Zu dieser Durchsetzung fehlt aber der gegenwärtigen Oppositionswelle noch die innere Kraft; nur ein rasches Anwachsen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten könnte die gegenwärtige Auflockerung in eine wirkliche Staatskrise verwandeln.

Inzwischen geht die Aktion des Parteiapparates trotz aller Widerstände weiter, bis zur Niederschlagung der Opposition. Denn eins ist gewiß: ein solcher Zustand der Auflockerung kann im Faschismus nicht dauern. Er muß ausreifen zur Staatskrise oder, was einstweilen noch wahrscheinlicher ist, unter dem Terror des Regimes der Lethargie Platz machen, die vorher war — bis zur nächsten Welle dieser Art. Geht die entfesselte Bonzokratie über das mit Zustimmung der Reichswehr Erreichbare hinaus, provoziert sie doch noch deren Gegenschlag, so wird der Rückschlag der Opposition geringer, vermeidet sie diesen Fehler, so wird die Entmutigung größer sein und länger dauern. Immer vorausgesetzt, daß nicht eine rasche Verschärfung der Wirtschaftslage die Niederschlagung überhaupt verhindert.

Und dennoch wird auch im ungünstigsten Falle die gegenwärtige Auflockerung nicht spurlos vorübergehen. Neue Gruppen sind in die Illegalität, in unversöhnliche Feindschaft zu dem heutigen Regime, getrieben worden. Neuer Sprengstoff wird angehäuft — schwer zu ermessen, was illegal gewordene Freikorpsverbände, illegale katholische Arbeitervereine einmal bedeuten können, und seien sie anfangs noch so schwach. Vor allem aber hat die Opposition dank den eigenen Maßnahmen des Regimes ihre erste Heerschau abhalten können, nicht infolge der Unfertigkeit des Faschismus, wie vor dem 30. Juni, sondern durch die sichtbare Entfaltung seiner Widersprüche. Die Kräfte sind deutlich geworden, die dieses System selbst gegen sich hervorruft, und haben sich ein erstes Mal in gemeinsamen Gegensatz vereint gefunden — nicht durch Geheimabkommen, sondern durch den Druck des Regimes selbst. Diese Kräfte bleiben noch in traditionellen politischen Formen, sie erscheinen zum Teil als reaktionär und sind es im einzelnen auch. Aber es hängt nur von der Kraftentwicklung der einzig gestaltungsfähigen Opposition, der proletarisch-sozialistischen, ab, sie alle zu Wegbereitern der Zukunft zu machen. Auch dies ist nicht die Frage von Abkommen, sondern der sammelnden Anziehungskraft einer vorwärts weisenden Bewegung.

In dieser Lehre für die deutsche Arbeiterbewegung liegt der Hauptwert der gegenwärtigen Ereignisse. Die Widersprüche erkennen, die sie erzeugt haben; die Kräfte analysieren, die hier sichtbar geworden sind; den Weg finden, durch Steigerung des eigenen organisatorischen und politischen Gewichtes der Arbeiterklasse die Führung dieser Kräfte zu sichern — das ist die Aufgabe, die sie uns stellen. Sie haben uns erlaubt, einen Blick hinter den Vorhang der faschistischen Totalität zu tun. Wir wollen deshalb nicht in voreiligen Optimismus verfallen — wir wollen ihn zu unserer strategischen Neuorientierung nutzen!

Ernst Keller.

BUCHBESPRECHUNGEN

Emil Strauß: Die Entstehung der Tschechoslowakischen Republik. Orbis-Verlag, Prag. 357 Seiten, Preis brosch. 45 Kč, geb. 55 Kč.

Der Verfasser der »Geschichte der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung« füllt mit seinem neuen Werk eine empfindliche Lücke in der Geschichtsliteratur aus. Sein Buch ist das auf Grund eingehender Quellenstudien die Entstehung der Tschechoslowakischen Republik schildert und sie in Zusammenhang setzt sowohl mit den innerpolitischen Kämpfen im alten Oesterreich wie mit den großen staatspolitischen Umwälzungen, die durch den Weltkrieg heraufbeschworen wurden.

Lange Zeit sind auch in der deutschen sozialistischen Literatur die Probleme der West- und Südslawen einseitig und unvollständig behandelt worden. Das Werk von Strauß bietet, nach den einschlägigen Arbeiten von Kautsky, Bauer, Renner und Hermann Wendel, ausgezeichnetes Material zur gründlicheren Beurteilung dieser Probleme, soweit sie mit der Entstehung

der Tschechoslowakischen Republik zusammenhängen. Doch darüber hinaus liefert der Verfasser eine fesselnd geschriebene Geschichte des Weltkrieges und des Kampfes um die Friedensverträge, gesehen aus der Perspektive der zerfallenden Habsburger Monarchie und des um seine Selbständigkeit kämpfenden tschechoslowakischen Volkes. Gleichzeitig gibt das Werk Einblick sowohl in die Nationalitätenkämpfe in Böhmen wie in die Verhältnisse der böhmischen Arbeiterbewegung vor und nach der Aufrichtung der Republik.

Der Schwerpunkt der Darstellung liegt indes in der Schilderung der Vorgänge, die die Abwendung der führenden tschechischen Politiker von ihren früheren Autonomiebestrebungen im Rahmen des alten Oesterreich zu einem aktivistischen Programm herbei führten, das auf eine Loslösung der Tschechoslowakei aus dem Rahmen der Habsburger Monarchie hinzielte. Am deutlichsten kann dieser Umschwung in der Haltung Masaryks, des Schöpfers der Tschechoslowakischen Republik, verfolgt werden, der sich nach seinem eigenen Geständnis lange genug gequält hatte, Oesterreich mit dem tschechischen Volk zu versöhnen und es in ein demokratisches Staatswesen umzuwandeln. Es kann, wie Strauß erklärt, gesagt werden, daß der Wandel in Masaryks Anschauungen durch die Tatsache herbeigeführt wurde, »daß sich Oesterreich und das mit ihm verbündete Deutschland den Bestrebungen der slawischen Nationen nach Einheit und Freiheit entgegengestellt hat, daß Oesterreich zum Werkzeug Deutschlands herabsank, und daß es sich nicht, wie es 1907 und 1908 schien, zu einem demokratischen Staatswesen fortentwickelte, sondern gerade in den letzten Jahren wieder ein halbabsolutistisch-feudaler Staat wurde.«

Ein weiterer wichtiger Schritt Masaryks, der das Schicksal der Tschechoslowakei entscheidend beeinflußte, war seine schroffe Abkehr von der russisch-panslawistischen Einstellung der von Kramarsch geführten Jungtschechen, die auf ein großes slawisches Imperium hinarbeiteten. Es war eine der bedeutsamsten Taten Masaryks, daß er die Sache des tschechischen Volkes nicht mit dem feudal-zaristischen Rußland, sondern mit den demokratischen Mächten des Westens verband. Erst dadurch schuf Masaryk, gemeinsam mit seinem engsten Mitarbeiter Benesch, die Voraussetzungen dafür, daß sich der Befreiungskampf des tschechoslowakischen Volkes als ein demokratischer Kampf durchsetzte, und daß letzten Endes die Tschechoslowakei als einzige Insel der Demokratie in dem vom Faschismus überfluteten Mitteleuropa erhalten blieb.

Von hohem Interesse ist das von Strauß eingehend geschilderte Zusammengreifen der Arbeit der tschechoslowakischen Emigranten im Auslande (der Führer der sogenannten Auslandsrevolution) und der oppositionellen und revolutionären Parteien im Lande selbst. Ohne die Tätigkeit der Tschechen im Auslande wäre die unabhängige tschechoslowakische Republik nicht entstanden, aber die »Auslandsrevolution« hätte nie so glänzende Erfolge erzielt, wenn die Tschechen nicht in Oesterreich selbst, wenn auch anfangs zögernd, in der gleichen Richtung gearbeitet hätten. »Die Revolution war dadurch möglich, daß man ihr daheim von Anbeginn an und während der ganzen Dauer des Krieges zustimmte,« schreibt Masaryk in seinem Buche »Die Weltrevolution«.

Die Freiheit ist dem tschechoslowakischen Volke nicht vom Himmel gefallen, sie ist in zähem Ringen innerhalb und außerhalb des Landes erobert worden. Und wenn auch die geschichtlichen Zeitumstände günstig waren, so bleibt es dennoch das hohe Verdienst der tschechoslowakischen Freiheitskämpfer, daß sie die Zeichen der Zeit richtig einschätzten und sich im Kampf um ihre nationale Befreiung nicht mit den Mächten der Reaktion, sondern mit denen der Demokratie und des sozialen Fortschrittes verbanden. A. Stein.

Dr. Peter Berger: Faschismus und Nationalsozialismus. Reinhold-Verlag, Wien. 65 Seiten, Preis 1,80 Schilling.

Der Verfasser sagt, daß es die Eingenart der Phraseologie der faschistischen und der ihr verwandten Bewegungen sei, neue Bezeichnungen für alte Begriffe zu verwenden, so das Wort vom totalitären Staat, von der autoritären Regierung, vom Führergrundsatz, und Worte wie Absolutismus und Autokratie aus massenpsychologischen Gründen zu vermeiden. »Es besteht für den Faschismus, ähnlich wie seiner Zeit für den Bonapartismus, der dem Faschismus seiner geistigen Haltung nach in vielem geistesverwandt ist, der Zwang, den Schein reaktionärer Bestrebungen zu vermeiden und dem Konservativismus revolutionäre Antriebe zu geben«.

Es wäre nutzbringend gewesen, wenn der Verfasser diesen Gedankengang weiter verfolgt und den krassen Widerspruch zwischen der Phraseologie und der Praxis des Faschismus und des ihm verwandten Nationalsozialismus aufgedeckt hätte. Hierbei hätte auch die Möglichkeit bestanden, die Unterschiede in den ideolgogischen Verhüllungen der beiden Formen des Faschismus aus den Unterschieden der geschichtlichen Situation und der führenden gesellschaftlichen Kräfte in Italien und Deutschland zu erklären. Statt dessen hat der Verfasser den Fehler begangen, die Phraseologie des Faschismus und des Nationalsozialismus ernst zu nehmen, ihren Versuchen, sich mit den Gedankengängen verstorbener Geistesgrößen zu schmükken, Glauben zu schenken, und so — ungewollt — zur Idealisierung des Faschismus und Nationalsozialismus beigetragen zu haben. Wenn die Broschüre von Berger dennoch — bei starker kritischer Einstellung — mit Nutzen gelesen werden kann, so nur deshalb, weil sie in knapper, übersichtlicher Form Einblick gewährt in die Methoden der ideologischen Verhüllung und Massenverführung, die von den beiden vorherrschenden Strömungen des Faschismus angewandt werden. A. Stein

An unsere Leser!

Die nächste Ausgabe der „Zeitschrift für Sozialismus“ erscheint Anfang Oktober als Doppelheft Nr. 24/25 für die Monate September und Oktober.

REDAKTION UND VERLAG

Herausgeber: Ernst Sattler. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn. Druck: Graphia, Alle in Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 320.219/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.